



Bayerisches EnergieForum und Bayerisches WasserkraftForum  
23. April 2024, Stadthalle Gunzenhausen



# BAYERISCHE GemeindeZeitung

KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS



VL: Oliver Schulte, Carmen Pepiuk, Sebastian Franz, Stefan Rößle, Christian Haase, Eva Weber, Han-nelore Langwieser und Kathrin Albstieger. Bild: GZ

**MdB Haase beim KPV-Landesvorstand und Hauptausschuss:**

## Mutig neue Wege gehen

Eine Bestandsaufnahme der politischen Lage in Deutschland stand im Zentrum der jüngsten Sitzung des KPV-Landesvorstandes und Hauptausschusses in München unter der Leitung des Vorsitzenden der KPV Bayern, Stefan Rößle. Hierzu stand KPV-Bundesvorsitzender Christian Haase, MdB, Rede und Antwort. Seine Einschätzung: „Kommunen und ländliche Räume sind der blinde Fleck der Ampelregierung. Die Ignoranz vor den Herausforderungen der Kommunen spiegelt auch der Haushalt 2024 wider.“

„Noch nie war die Stimmung im Land so schlecht wie jetzt“, machte Haase deutlich. Für die vollzogene Spaltung in Deutschland sei die amtierende Ampelregierung verantwortlich, die „komplett an den Menschen vorbei regiert“. Ihr fehle ein Gesamtkonzept zur Lösung der aktuellen Probleme. Haase registriert eine zunehmende Vertrauenskrise im Land. Dafür hätten die demokratischen Parteien Sorge zu tragen. Ihre vorrangige Aufgabe sei es, jene Themen zu besetzen, die die Bürger bewegen und nicht eigene Vorlieben in den Vordergrund zu stellen. Zudem müssten politische Abläufe und Entscheidungen nachvollziehbar erklärt werden.

Weise habe die Ampelregierung händeringend nach Geld gesucht, damit in die Ertrags-situation der landwirtschaftlichen Betriebe eingegriffen und somit nicht nur gegen volkswirtschaftliche Prinzipien der Stetigkeit und Planbarkeit verstoßen.

### Angriff auf die ländlichen Räume

„Letztlich ist dies ein Angriff auf die ländlichen Räume“, unterstrich der KPV-Bundesvorsitzende und bemerkte: „Das Leben in den ländlichen Regionen

ist ohne eine wettbewerbsfähige, moderne und zukunfts-feste Landwirtschaft undenkbar. Schließlich leben wir nicht nur in einer Natur-, sondern in einer Kulturlandschaft. Es geht daher in der Diskussion nicht nur um den Berufsstand, sondern auch um die Landschaft und die Region insgesamt.“

### Die Ideen des Herrn Habeck

Liebevoll und ideenreich küm-mere sich Wirtschaftsminister Habeck zwar um das Klima, „jedoch fällt ihm nichts ein, wie er die Wirtschaft in Gang bekommen soll“, fuhr der MdB fort. Und ringe er sich zu Maßnahmen durch, gingen diese „in Richtung Industriepolitik nach französischem Vorbild“. Dabei gehe es darum, große Industriekonzerne mit Subventionen gleichsam an den Staat zu binden und des- (Fortsetzung auf Seite 4)

### Forderungen des Bayerischen Gemeindetags:

## Migration und Lehren aus „Betriebsunfall“

Der mit deutlicher Mehrheit von den Mehringer Bürgern abgelehnte geplante Windpark im bayerischen Chemiedreieck schlägt hohe Wellen. Im Staatsforst zwischen Altötting und Burghausen sollen nach dem Willen der Staatsregierung und der Staatsforsten 40 Windräder entstehen, davon zehn auf Mehringer Gebiet. „Grundsätzlich ist die Akzeptanz für die erneuerbaren Energien auch auf dem Land groß. Allerdings müssen die Rahmenbedingungen stimmen und dazu gehören Mitbestimmung und finanzielle Teilhabe. Hieran hat es beim Windpark in Altötting bislang gefehlt“, kritisiert Gemeindetagspräsident Dr. Uwe Brandl.

So bemängelt der Verband seit langem, dass das Vergabeverfahren der Staatsforsten Bürgerbeteiligungsmodellen und kommunalen Betreibern wenig Zuschlagschancen gibt, „weil die Höhe der Pachteinahmen im Vordergrund steht und man sich hinter einem juristischen Gutachten verschanzt“, erläutert Brandl. Dabei konnte der Gemeindetag in den seit Monaten laufenden Gesprächen mit den Staatsforsten auf ein Gutachten verweisen, das den Staatsforsten deutlich mehr Spielraum gebe, vorrangig örtliche Initiativen zum Zuge kommen zu lassen. „Bislang sind wir jedoch kein Jota weitergekommen“, betont der Gemeindetagschef.

Auch ein anderer Vorschlag

seines Verbandes sei bislang nicht aufgegriffen worden, so Brandl: Wenn man schon als Staatsforst die Pachteinahmen in den Vordergrund stellt, dann könne man zumindest die betroffenen Gemeinden an diesen beteiligen. Davon profitierten alle vor Ort, da damit die klammern Gemeinden wieder Gestaltungsmöglichkeiten bekämen. Hessen praktiziere dies unter dem Stichwort „Windenergie-dividende“ seit 2016 bereits erfolgreich. Die Bayerischen Staatsforsten sähen aber ihre Hände gebunden, da dies der Landtag entscheiden müsse. Aber auch die Staatsregierung kann Brandl zufolge ihren Teil beitragen. Zwar verspreche der Koalitionsvertrag, dass

**Bayerischer Landkreistag zu Gesundheitsminister Lauterbach:**

## Protest gegen „Egotrip“

Erneut haben die bayerischen Landrätinnen und Landräte vehement gegen die Pläne von Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach und dessen Umgang mit seinen eigentlichen Partnern in den Kommunen und im Land protestiert. Der Anlass: Kurz vor der Präsidiumssitzung des Kommunalverbandes war bekannt geworden, dass der Minister das Gesetz zur Krankenhausreform als für im Bundesrat nicht mehr zustimmungspflichtig erachtet und den Krankenhaus-Atlas für verabschiedet erklärt hat.

Wie der Präsident des Bayerischen Landkreistags, Landrat Thomas Karmasin, betonte, „widerspricht der Bundesgesundheitsminister den zur Krankenhausreform vereinbarten Eckpunkten vom vergangenen Sommer und kündigt die für echte Zukunftslösungen so wichtige Zusammenarbeit mit Land und Kommunen auf. Weiterhin tot stellt er sich zudem bei der für die Versorgung unserer Bürger entscheidenden Frage nach einer kurzfristigen Schließung vor-handener Liquiditätsengpässe.“

### Immer neue Kapriolen

Die letzte Kapriole des Bundesgesundheitsministers liegt Karmasin zufolge erst wenige Wochen zurück. Nachdem er es nicht geschafft hat, die Länder mit vermeintlichen Liquiditätshilfen für die Krankenhäuser unter Druck zu setzen, dem Krankenhaus-transparenzgesetz zu zustimmen, setze er jetzt auf einen „Egotrip“. Eine Antwort, wie er die drohende Insolvenz-welle der Kliniken – vor allem in der Fläche – verhindern will, bleibe

er weiterhin schuldig.

„Über Jahre haben sich viele Krankenhäuser in einem System, das insbesondere die Klei-



Thomas Karmasin, Präsident des Bayerischen Landkreistags.

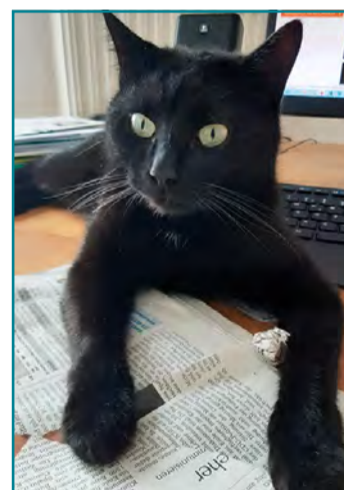
nen in der Fläche benachteiligt hat, durch kommunales Geld über Wasser gehalten, um unsere Bürger zu versorgen. Die derzeit vorhandenen Liquiditätseingänge sowie die Reaktionen aus Berlin darauf, schwächen unseren ländlichen Raum. Unsere Bevölkerung darf auch weiterhin keinen Versorgungs-nachteile haben. Die Bundesregierung bleibt uns bis heute eine Antwort darauf schuldig, wie künftig bürgernah, bezahlbar und bedarfsgerecht medizinische Leistungen möglich sein sollen“, unterstrich der Landkreistags-präsident.

Neben weiteren Vorhaben zur Digitalisierung, Erweiterung der Kompetenzen von Pflegekräften, Reform des Rettungsdienstes und Erhöhung der Anzahl von Medizinstudenten will Lauterbach noch bis zum Sommer auch Gesetze zur Stärkung der Hausärzte, der Notfallmedizin und der klinischen Forschung zum Abschluss bringen. Apropos Pflegekräfte: Nach neuen Berechnungen könnte der Bedarf an zusätzlichen Pflegekräften allein durch die zunehmende Al-

terung bis zum Jahr 2049 auf bis zu 690.000 steigen. Das wäre ein Plus von rund einem Drittel im Vergleich zum Jahr 2019, teilte das Statistische Bundesamt (Destatis) mit. Zur Jahrhundertmitte würden dann rund 2,15 Millionen Menschen in der Pflege benötigt. Für das Vor-Corona-Jahr 2019 gab das Bundesamt einen Bedarf von 1,62 Millionen Pflegekräften an.

Die Deutsche Stiftung Patientenschutz mahnte nach Bekanntgabe der Prognose Bund und Länder, sie dürften sich keine weiteren Flops bei der Anwerbung ausländischer Pflegekräfte leisten. Laut Vorstand Eugen Brysch konnten in zehn Jahren nur 7.700 Neubeschäftigte gezählt werden. Anstatt weiter Millionen von Euros zu verbrennen, hätten die Anerkennung und Förderung von Berufsabschlüssen schneller zu erfolgen.

Nach Auffassung des Präsidenten des Bundesverbandes privater Anbieter sozialer Dienste, Bernd Meurer, „sieht Minister Lauterbach tatenlos zu, wie sich die Situation immer weiter verschlimmert: Immer mehr Pflegekräfte gehen in den nächsten Jahren in Rente und die Zahl der Auszubildenden bricht ein.“ In den Ländern bahne sich eine Katastrophe an. **DK**



„Wer wenn nicht Franz Beckenbauer, der ‚Bub aus Giesing‘, der im Fußball Überras-gendes geleistet hat, der als Botschafter des Sports und des Landes in aller Welt angesehen ist, hätte einen Platz in der Walhalla verdient“, meint Pino gemeinsam mit Prof. Dr. Gerhard Sabathil. Seite 13

### Zukunftsinvestitionen gehen verloren

In Gesprächen mit Unternehmen nimmt Christian Haase wahr, „dass Zukunftsinvestitionen verloren gehen und damit ein schleichender wirtschaftlicher Abstieg verbunden ist“. Frustration mache sich breit, die derzeit deutschlandweit in Protestaktionen von Landwirten und solidarischen Handwerkern und Spediteuren gipfelt. In recht willkürlicher und überstürzter

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

### Bayerische GemeindeZeitung

als umfassende Informationsquelle für kommunale Entscheiderinnen und Entscheider.

### Sie lesen in dieser Ausgabe

	Seite
Doppelhaushalt 2024/2025 — Eckpunkte der Staatsregierung . . . . .	2
Zukunftspaket der CSU-Landtagsfraktion . . . . .	2
Trauer um Armin Grein . . . . .	3
Einladung zum Benefiz-Schafkopfrennen . . . . .	3
Tourismus in Bayern boomt . . . . .	3
Bayern setzt sich für Fortschritte in der Pflege ein . . . . .	3
Bundestrend bedrückt Bayerns Wirtschaft . . . . .	3
Barrierefreiheit ist das Zukunftsthema . . . . .	4
Digitalisierung • IT • Breitband • Kommunikation . . . . .	5-9
Kommunale Umwelt- und Abfallthemen . . . . .	9-11
Aus den bayerischen Kommunen. . . . .	12-14



Doppelhaushalt 2024/2025:

## Staatsregierung beschließt Eckpunkte

Die Bayerische Staatsregierung hat auf einer Klausurtagung am Tegernsee den Doppelhaushalt für 2024 und 2025 aufgestellt. Ab dem Haushaltsjahr 2024 wird mit der Tilgung der zur Bewältigung der Corona-Krise in den Jahren 2020 bis 2022 im Sonderfonds Corona-Pandemie aufgenommenen Schulden begonnen. Ministerpräsident Markus Söder sprach von einem „Premiumhaushalt“ und hob hervor, dass die sogenannten Rücklagen des Freistaats für die Finanzierung der Ausgaben nicht in voller Höhe genutzt werden müssten. Klar sei aber, dass die schwierige wirtschaftliche Lage auch in Bayern spürbar sei, weshalb er es als wichtig erachte, ein Signal der Hoffnung und der Zukunft zu setzen.

„Wir investieren wieder gegen die Krisen“, erklärte Finanzminister Albert Füracker. Es sei ihm persönlich wichtig gewesen, wieder einen Doppelhaushalt aufzustellen; Grundlage aller Planungen sei wie immer die Stuerschätzung gewesen. Der Doppelhaushalt soll voraussichtlich im zweiten Quartal 2024 im Bayerischen Landtag beschlossen werden.

### Gesamtausgaben 149 Mrd. Euro

Die Gesamtausgaben 2024/2025 betragen insgesamt knapp 149 Mrd. Euro. Die Ausgaben steigen im Jahresdurchschnitt 2024/2025 um rund 3,1 Prozent. Die Bildungsausgaben nehmen weiter deutlich zu und bilden mit rund 52 Mrd. Euro den größten Ausgabenblock im Staatshaushalt.

Für den flächendeckenden und bedarfsgerechten Ausbau von ganztägigen Betreuungsangeboten für Kinder im Grundschulalter werden im Kultus- und Arbeitsministerium insgesamt über 1,2 Mrd. Euro veranschlagt. Die Mittel für die Förderung von Kindertageseinrichtungen (insbesondere Betriebskostenförderung nach dem BayKiBiG, Beitragszuschuss für Eltern von Kindern in Kindertageseinrichtungen, Qualitätsentwicklung in

der Kindertagesbetreuung und Bayerische Krippengeld) steigen deutlich auf zusammen rund 6,9 Mrd. Euro.

### Steigender Bedarf bei High Tech und Wissenschaft

Die Mittel für den Hochschulbereich im Haushaltsplan des Wissenschaftsministeriums sollen im Doppelhaushalt auf insgesamt gut 14 Mrd. Euro anwachsen. Die zusätzlichen Mittel sind unter anderem für neue Technologietransferzentren sowie für den weiteren Aufbau der TU Nürnberg vorgesehen. Bei den Universitätskliniken sollen das Bayerische Krebsforschungszentrum, der Medizincampus Oberfranken sowie die Universitätsklinik Augsburg weiter aufgebaut werden. Für die einzigartige Technologieoffensive „Hightech Agenda Bayern“ werden insgesamt 1,1 Mrd. Euro eingeplant.

### Prioritäten bei Innerer Sicherheit

Für den Bereich der Inneren Sicherheit und des Rechtsschutzes plant die Staatsregierung Ausgaben in Höhe von rund 17 Mrd. Euro. Die Einsatz- und Betriebsmittel sowie Sachinvestitionen der bayerischen Polizei (sog. Polizei-Budget) wachsen im Jahr 2024 auf ein erneutes Rekordniveau von rund 592 Mio. Euro an. Darin enthalten sind zusätzliche Mittel für den Kauf der größeren und leistungsstärkeren Polizeihubschrauber der 4-Tonnenklasse. Für das „Polizei-Budget“ werden im Haushaltsentwurf 2024/2025 rund 1,12 Mrd. Euro veranschlagt. Die Mittel für den Feuerwehrbereich steigen auf rund 226 Mio. Euro. Die Finanzierung erfolgt vollständig aus den Einnahmen der Feuer- und Katastrophenschutzsteuer. Für die Bereiche Rettungsdienst und Katastrophenschutz sind insgesamt rund 192 Mio. Euro vorgesehen.

Die Ausgaben für Gesundheit betragen rund 3,6 Mrd. Euro. Für ein Förderprogramm zur Unterstützung kleinerer Krankenhäuser sollen 25 Mio. Euro veranschlagt werden.

### Neuer Spitzenstand beim kommunalen Finanzausgleich

Der kommunale Finanzausgleich 2024 erreicht mit rund 11,4 Mrd. Euro einen neuen Spitzenstand. Dies bedeutet einen Anstieg gegenüber dem Vorjahr um rund 213 Millionen Euro. Die Investitionsausgaben werden deutlich erhöht und betragen nunmehr insgesamt gut 22 Mrd. Euro. Die Investitionsquote steigt im Jahresdurchschnitt 2024/2025 auf 15,0 Prozent.

Die staatliche Wohnraumförderung erreicht mit einem Bewilligungsrahmen von rund 885 Mio. Euro im Jahr 2024 und 940 Mio. Euro im Jahr 2025 jeweils ein neues Rekordniveau. Sie umfasst darüber hinaus das kommunale Wohnraumförderungsprogramm (150 Mio. Euro pro Jahr), die Bayerischen Holzbauförderung (35 Mio. Euro pro Jahr) und die Studentenwohnraumförderung (38 Mio. Euro pro Jahr).

Zur weiteren Umsetzung des Energie- und Klimapakets wer-

den auf dem Gebiet der Energieförderung rund 51 Mio. Euro insbesondere für die Förderung von Elektrolyseuren zur Wasserstoffproduktion eingeplant. Im Bereich der Bioenergie sind insgesamt 22 Mio. Euro Ausgabemittel vorgesehen. Durch die Aufstockung der Mittel für den „Energiekredit Regenerativ“ um 5 Mio. Euro auf insgesamt 15 Mio. Euro kann die LfA Förderbank ihr Kreditangebot auf die Finanzierung von Wärmenetzen ausweiten.

Für den Einstieg in die Umsetzung des „Zukunftsvertrags Landwirtschaft“ sind insgesamt 40 Mio. Euro veranschlagt. Rund 149 Mio. Euro pro Jahr sind für die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK) vorgesehen. Anders als der Bund steht der Freistaat damit zu seiner Verantwortung für den ländlichen Raum.

Die Ausgabemittel für den Schienenpersonennahverkehr

### CSU-Fraktion schnürt Zukunftspaket:

## „Gummistiefel und Gigabit“

CSU-Fraktionschef Klaus Holetschek will Chancengleichheit für Stadt und Land herstellen. Hierzu legte er in München im Beisein von Günther Felßner, Präsident des Bayerischen Bauernverbands, Angela Inselkammer, Präsidentin des DEHOGA Bayern e.V., Prof. Klaus Lutz, Präsident der IHK für München und Oberbayern, sowie Dieter Vierlbeck, Geschäftsführer des Bayerischen Handwerkstages, ein Strategiepapier für den ländlichen Raum vor.

„Der ländliche Raum hat für uns obersten Stellenwert“, heißt es in der Resolution. „In Bayern leben, heißt besser leben – in den Städten und auf dem Land“. Dafür werde unter anderem der Ausbau des schnellen Internets weiter vorangetrieben, „mit dem Ziel in allen Regionen Gigabitbandbreiten zu erreichen“.

### Schwerpunkte

Neben der Fortführung des Sonderprogramms zur Förderung kommunaler Schwimmbäder und der Förderung des Tourismus bekennt sich die CSU-Fraktion dazu, die Investitionen in die Staatsstraßen auf hohem Niveau zu verstetigen. Gleichzeitig soll der Bau neuer Radwege und Radschnellwege forciert werden, indem bis 2030 1.500 Kilometer Radwege realisiert und durch gezielte Lü-

**Trauer um Altlandrat Armin Grein**  
84-jährig verstarb am vergangenen Wochenende einer der Gründerväter der Freien Wähler Bayern, Altlandrat Armin Grein, aus dem Landkreis Main-Spessart.

Vor seiner 24-jährigen Landratsstätigkeit war der Verstorbene Bürgermeister von Marktheidenfeld. Die Gebietsreform hatte ihn zum kommunalpolitischen Engagement motiviert. 1978 wurde Grein Gründungsvorsitzender der Freien Wähler. Dieses Amt hatte er bis zum Jahr 2006 inne. Von 1994 bis 2010 war er auch deren Bundesvorsitzender.

Für Grein hatte die Kommunalpolitik hohe Priorität. Damals verstand man sich explizit als Nicht-Partei ohne parteipolitisch festgelegtes Programm. Wer für ein kommunales Mandat kandidiert, so Grein damals, trete kraft eigener Persönlichkeit und Reputation an. Man verstand sich als liberalkonservative Alternative zur CSU. Nachfolger von Grein als FW-Landesvorsitzender wurde Bayerns stv. Ministerpräsident Hubert Aiwanger. Die FW sind längst zur Partei mutiert. □

aus Regionalisierungsmitteln erhöhen sich auf rund 4,3 Mrd. Euro. Zur Fortführung des „Deutschlandticket“ in den Jahren 2024 und 2025 sind knapp 1,3 Mrd. Euro vorgesehen – je zur Hälfte aus Bundesmitteln und Landesmitteln finanziert. Ein belastbares Bekenntnis des Bundes zur Weiterfinanzierung steht bis heute noch aus. Die Ausgaben für die Staatsstraßen werden mit zusammen rund 1,1 Mrd. Euro auf Rekordniveau angehoben.

### Coronabedingte Kredite

Für die Tilgung der coronabedingten Kreditaufnahme sieht die Staatsregierung zunächst 100 Mio. Euro vor. Für den Doppelhaushalt 2024/2025 sind gut 6.000 zusätzliche Stellen geplant. Darin enthalten sind insbesondere 4.100 zusätzliche Stellen für weitere Verbesserungen des bayerischen Schulsystems und zur Sicherung der Unterrichtsvorsorgung (2.900 Lehrstellen und 1.200 Stellen für Unterstützungskräfte an Schulen) und knapp 1.000 zusätzliche Stellen für Polizei und Justiz. DK

## artouro 2024 ausgelobt

Architekten und Bauherren können sich für Bayerischen Tourismus-Architektur-Preis bewerben!

Das Bayerische Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus und die Bayerische Architektenkammer in Kooperation mit der Bayern Tourismus Marketing GmbH loben zum vierten Mal den Bayerischen Tourismus-Architektur-Preis „artouro“ aus. Der Preis würdigt architektonischen Mut und Nachhaltigkeit im Tourismus. Der in Deutschland einmalige Preis stellt die ökonomische, ökologische und soziale Bedeutung einer qualitativvollen Tourismusarchitektur heraus. Anlässlich des 40-jährigen Bestehens der Beratungsstelle Barrierefreiheit der Bayerischen Architektenkammer wird zudem der Sonderpreis artouro Barrierefreiheit vergeben.

Gerade im Tourismus, einer für Bayern wichtigen Leitökonomie, zeigt sich, dass hochwertige Architektur den Erlebniswert steigert und Gäste anzieht. Dieser Mehrwert wird bei Hotel- und Gastronomiebetrieben und allen weiteren Destinationen touristischer Freizeitgestaltung deutlich – von Wellness- und Gesundheitseinrichtungen bis hin zu Unterhaltungs- und Kulturbauten.

Der artouro fördert die Kooperationen zwischen Architektur und Tourismus und stärkt die Wachstumsbranche Tourismus in Städten, Kommunen und Gemeinden.

Der Preis richtet sich an Architekten und Bauherren von Bauten in Bayern, bei denen ein touristischer Nutzen vorliegt erläuterten die Staatsministerin für Ernährung, Landwirtschaft Forsten und Tourismus, Michaela Kaniber sowie die Präsidentin der Bayerischen Architektenkammer, Prof. Lydia Haack.

Bewerbungen können bis zum 30. April 2024 über [artouro.byak.de](http://artouro.byak.de) eingereicht werden. □

„Mit dem Förderprogramm für kleinere Krankenhäuser im ländlichen Raum sichern wir flächendeckend eine wohnortnahe stationäre Versorgung.“

Darüber hinaus will man den Ausbau erneuerbarer Energien weiter vorantreiben. Der Schlüssel zur bestmöglichen Energieversorgung aus Heimatenergien sei ein Energiemix aus Photovoltaik, Windkraft- und Wasserkraft, Biomasse, Geothermie und Wasserstoff. Die Stromerzeugung aus Erneuerbaren Energien soll bis 2030 verdoppelt werden. Beim Heizen müsse auch Holz vor allem aus Durchforstungs- und notwendigen Waldumbaumaßnahmen ein nachhaltiger Energieträger bleiben.

Überdies sollen in Hochschulaußenstellen bis 2025 weitere 930 Studienplätze und bis 2023 weitere rund 400 Studienplätze geschaffen werden.

### Behördenverlagerungen

„Mit der Behördenverlagerung bringen wir bis 2025 Arbeitsplätze für mehr als 2.500 Beschäftigte sowie weitere Arbeitsplätze für rund 2.670 Beschäftigte (2. Stufe) insbesondere in den ländlichen Raum“, heißt es weiter. Ergänzt werden die Behördenverlagerungen im Rahmen der Heimatstrategie durch weitere punktuelle Regionalisierungsmaßnahmen mit Arbeitsplätzen für mehr als 760 Beschäftigte in allen Regierungsbezirken.

### Räumliche Gerechtigkeit

„Gummistiefel und Gigabit ist das Credo unseres Zukunftspaketes für den ländlichen Raum“, betonte Fraktionschef Holetschek. „Wir wollen die räumliche Gerechtigkeit vorantreiben und gleichwertige Lebensverhältnisse schaffen. Es ist das ganz klare Bekenntnis zur Landwirtschaft, zum Handwerk, zum Handel und zur Gastronomie.“

Gleichzeitig setze der Zukunftspakt ein starkes Signal in Richtung Schulterschluss zwischen den Verbänden. „Wir müssen einen Gegenpol zu den politischen Plänen der Berliner Ampel setzen, wo zunehmend städtische Fragestellungen zu Ungunsten des ländlichen Raums priorisiert werden. In Bayern muss es sich auf dem Land genauso gut leben lassen wie in einer Metropole. Denn: Der ländliche Raum mit seinen einzigartigen Kulturlandschaften, Märkten und Dörfern ist Wohn- und Lebensort von mehr als jeder zweiten Bayerin und jedem zweiten Bayern“, unterstrich der Fraktionschef. DK

### Wir gratulieren

#### ZUM 70. GEBURTSTAG

Bürgermeister Josef Kern  
94548 Innernzell  
am 16.2.

#### ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister  
Bernhard Sontheim  
82340 Feldafing  
am 19.2.

#### ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Ulrich Werner  
97493 Bergrheinfeld  
am 15.2.

Bürgermeister Franz X. Rolla  
87752 Holzgünz  
am 19.2.

#### ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Ralf Beyer  
91180 Heideck  
am 28.2.

#### ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister Kai Hohmann  
63820 Elsenfeld  
am 20.2.

Bezirkstagspräsident und  
Bürgermeister Olaf Heinrich  
94078 Freyung  
am 23.2.

#### ZUM 40. GEBURTSTAG

Bürgermeister Matthias Beer  
93176 Beratzhausen  
am 20.2.

#### ZUM 35. GEBURTSTAG

Bürgermeister  
Johannes Hümpfner  
97618 Strahlungen  
am 17.2.

### Hinweis in eigener Sache

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.





Jahrespressekonferenz  
Tourismus in Bayern 2023  
Bild: Steffi Büchl / StMELF

Michaela Kaniber zieht positive Bilanz für 2023:

## Tourismus in Bayern boomt

Das vergangene Jahr war für den Tourismus in Bayern äußerst erfolgreich. Tourismusministerin Michaela Kaniber zieht eine nach ihren ersten 100 Tagen im Amt eine positive Bilanz: „2023 war ein Erfolgjahr für den Bayern-Tourismus. Wir haben das Niveau von 2022 übertroffen und liegen nur ganz knapp unter den Werten des Rekordjahres 2019. Zum zweiten Mal überhaupt haben wir im vergangenen Jahr die magische Grenze von 100 Millionen Gästeübernachtungen überschritten. Dieses großartige Ergebnis der Branche verdient besondere Anerkennung, insbesondere angesichts der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, die den Betrieben viel abverlangt hat. Dass die Bilanz dennoch so positiv ausfällt, unterstreicht die enorme Widerstandskraft der Branche und den Elan der Menschen, die dort arbeiten“, so Kaniber.

Die Zahl der Gästeankünfte ist 2023 im Vergleich zum Vorjahr um 13,6 Prozent gestiegen. Insgesamt reisten im vergangenen Jahr rund 38,86 Millionen Personen nach Bayern (2022: 34,21 Millionen). Die Zahl der Übernachtungen hat ebenfalls um 8,7 Prozent zugelegt. 2023 wurden insgesamt rund 100,26 Millionen Übernachtungen gezählt, gegenüber 92,27 Millionen im Jahr 2022.

### Rekordergebnis beim Binnentourismus

Laut Ministerin Kaniber sticht besonders die hervorragende Bilanz im Binnentourismus hervor. Dieser hat ein Rekordergebnis eingefahren und erstmals die Schallmauer von 30 Millionen Gästeankünften durchbrochen. Noch nie zuvor haben so viele Gäste aus Deutschland in Bayern Urlaub gemacht, wie im Jahr 2023. Damit hat der Freistaat erneut seine Position als Tourismusland Nummer 1 in Deutschland untermauert. Aber auch der Incoming-Tourismus habe gegenüber dem Vorjahr deutlich zugenommen, insbesondere aus den europäischen Nachbarländern. Laut der Ministerin verzeichneten alle wichtigen europäischen Quellmärkte bei den Übernachtungszahlen deutliche Zuwächse. Viele davon haben das Vor-Corona-Niveau übertroffen. „Österreich, die Niederlande oder Polen – hier liegt Bayern über den bisherigen Rekordwerten von 2019. Aber auch der wichtige US-Markt hat zurück zu alter Stärke gefunden und ist mit rund 2,2 Millionen Gästeübernachtungen wieder wichtigster bayerischer Incoming-Markt. Nur die Besucherzahlen der Gäste aus dem asiatischen Raum sind mit – 46 Prozent gegenüber 2019 noch deutlich niedriger als vor Corona: „Aber das trifft ganz Europa“, so die Ministerin. Für das laufende Jahr wird eine Stabilisierung der Entwicklung auf hohem Niveau erwartet.

Deutliche Kritik äußert die Ministerin an der Tourismuspolitik der Bundesregierung. „Das Auslaufenlassen des reduzierten Umsatzsteuersatzes auf Speisen in der Gastronomie war ein Kardinalfehler. Was das so wichtige Thema der Arbeitszeitflexibilisierung betrifft, sehe ich bei der Ampel-Koalition keinerlei Gestaltungswillen. Auch beim Bürokratieabbau kommt nichts Konkretes aus Berlin. Die Prob-

leme der Branche werden ignoriert. Es wird an den Bedürfnissen der Betriebe vorbeigereit.“ Die Ministerin ergänzt, dass neben der Inflation auch Maut und CO2-Steuer, die bei den Logistikern zu höheren Kosten führen, sich auf den Anstieg der Preise auswirken werden.

### Tragende Säule

Umso wichtiger sei es, dass man in der Landespolitik der Branche zur Seite stehe. „In Bayern wissen wir: Die Tourismusbranche ist eine tragende Säule unserer Wirtschaft. Sie steht für Wertschöpfung und Beschäftigung im ganzen Land. Wir unterstützen sie nach Kräften, etwa mit einer für diesen Sommer geplanten neuen Initiative für die Kongresswirtschaft. Unser Ziel ist es, Wissens- und Wirtschaftskongresse nach Bayern zu holen. Davon werden alle bayerischen Kongressstandorte profitieren – die großen Städte genauso wie die kleineren Destinationen im ländlichen Raum. Wir zünden den Kongresssturm für ganz Bayern. Dadurch steigern wir nicht nur die touristische Wertschöpfung vor Ort, insbesondere in der Hotellerie und Gastronomie, sondern fördern auch die Wirtschaftspolitik nachhaltig. Kongresse und Tagungen bringen Fachleute, Unternehmer und Forscher zusammen. Dabei werden frische Ideen etabliert und die Grundlagen für neues Wirtschaftswachstum gelegt. Es ist wichtig, dass wir in der Staatsregierung mit guter Wirtschaftspolitik Akzente setzen.“

Weitere Themen, die die Ministerin sich vorgenommen hat, sind der Gesundheitstourismus und die Digitalisierung. Laut ihren Worten sind Kurorte und Heilbäder ein Zukunftsthema, da der Bedarf ansteigt. Hier ist eine Zusammenarbeit mit dem Gesundheitsministerium angestrebt, insbesondere wenn es um „Prävention“ gehe. Digitalisierung spiele im Tourismus eine herausragende Rolle, große Hoffnung wird in das Projekt „BayernCloud Tourismus“ gelegt. Hier werden gerade 300.000 Euro in die Hand genommen, um den Mehrwert noch bekannter zu machen. Mit der Bayerncloud lassen sich passgenaue Reiseerlebnisse, auch für Einheimische, leichter finden. Mittels KI wird außerdem an der Besucherlenkung gearbeitet. Eine entsprechende erste Anwendung wurde kürzlich am Schliersee demonstriert. □

### Fünf Jahre Landesamt für Pflege in Amberg:

## Bayern setzt sich intensiv für Fortschritte in der Pflege ein

Ministerpräsident Dr. Söder und Gesundheitsministerin Gerlach bei der Jubiläumsfeier

Bayern setzt sich intensiv für Fortschritte im Pflegebereich ein. Darauf haben Ministerpräsident Dr. Markus Söder und Pflegeministerin Judith Gerlach anlässlich der Jubiläumsfeier zum fünfjährigen Bestehen des Landesamts für Pflege (LpF) in Amberg hingewiesen. Sie forderten zugleich von der Bundesregierung mehr Einsatz für eine umfassende Pflegereform.

Bayerns Ministerpräsident Dr. Markus Söder erklärte wörtlich: „Fünf Jahre Bayerisches Landesamt für Pflege in Amberg: Ein Amt, das für Herz und Würde zuständig ist. Unser Landespflegegeld, bei dem bislang 2,3 Milliarden Euro an 420.000 Menschen gingen oder unser wichtiger Hebammenbonus – alles Projekte, die ohne die erfolgreiche Abwicklung durch unser Landesamt nicht möglich wären. Unsere Pflegekräfte brauchen mehr Anerkennung, Respekt und auch eine bessere Bezahlung. Dafür stehen wir und dafür steht auch diese Herzensbehörde. Die Ansiedlung hier in der Oberpfalz war auch ein zentraler Baustein unserer Heimatstrategie für den ländlichen Raum. Danke an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für ihr großartiges Engagement. Ganz Bayern ist stolz auf Sie!“

### Einziges LpF in Deutschland

Bayerns Gesundheits- und Pflegeministerin Judith Gerlach verwies darauf, dass der Freistaat mit dem Landesamt für Pflege eine schlagkräftige Behörde geschaffen habe. „Damit leisten wir einen wichtigen Beitrag sowohl für pflegebedürftige Menschen als auch für Pflegekräfte.“ Aber auch die Bundesregierung müsse mit Blick auf die zahlreichen Herausforderungen in der Pflege endlich handeln und insbesondere etwas gegen den weiteren Anstieg der Pflegekosten unternehmen. Die Ministerin kritisierte, dass die bisherigen Reformschritte der Ampel viel zu kurz griffen. Bayern werde sich daher auch weiterhin auf Bundesebene für eine umfassende Struktur- und Finanzreform der Pflegeversicherung einsetzen.

Ergänzend fügte Gerlach hinzu, dass die Pflege eines der großen Zukunftsthemen sei, das die Staatsregierung in Bayern tatkräftig angehe. „Unser Ziel ist es, die Lage für pflegebedürftige Menschen und für pflegenden Angehörige in Bayern wei-

ter zu verbessern. Dabei spielt das LpF als einziges Landesamt in Deutschland, das sich ausschließlich um die Belange der Pflege kümmert, eine bedeutende Rolle.“

### Anerkennung für Fachkräfte mit ausländischen Abschlüssen

Seit 1. Juli 2023 werden die Anerkennungsverfahren für Pflegefachkräfte mit ausländischen Abschlüssen zentral beim LpF bearbeitet. Gerlach betonte: „Mit der sogenannten ‚Fast Lane‘ erreichen wir, dass in Bayern rasch mehr Pflegekräfte arbeiten können. Dies gelingt mit der Beschleunigung der aufenthaltsrechtlichen Anerkennungsverfahren.“ Die ‚Fast Lane‘ bezeichnete die Ministerin als vollen Erfolg. Die Bearbeitungszeiten seien nach der Übernahme der Aufgabe durch das LpF trotz steigendem Antragsaufkommen gesunken. „Ich setze darauf, dass sich das Tempo durch den geplanten Einsatz künstlicher Intelligenz weiter beschleunigen wird“, versicherte sie.

### Kompetenter Ansprechpartner

Das Landesamt für Pflege habe sich sehr schnell von einer reinen Vollzugsbehörde zu einem kompetenten Ansprechpartner für alle Fragen rund um die Pflege entwickelt. Was die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die Pflegebedürftigen und ihre Angehörigen leisten, sei großartig.

### 220 Mitarbeiter

Das Landesamt für Pflege war am 20. September 2018 offiziell eröffnet worden. Derzeit sind 220 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Amberg beschäftigt.

LpF-Leiter Achim Uhl erläuterte stolz, dass in den vergangenen fünf Jahren kontinuierlich am Aufwuchs des Amtes gearbeitet worden ist. So sei es gelungen, einen breitgefächerten Beschäftigtenstab aufzubauen.

### Stimmung in der bayerischen Wirtschaft:

## Niedriges Niveau

Aiwanger: „Zu hohe Abgabenlast und fehlende Arbeitsanreize bremsen die Wirtschaft ein“

Der Bayerische Industrie- und Handelskammertag (BIHK) hat die Ergebnisse der aktuellen Konjunkturumfrage veröffentlicht. Demnach liegt der Konjunkturindex erstmals seit dem Corona-Winter 2020/2021 wieder unterhalb des langjährigen Durchschnitts.

Dazu Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger: „Bayerns Wirtschaft kann sich nur teilweise vom Bundestrend abkoppeln. Diese Ergebnisse waren deshalb leider zu erwarten. Seit Jahren trommle ich für bessere bundespolitische Rahmenbedingungen. Die Abgabenlast für Bürger und Wirtschaft ist viel zu hoch und es fehlen Arbeitsanreize. Kein Wunder also, dass die Nachfrage zurückgeht und Unternehmen vergeblich sogar minderqualifizierte Arbeitskräfte suchen, während zu viele Arbeitsfähige im Bürgergeld sind. Unsere Wirtschaft braucht Entlastung und Flexibilität, beispielsweise bei den Arbeitszeiten anstelle neuer Regularien wie dem Lieferkettengesetz.“

Die bayerische Staatsregierung stimmt sich mit massiven Investitionsprogrammen wie der Hightech Agenda in Milliardenhöhe gegen den Bundestrend und sorgt für ein innovationsfreundliches Klima. Aiwanger: „Man muss die Wirtschaft machen lassen, nicht gängeln. Bayerns Wirtschaft steht immer noch besser da als der Bundesdurchschnitt. Während Deutschlands Wirtschaftsleistung 2023 insgesamt gesunken ist, können wir für Bayern nach Auswertung aller Daten ein Plus erwarten.“ □

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter kommen aus ganz unterschiedlichen Berufsbereichen: Neben Gesundheits- und Pflegefachkräften arbeiten beim LpF unter anderem Architekten, Psychologen, Betriebswirte, Informatiker und Sozialpädagogen. „Diese Multiprofessionalität ist in vielen Bereichen wichtig, um all unsere Aufgaben, aus allen wichtigen Perspektiven vollumfassend bearbeiten zu können“, erläuterte Uhl. Sein Dank galt deshalb allen Beschäftigten, „die mit viel Engagement dazu beigetragen haben, dass der Aufwuchs gut gelingen konnte. Nach fünf Jahren haben wir gemeinsam schon viel geschafft, aber die Pflege hält noch viele weitere wichtige Herausforderungen bereit, die es in der Zukunft zu meistern gilt.“

### Koordination verschiedener Arbeitsgruppen

Neben dem Landespflegegeld und Förderverfahren wie dem bayerischen Hebammenbonus oder der Niederlassungsprämie für Hebammen werden am Landesamt auch Fachthemen der Pflege bearbeitet. Zum Beispiel hat die Geschäftsstelle des Expertenkreises Hospiz- und Palliativversorgung ihren Sitz am Landesamt. Sie koordiniert die Arbeit der verschiedenen Arbeitsgruppen des Expertenkreises und wirkt mit an der Weiterentwicklung der ambulanten und stationären Hospiz- und Palliativversorgung in Bayern. Darüber hinaus wird das wichtige Thema Demenz mit dem „Bayerischen Demenzfonds“ aufgegriffen. Die Geschäftsstelle und die Bewilligungsbehörde für eingehende Anträge sind am Landesamt angesiedelt. □

## Benefiz-Schafkopffrennen

für kommunalpolitische Mandatsträger

### Schirmherren:

Landrat Stefan Löwl (Landkreis Dachau),  
Landrat Thomas Karmasin (Landkreis Fürstenfeldbruck) und  
Oberbürgermeister Dieter Reiter (Stadt München)

Anmeldung nur digital unter:

<https://www.landratsamt-dachau.de/schafkopffrennen>

Startgeld: 50 €/Person

1. Platz Reisegutschein im Wert von 400 €
  2. Platz Preis im Wert von 200 €
  3. Platz Preis im Wert von 150 €
- Benefizgewinn:** Jeder und jede spielt für einen guten Zweck, der bei Anmeldung angegeben wird.

Mitspielen dürfen kommunalpolitische Mandatsträger und Mandatsträgerinnen

Schlossgut Odelzhausen  
Am Schlossberg 1, 85235 Odelzhausen  
[www.schlossgut-odelzhausen.de](http://www.schlossgut-odelzhausen.de)

Schirmherren:



23.3.2024

Anmeldung ab 16:30 Uhr  
Beginn 17:15 Uhr

Schlossgut Odelzhausen

<https://www.landratsamt-dachau.de/schafkopffrennen>





## Mutig neue Wege ...

(Fortsetzung von Seite 1)

sen Ziele zu verfolgen. Das aber habe hierzulande wenig Tradition. Aus Haases Sicht „müssen wir die Geschäftsmodelle überdenken und anpassen.“

### Schwere Fehler der Ampel

Beim Thema Energie verwies der KPV-Bundeschef auf den schweren politischen Fehler der Ampel, vergangenes Jahr die drei letzten deutschen Atomkraftwerke stillgelegt zu haben. Freiwillig habe man sich eines günstigen Energieerzeugers entledigt. Ein Akt beispielloser Ignoranz.

Eine wichtige Komponente in der Berechnung des Strompreises ist die EEG-Umlage, die jedoch nach wie vor nicht refinanziert sei. Mit ca. 10 Mrd. Euro liege man hier im Minus.

Hinzu komme das Fehlen nötiger Leitungen, durch die Strom von A nach B transportiert werden könnte. Im Falle der benötigten Stromtrassen werde es noch Jahre dauern, bis sie funktionieren, informierte Haase. Überdies kosteten sie eine Menge Geld, das der Bürger über die Netze wieder bezahlen müsse.

### Bürokratielasten

Dass vor allem Energiegesetze zu kompliziert aufgesetzt wurden, zeigt ein Bericht des Normenkontrollrats (NKR) über die durch neue Gesetze verursachten Bürokratielasten. Diese haben im zurückliegenden Jahr ein Rekordniveau erreicht. Politischen Initiativen zum Bürokratiabbau erteilte der KPV-Bundvorsitzende eine klare Absage. „Statt mutig neue Wege zu gehen, verstecken wir uns viel zu oft hinter Paragraphen. Unser Land braucht eine ‚Einfach-mal-machen-Mentalität‘. Wir wollen deshalb Bundesexperimentierräume einführen, um neues Recht zu erproben oder um bestehende Regelungen zu streichen. Dazu wollen wir Pilotregionen – auch grenzüberschreitend – als regulatorische Reallabore ermöglichen. So könnte für eine bestimmte Dauer einfach mal getestet und dann analysiert werden. Was gut läuft, wird bundesweit ausgerollt“, erläuterte Haase.

„Wenn wir das Thema Bürokratie in Deutschland nicht lösen, werden wir die Unternehmen, den Mittelstand, aus Deutschland vertreiben“, prognostizierte der Abgeordnete. Es sei dringend notwendig, überflüssige Bürokratie auch zugunsten einer leistungsfähigen Verwaltung abzubauen. Kommunen benötigten mehr Freiräume sowohl durch pauschal zugewiesene Finanzmittel als auch die genannten Experimentierräume.

### Lethargie im Land

Als störend empfindet Haase die Lethargie im Land. Eine Absenkung der Arbeitszeit von jetzt 38 auf 35 Stunden pro Woche für Schichtarbeiter bei vollem Lohnausgleich, wie etwa von der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) gefordert, werde den Wohlstand auch vor dem Hintergrund von Fachkräftemangel und demografischer Entwicklung nicht halten können. Leistungsbereitschaft sei unverzichtbar, wolle man den Anschluss an Europa und die Welt wieder herstellen. Hierfür müsse die Politik die entsprechenden Rahmenbedingungen schaffen und ein Signal des Aufbruchs senden. Dies sei aktuell „mit einem Kanzler, der nicht spricht und seinem Umfeld, das nicht kommuniziert“, freilich äußerst schwierig, urteilte der MdB.

Als desaströs muss die Haushaltslage vieler Kommunen bezeichnet werden. Die Kommu-

nalfinanzen befinden sich in der Schieflage, egal in welchem Bundesland. Laut Statistischem Bundesamt lag das kommunale Finanzierungsdefizit in den Flächenländern im ersten Halbjahr 2023 bereits bei 7,3 Milliarden Euro. Vor diesem Hintergrund zeigte sich Haase erfreut, dass in der sog. Heidelberger Erklärung der CDU Deutschlands sowie in ihrem neuen Grundsatzprogramm das Thema Kommunalfinanzen in aller Deutlichkeit angesprochen sei. „Ohne vernünftige Kommunalfinanzen funktioniert keine Demokratie. Es geht darum, Grundlagen wiederherzustellen. Das müssen die Verantwortlichen in Berlin bei allem Verteilungskampf auch verstehen“, hob Haase hervor und ergänzte: „Wir glauben, dass wir als Bund auch ohne Förderprogramme, sondern beispielsweise über die Umsatzsteuer mehr Geld auf die kommunale Ebene bringen können, wenn wir die Aufgaben richtig priorisieren. Bedauerlicherweise macht das die Bundesregierung aber nicht.“

### Haushalt muss verfassungskonform sein

Äußere und innere Sicherheit sowie die Wirtschaft müssten im Vordergrund stehen. Die Ampelkoalition aber lege ihr Augenmerk auf den Aufbau des Sozialstaats und das Bürgergeld. Haase: „Wir verfügen über Steuereinnahmen in Höhe von 1 Billion und trotzdem wird der Ruf nach Aussetzen der Schuldenbremse laut. Ich bin dagegen. Wir müssen zurückkehren zu einem verfassungskonformen Haushalt, der die richtigen Prioritäten setzt, denn Deutschland hat kein Einnahmen-, sondern ein Ausgabenproblem. Im Sinne nachfolgender Generationen muss auf nachhaltige Finanzen geachtet werden.“

Zuerst müsse man sich über die zu erledigenden Kernaufgaben im Klaren sein, ehe man über deren Finanzierung spricht, erläuterte der KPV-Bundeschef. Die Ampel aber öffne den Finanztopf, um ihre Wunschprojekte voranzutreiben. Beispiel neue Kindergrundsicherung: Für diese Transferleistung sollen Haase zufolge über 5.000 neue Vollzeitstellen bei der Bundesagentur für Arbeit geschaffen werden. Hinzu kommt, dass Versprechungen nicht eingehalten werden und Eltern auch weiterhin Anträge stellen müssen. Auch würden die Verfahren mitnichten schlanker, „sondern wir haben es mit einem massiven Bürokratieaufwuchs zu tun.“

### Leistungen weiterhin aus einer Hand

War bisher das Jobcenter für Eltern im Bürgergeldbezug allein zuständig, sind nun die Familienkassen Ansprechpartner für die Kindergrundsicherung. Für weitere Leistungen aus dem Bildungspaket sollen die Kommunen zuständig sein. Und sind die Eltern unter 25 Jahre alt, sollen sie sich künftig nicht mehr ans Jobcenter wenden, sondern an die Arbeitsagentur. Anders als die Familienkassen sind die Jobcenter aber flächendeckend im ganzen Land vertreten. „Im parlamentarischen Verfahren muss hier dringend korrigiert werden: Gerade die ärmsten Familien, die am meisten auf unsere Unterstützung angewiesen sind, müssen sich auf bewährte und einfache Strukturen verlassen können. Sie sollten deshalb aus meiner Sicht weiterhin alle Leistungen – Bürgergeld und Kinderzuschlag – aus einer Hand beziehen“, unterstrich Haase. Die Reform sollte bewährte Strukturen nicht zerschlagen, sondern vielmehr im bestehenden System nachbessern.

Bereits 2026 soll der Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Grundschulkindern in Kraft treten. „Hier sind wir zu dem Ergebnis gekommen, dass dieser Rechtsanspruch mindestens ein Moratorium haben muss, weil er sonst schlichtweg nicht umsetzbar ist“, erklärte der KPV-Bundvorsitzende. Auch in diesem Fall müsse die Politik den Menschen reinen Wein einschenken, da sie andernfalls nur enttäuscht würden. „Mit den Leuten zu reden, bringt am Ende mehr Erfolg, als viele Wolkenkuckucksheime zu bauen.“

### Herausforderndes Jahr 2024

Bilanzierend sprach Haase von einem „für die Unionsfamilie herausfordernden Jahr“. Die Europawahl im Juni dürfe nicht zur „Abstrafwahl“ werden. Der CSU-Europapolitiker Manfred Weber sei hier sicher der

## Migration und Lehren ...

(Fortsetzung von Seite 1)

bereits solche Regelungen“, unterstreicht der Präsident. Nicht selten komme es vor, dass die Anlagenbetreiber sogar freiwillig über die Höchstgrenze der bundesrechtlichen Beteiligungsregelung Zuwendungen an die Gemeinden leisten wollen. „Aber die dürfen das nicht annehmen“, ärgert sich Brandl.

Migrationspolitik und steigende Zuzugszahlen werden auch in den nächsten Jahren im Zentrum der deutschen Politik stehen. Vor diesem Hintergrund hat das Präsidium des Bayerischen Gemeindetags in einem Schreiben an Innenminister Joachim Herrmann den Freistaat aufgerufen, beim Thema Unterbringung von Asylbewerbern und Flüchtlingen Gemeinden, Märkte und Städte nicht im Regen stehen zu lassen. „Sie werden ihren Beitrag nur dann leisten können, wenn sich die Rahmenbedingungen ändern“, heißt es.

### Kommunen einbinden

Man wolle in einer gemeinsamen Anstrengung des Staates und aller kommunaler Akteure den Herausforderungen durch Flucht und Migration begegnen. Bund und Freistaat Bayern werden deshalb aufgerufen, die Städte, Märkte und Gemeinden künftig zwingend und rechtzeitig vor allen wichtigen Entscheidungen, die die Kommunen direkt oder indirekt betreffen, einzubinden. Da es sich bei der Unterbringung der Geflüchteten um eine Aufgabe des Freistaats Bayern handle, wird dieser aufgefordert, „anzuerkennen, dass die notwendige Folgeunterbringung durch den Staat gewährleistet werden muss und keine Zuständigkeit der Gemeinde aufgrund von Obdachlosigkeit gegeben ist“.

### Zuständigkeit für die Unterbringung anerkennen

Zudem müsse Bayern seine Zuständigkeit für die Unterbringung von Personen aus dem Familiennachzug anerkennen und eine Unterbringung in staatlichen Unterkünften gewährleisten. Auch hier handle es sich nicht um einen Fall von Obdachlosigkeit. Auch habe sich der Freistaat auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass ein Familiennachzug ohne Nachweis ausreichenden Wohnraums zu keiner Zeit möglich ist. Auf eine Änderung des § 29 Abs. 2 Nr.1 Aufenthaltsgesetz sei hinzuwirken. Ein Familiennachzug „in die Grundsicherung“ sollte verhindert werden.

„Der Freistaat Bayern muss die Finanzierung der Aufnahme und Integration von geflüchteten Menschen vollständig über-

richtige Kommunikator für die EVP-Fraktion. „Wir brauchen eine starke EVP, die die Kernkompetenzen der EU stärkt und die überbordende Regelungswut und unnötige Eingriffe in die Kommunale Selbstverwaltung zurücknimmt. Nur so gewinnen wir wieder mehr Menschen für das europäische Projekt. Ein starkes Europa funktioniert nur mit starken Kommunen“, betonte Haase.

Mit Blick auf diverse Kommunalwahlen und eine zunehmend nach rechts abdriftende AfD ist nach seiner Meinung die Auseinandersetzung mit deren politischen Inhalten das richtige Mittel der Wahl. „Wir müssen Probleme in der demokratischen Mitte lösen, andernfalls machen wir die Ränder stärker. Letztlich sind auch die Demonstrationen, die sich gegen Rechtsextremismus richten, ein Protest gegen die eigene Regierung“, bekräftigte Haase abschließend. DK



V.l.: Ulrich Grunwald (Münsing), Maria Wolf (Wackersberg), Carine Schmitter (Lenggries), Markus Ertl (Sprecher des Arbeitskreises für Menschen mit Behinderung), Claudia Petzl (Greilling), Uschi Disl (Dietramszell), Franz Späth (Bad Tölz), Maria Kristin Kistler (LRA), Roland Grünwald (Eurasburg) und vorne Ralph Seifert (Landkreisbeauftragter und Benediktbeuern).

Bild: Landratsamt Bad Tölz-Wolfratshausen, Christiane Bäumler

### Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen:

## Barrierefreiheit ist das Zukunftsthema

### Jährliches Treffen der ehrenamtlichen Behinderten- und Inklusionsbeauftragten

Einmal im Jahr treffen sich die ehrenamtlichen Behinderten- und Inklusionsbeauftragten im Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen zu einem direkten Austausch. Anders als bei den Landratsämtern ist es bei den Kommunen nicht zwingend vorgeschrieben, einen Behinderten- oder Inklusionsbeauftragten zu haben. Von den 17 Landkreiskommunen kamen lediglich sieben Vertreterinnen und Vertreter, die sich zum Arbeitskreis „Menschen mit Behinderungen“ zusammengeschlossen haben. Ralph Seifert, selbst ehrenamtlicher Behindertenbeauftragter für Benediktbeuern und für den Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen, berichtete der Bayerischen Gemeindezeitung über seine aktuelle Arbeit.

„Leider ist es so“, sagt Seifert, „dass man sich erst durch eine eigene Betroffenheit mit ‚Barrierefreiheit‘ auseinandersetzt. Dabei wird das Thema mit dem demographischen Wandel immer wichtiger!“ Schließlich wolle jeder und jede auch im Alter selbstbestimmt bestenfalls weiterhin zuhause gut leben können. Und der Handlungsdruck wächst. Die Babyboomer gehen in Rente, Pflegeheimplätze fehlen. Menschen altern oder werden durch einen Unfall eingeschränkt und die Wohnsituation ist nicht mehr bedarfsgerecht. „Es sollten 400.000 Wohnungen pro Jahr gebaut werden, aber nicht mal 1/3 davon wird realisiert. Und die sind dann meist auch nicht barrierefrei“, so Seifert. Sein Wunsch wäre, dass wenigstens bei kommunalen Bauvorhaben auch ein Behindertenbeauftragter mit in die Planungen eingebunden werde, um rechtzeitig alters- und behindertengerechte Wohnungen zu schaffen.

### Know-how aufbauen

Durch die UN-Behindertenrechtskonvention, die der Bund auch unterschrieben habe, sei der Handlungsbedarf auch ganz klar gegeben. Aber: „Der Bund und auch der Freistaat drücken

„Trotz schwieriger Rahmenbedingungen konnten wir die Zahl der Abschiebungen um fast 16 Prozent und die Zahl der freiwilligen Ausreisen sogar um rund 27 Prozent im Vergleich zum Vorjahr steigern.“ Die meisten Abschiebungen fanden in die Herkunftsländer Georgien, Moldau und Nigeria statt. Herrmann kündigte an: „Unser Ziel ist es, die Zahl der Aufenthaltsbeendigungen weiter zu erhöhen und Ausreisepflichtige rasch außer Landes zu bringen.“ Die bisherigen Maßnahmen und Planungen der Bundesregierung bezeichnete Herrmann als bei weitem nicht ausreichend und teilweise wenig hilfreich oder sogar hinderlich. „Der Bund muss seinen Schlingerkurs aufgeben und statt markiger Worte mit tatsächlich wirksamen Maßnahmen die Länder unterstützen“, forderte der Staatsminister. DK

das Thema nach unten weg und dann landet es bei den Landratsämtern, die dann Aufgaben übernehmen, die eigentlich staatlich zu regeln wären.“ Seifert ist sich sicher, dass bald von der EU verpflichtende Verordnungen kommen, und dann ist man schlecht, bzw. nicht vorbereitet: „Der Wissensstand sollte aufgebaut werden und Handwerker müssen entsprechend geschult werden.“

### Barrierefreies Rathaus

Der Schwerpunkt, dem sich der Arbeitskreis für 2024 widmet, ist „Das barrierefreie Rathaus“. Neben baulichen Voraussetzungen, die stimmen müssen, damit Mobilitätseingeschränkte überhaupt aufs Amt kommen können (Aufzug, Blindenleitsystem, Barrierefreiheit, ...) fehle oft das Wissen bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. „Das ist nicht böse gemeint, aber ich muss eben darüber informiert sein, dass ich bei Hörbehinderten nicht sitzenbleibe, sondern aufstehe, um mit ihnen zu sprechen.“ Erst wenn eine Einrichtung inklusiv ist, können die Menschen auch kommen. Genauso beim ÖPNV: Erst wenn die Bushaltestellen barrierefrei sind – was sie seit 2019 bereits sein sollten, aber da fehle es noch weit – können sie auch entsprechend genutzt werden. „Und viele Menschen sind auf den ÖPNV angewiesen, z.B. um zum Arzt zu kommen. Wenn dann beim Bezirk eine teure Mobilitätshilfe beauftragt wird, holt sich der Bezirk das Geld dafür ja auch wieder vom Landkreis zurück.“

Trotz allem ist sich Seifert auch bewusst, dass die Verhältnisse in Bayern immer noch besser sind als in Restdeutschland: „Aber das ist kein Grund sich auszuruhen!“ Genau wie in der Jugendhilfe fangen hier viele Ehrenamtliche Aufgaben ab, für die sie weder ausgebildet noch entsprechend vorbereitet wurden. „Es braucht mehr als nur Eckpunkte! Wir brauchen echte Unterstützung vonseiten des Staates!“ Seifert plädiert sehr für die Schaffung eines Landesbehindertenrates, bzw. eine neue Fachstelle Barrierefreiheit. Die Gespräche hierfür laufen bereits. CH



# Mobilfunk-Zwerg für die ganz große Mobilfunkversorgung

Ultramobiler Sendemast sorgt bei Implenia und flaschenpost für 5G-Konnektivität

Die zunehmende Digitalisierung und der steigende Bedarf an mobiler Kommunikation erfordern eine jederzeit zuverlässige Mobilfunkversorgung. Das gilt auch bei kurzfristigen Anforderungen durch Festivals oder Großbaustellen. Die Deutsche Telekom setzt dabei jetzt auf ultramobile Sendemasten.

Erst vor wenigen Monaten hatte die Telekom mit dem „Mobilfunkmast-to-go“ einen Prototyp entwickelt, der sich innerhalb kurzer Zeit bereits zum Kundenliebling entwickelt hat. Rund ein Dutzend Firmen testen den flexiblen Kraftprotz bisher. „Wir haben mit unserem Aufruf zum Test unseres ultramobilen Mobilfunkmastes großes Interesse bei Unternehmen unterschiedlichster Branchen geweckt. Diese hohe Nachfrage zeigt: Der Bedarf nach einer flexiblen Mobilfunklösung ist da – auch bei Geschäftskunden. Das hat uns darin bekräftigt, diese Innovation ‚made by Telekom‘ zukünftig auch kommerziell anzubieten“, sagt Klaus Werner, Geschäftsführer Geschäftskunden bei der Telekom Deutschland.

## Implenia: Verbindungsaufbau im Funkloch

Zu den ersten Testern gehört der führende Schweizer Bau- und Immobiliendienstleister Implenia. Das Unternehmen wird seine Brückenbaustelle in Bad Lobenstein (Thüringen) während der zweijährigen Bauphase mit 5G und 4G/LTE versorgen. Die im Tal gelegene Baustelle konnte von den herkömmlichen Mobilfunkmasten der Umgebung nicht erreicht werden. Aufgrund des hohen Digitali-

sierungsgrads der Baustelle ist jedoch eine schnelle und zuverlässige Mobilfunkverbindung unabdingbar.

Der Mobilfunkmast-to-go von der Telekom versorgt die Baustelle mit leistungsfähigen Kommunikationsdiensten. Smartphones und Computer nutzen dann schnelle Mobilfunkverbindungen über Frequenzen im Bereich 2,6 und 3,6 Gigahertz. Diese Mobilfunkgrundversorgung ist für Implenia zudem eine ideale Basis für IoT Anwendungen. Mit ihnen optimiert das Unternehmen Abläufe sowie Materialflüsse auf der Baustelle. Der einfach anzuschließende Mobilfunkmast wird auf der Brückenbaustelle per Glasfaser mit dem Netz verbunden. Aber auch die Verbindung über Satelliten wird in einem nächsten Schritt getestet. Das sorgt für zusätzliche Flexibilität und eine noch schnellere Anbindung ans Netz.

## flaschenpost: Geschwindigkeit ist das A und O in der Logistik

Auch beim Lieferdienst flaschenpost SE kommt der Micro-Container groß raus. Der Lieferdienst für Getränke und Lebensmittel aus Münster nutzt die zusätzliche 5G-Versorgung innerhalb einer Logistikhalle. Damit beschleunigt er seine be-

trieblichen Prozesse. Das Geschäft der Logistikprofis der flaschenpost ist schnelllebig. Im Rahmen der Expansion kommen deutschlandweit immer wieder neue Standorte hinzu, oder bestehende Lager beziehen eine andere Immobilie. Eine feste Verkabelung der Standorte ist aufwändig und teuer. Die Versorgung innerhalb von Logistikhallen ist zudem wegen ihrer Bauweise meist schwierig. Beton und Metall behindern die Funkwellen stark. Die flaschenpost braucht dafür eine flexible und schnelle Lösung ohne lange Auf- und Abbaueiten.

Der Mobilfunkmast-to-go bietet genau das: Neben der klassischen Telefonie fürs Team sind auch Intralogistik-Anwendungen über die 5G-Versorgung schnell einsatzbereit. Smartphone-Apps zur Wareneinlagerung oder Kommissionierung über Handscanner lassen sich per plug-and-play flexibel einsetzen. So werden alle Bestellungen in kürzester Zeit auf den Weg gebracht.

## Kompakte Hilfskraft

Das Besondere am ultramobilen Sendemast: Er ist deutlich kleiner, leichter und flexibler als bisherige Lösungen. Die gesamte Mobilfunk-Sendetechnik passt in einen kompakten Micro-Container (Länge: 1,6 Meter, Breite: 2 Meter, Höhe: 2,6 Meter). So ist der mobile Mast platzsparend und lässt sich leicht transportieren. Er ist innerhalb von weniger als einer Stunde von einer Person aufge-

baut und sofort einsatzbereit. Der Micro-Container kann an eine lokale Stromversorgung angeschlossen oder über jede andere mobile Energiequelle betrieben werden. Die Anbindung ans Datennetz ist sowohl über Glasfaser als auch mit Richtfunk möglich.

Diese Vorteile machen den Mobilfunk-Zwerg nicht nur zur ersten Wahl für die schnelle oder temporäre Versorgung bei

Geschäftskunden. Der Einsatz mobiler Masten bringt auch in Katastrophengebieten durch die enorme Flexibilität schnelle Hilfe.

Die Telekom wird im Frühjahr dieses Jahres mit einem kommerziellen Angebot für den Einsatz der ultramobilen Sendemasten starten. Weitere Informationen können interessierte Geschäftskunden anfordern unter: <https://iot.telekom.com/de/kontakt>

## Vorteile im Überblick

- Flexibilität und Mobilität: Mobile Masten können schnell und einfach an verschiedenen Standorten aufgebaut werden. Dadurch sind sie geeignet für temporäre Veranstaltungen wie Konzerte oder Sportveranstaltungen. Sie können auch auf Messen oder wechselnden Baustellen eingesetzt werden. So gewährleisten sie eine kontinuierliche Mobilfunkversorgung.
- Schnelle Bereitstellung: Der Aufbau mobiler Masten geht deutlich schneller als der Bau fester Sendemasten. Dadurch kann die Mobilfunkversorgung in kurzer Zeit bereitgestellt werden. Ohne lange Wartezeiten für Genehmigungen und Bauprozesse.
- Erweiterung der Kapazität: Durch den Einsatz mobiler Masten wird die Kapazität des Mobilfunknetzes erhöht. Das sorgt für eine bessere Verbindung und eine stabilere Übertragung. In stark frequentierten Gebieten ist das hilfreich. Bei Veranstaltungen mit einer hohen Besucherzahl ist eine ausreichende Netzkapazität unerlässlich. Nur so wird die Kommunikation der Gäste gewährleistet.
- Verbesserung der Abdeckung: Mobile Masten tragen zur Verbesserung der Mobilfunkabdeckung an abgelegenen Orten oder in Bereichen mit eingeschränkter Netzinfrastruktur bei. Dadurch wird eine lückenlose Kommunikation gewährleistet und Funklöcher können geschlossen werden.
- Anpassungsfähigkeit: Die Höhe und Ausrichtung des mobilen Masts kann flexibel angepasst werden. Dies ermöglicht eine optimale Signalstärke und eine effiziente Nutzung des Mobilfunknetzes. Das schafft beste Empfangsqualität. □

## „Bayern soll wichtigstes KI-Zentrum in Europa werden“

Digitalminister Dr. Fabian Mehring will Bayern zum wichtigsten KI-Zentrum in Europa ausbauen. Bei der DLD-Konferenz in München erklärte Mehring: „KI wird künftig von einer beliebten Zeitungsüberschrift zu einer unverzichtbaren Notwendigkeit für jedes Unternehmen werden, das in der Zukunft eine Rolle spielen will. 2024 wird dabei das Jahr sein, in dem die Gewinner und Verlierer der KI-Revolution ermittelt werden, was über den Wohlstand und die Wettbewerbschancen unserer Heimat in den nächsten Jahrzehnten mitentscheiden wird. In dieser Überzeugung werde ich alles daransetzen, unser KI-Ökosystem in Bayern erheblich auszubauen und unseren Freistaat und seine Wirtschaft fit für digitale Zukunft zu machen.“

Hierzu will Mehring einen sogenannten Innovationsbeschleuniger auf den Weg bringen, „der als Leuchtturmprojekt weit über Bayerns Grenzen hinaus inspirieren wird und uns schon heute die Spitzenplätze auf den Märkten von morgen sichern soll“.

Der Minister kündigte an, diese neue Test- und Entwicklungsumgebung für tausende in Bayern ansässige Unternehmen auf den Weg zu bringen. Insbesondere kleine und mittelständische Unternehmen sowie Startups sollen ihre KI-Systeme in einem geschützten Raum erproben und an die rechtlichen Anforderungen anpassen können. Damit entwickelt das Bayerische Digitalministerium Möglichkeiten und Verfahren, um die Nachteile europäischer KI-Verordnung für bayerische Unternehmen mit sich bringen wird.

Zudem betonte Mehring, dass Bayern einen breiten Ansatz beim Ausbau von Zukunftstechnologien verfolge. Er sei der festen Überzeugung, „dass die Zukunft und der Wohlstand Bayerns darin liegen, sich genau diesen technologischen Wandel zu eigen zu machen, den wir alle gerade erleben und der auf einer leistungsstarken und untrennbaren Kombination von drei Schlüsseltechnologien beruht: KI, Daten und Cloud“.

Es gehe darum, dieses Ökosystem für den Erfolg weiterzuentwickeln. Bayern müsse den Fahrersitz und selbst das Steuer übernehmen: „Wir sind High-Tech-Land und müssen der German Angst den Bavarian Mut entgegenstellen.“ □

# TT Glasfaser

Die Zukunft der Digitalisierung ist jetzt



## Unsere Ziele für Bayern

Starke Partnerschaft für den eigenwirtschaftlichen, geförderten und kooperativen Glasfaserausbau in Bayern

Persönliche Beratung durch das Glasfaserteam Bayern der Telekom direkt vor Ort

Schnelles und stabiles Glasfasernetz als entscheidender Standortfaktor für attraktive Gemeinden und die steigende Bedürfnisse ihrer Bürger

Verbindlichkeit beim Ausbau durch nachhaltige, regionale und maßgeschneiderte Planung und Entwicklung



[www.telekom.de/glasfaser](http://www.telekom.de/glasfaser)



Lösungsansätze für die IT-Herausforderungen in der kommunalen Verwaltung:

# (Ausfall-)Sichere Kommunikation in Kommunen

Von Tobias Stepan, Gründer und Geschäftsführer der Teamwire GmbH\*

Die notwendige Verwaltungsmodernisierung setzt Kreis-, Stadt- und Gemeindeverwaltungen unter Druck. Während die Anforderungen steigen – Verwaltungsleistungen gemäß OZG digital anbieten, Projekte wie „Digitale Identitäten“ und Registermodernisierung umsetzen – bleibt die Frage der Realisierung und Finanzierung meist offen. Hinzu kommt, dass es auch innerhalb der Kommunalverwaltungen Digitalisierungsanforderungen gibt. Hier laufen noch viele Prozesse analog und manuell ab. Allen voran ist die digitale – und vor allem ausfallsichere – Mitarbeiterkommunikation und -kollaboration eine Aufgabe, derer sich die Kommunen annehmen müssen, um zu jeder Zeit effektiv agieren zu können und nicht etwa Opfer von Ransomware oder anderen Cyberattacken zu werden. Dies ist jedoch mit einer Reihe von Herausforderungen verbunden, welche es zu lösen gilt.

Die IT-Abteilung in Kommunalverwaltungen bekommt immer mehr zu tun: Der fortschreitende Abschied von papierbasierten Memos, Pendelmappen und selbst E-Mails macht neue Technologien und moderne Systeme erforderlich, die Prozesse digitalisieren, verschlanken, beschleunigen und dabei möglichst alle Abteilungen gleichermaßen miteinbeziehen. Wenn diese digitalen Wege für Zusammenarbeit und Informationsaustausch fehlen, greifen Mitarbeitende in den Kommunalverwaltungen häufig auf private Kommunikationsmittel und Tools wie WhatsApp und Co. zurück – und eine gefährliche Schatten-IT entsteht. Denn diese Apps erfolgen nicht nur außerhalb der Administration durch die Kommune, sondern genügen auch nicht im Entferntesten den rechtlichen und sicherheitstechnischen Anforderungen einer Behörde. Das öffnet Cyberkriminellen die Tür.

## Fünf Herausforderungen und deren Lösung

Bei der Digitalisierung der Mitarbeiterkommunikation in Kommunen gilt es, auf Aspekte wie Datenschutz, Ausfall- und IT-Sicherheit, Kontrolle und Benutzerkomfort zu achten. Dabei sehen sich Kommunalverwaltungen mit fünf maßgeblichen Herausforderungen konfrontiert. Welche das sind und wie sie sich bewältigen lassen, wird im Folgenden dargestellt.

### 1. Cyberkriminalität macht auch vor kleinen Kommunen nicht halt.

Für Kommunalverwaltungen ist die IT-Sicherheit ein schwieriges Unterfangen, das viel Know-how und Ressourcen erfordert. Laut aktuellem Lagebericht des Bundesamts für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) ist „die Bedrohung im Cyberraum 2023 so hoch wie nie zuvor“. Immer häufiger sind auch kleinere und mittlere Kommunen von Cyberangriffen – insbesondere von sogenannten Ransomware-Angriffen – betroffen: Jeden Monat registrierte das BSI durchschnittlich zwei Angriffe auf Kommunalverwaltungen. Die Dunkelziffer dürfte jedoch deutlich höher liegen. Ein Ende ist nicht in Sicht. So legten Hacker erst im Oktober 2023 wieder zahlreiche Städte und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen lahm. Mehr als 2.000 Schwachstellen hat das BSI in Softwareprodukten der Kommunen festgestellt, 15 Prozent davon kritisch.

**Lösung:** Bei der Wahl und Verwaltung ihrer IT-Systeme müssen Kommunalverwaltungen äußerst sorgfältig vorgehen – insbesondere, wenn es um mobile Kommunikationslösungen geht. Hier gilt es, gezielt die Risiken der Endgeräte-Nutzung zu minimieren und die Ausfallsicherheit in den Fokus zu rücken. Ein umfassendes Zugriffsmanagement für Fernlöschung und -spernung, Zero-Trust-Methoden, verschlüsselte App-Container, si-



Tobias Stepan.

Bild: Teamwire

chere Verbindung zum Kom-munalnetzwerk, automatisierte Sicherheits-Updates und konfigurierbare Fristen für die Datenverhaltung sind nur einige der wesentlichen Sicherheitskompo-

### 2. Kommunalverwaltungen müssen auch in Krisen- und Notfallsituationen handlungsfähig bleiben.

Sollte es doch zu einem Angriff auf zentrale Systeme der Kommune kommen oder sollten andere Notfallsituationen eintreten, ist es von essenzieller Bedeutung, dass die Mitarbeiterkommunikation über alle Mitarbeitenden der Verwaltung sichergestellt ist. Sie müssen in der Lage sein, wichtige Informationen zeitnah zu erhalten und sich untereinander auszutauschen. Ob es sich um Naturereignisse wie Hochwasser, Sturmlagen oder eben auch den Ausfall wichtiger Versorgungslinien wie Strom oder Kommunikation handelt, der Austausch innerhalb der Kommunalverwaltung muss gewährleistet sein, damit diese letztlich auch die Aufgaben gegenüber den Bürgerinnen und Bürger weiterhin erfüllen kann.

**Lösung:** Um die Kommunikation jederzeit sicherstellen zu können, verfügen Kommunalverwaltungen im Idealfall über einen sekundären Kommunikationskanal, der autark von der übrigen IT-Infrastruktur funktionsfähig ist und alle Mitarbeitenden erreicht. Eine mobile Kommunikationslösung, die separat und ausfallsicher gehostet wird, kann krisenbedingte Lücken im Betriebsablauf schließen. Die erforderliche Hochverfügbarkeit der Kommunikationslösung lässt sich vor allem durch redundante Server-Architekturen erreichen. Das heißt, der Betrieb erfolgt auf mehreren Servern, welche die Daten an verschiedenen Standorten spiegeln. Mit Funktionalitäten für eine Ad-hoc-Kommunikation wie Broadcasting, um alle zeitgleich zu informieren, Grup-

pen-Chats für den Krisenstab oder akustische Alarmierungen gewährleisten Kommunen zudem die Stabilität ihrer Handlungsfähigkeit und obendrein die Sicherheit aller Angestellten. Richard Lippmann, IT-Leiter bei der Stadt Zirndorf, erklärt den Vorteil solcher entkoppelter Zweitlösungen: „So können wir die Mitarbeitenden der Stadtverwaltung weiterhin mobil erreichen, wenn andere Kommunikationswege abgeschnitten sind.“

### 3. Datenschutz ist und bleibt eine zentrale Anforderung für Kommunen.

Seit Inkrafttreten der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) 2018 ist das Thema Datenschutz allgegenwärtig für Kommunalverwaltungen, auch was die interne Mitarbeiterkommunikation betrifft. Richard Lippmann erinnert sich: „Die mobile Kommunikation via WhatsApp entsprach leider nicht mehr den gesetzlichen Anforderungen. Eine DSGVO-konforme, sichere und für die Nutzer attraktive Lösung musste her.“ Dabei geht es nicht allein darum, eine WhatsApp-Alternative für die Teamkommunikation zu finden, sondern eine wirklich DSGVO-konforme Lösung, durch die alle Anforderungen der Verordnung sowie hiesiger Datenschutzgesetze erfüllt sind.

**Lösung:** Eindeutige DSGVO-Konformität umfasst neben der entsprechenden datenschutzfreundlichen Entwicklung der Software („Privacy by Design“) beispielsweise auch, dass keine Daten außerhalb der EU gespeichert und weder Nutzerverhalten noch Metadaten analysiert werden. Viele Kommunikationslösungen bieten zwar starke Datenschutzvorgaben, doch bei US-Anbietern ist und bleibt die Konformität unsicher, weil sie von Angemessenheitsbeschlüssen abhängig ist. Auch wenn die erste Klage gegen das aktuell geltende „Data Privacy Framework“ zwischen der EU und den USA im Oktober 2023 vom Europäischen Gerichtshof (EuGH) abgewiesen wurde, so ist die Beständigkeit des Angemessenheitsbeschlusses nicht dauerhaft sicher. Kommunalverwaltungen sind besser beraten, sich einen Anbieter mit Sitz und Rechenzentren innerhalb der EU zu suchen und darauf zu achten, dass ihnen die volle Datenhoheit garantiert wird.

### 4. Compliance ist auch in Kommunalverwaltungen ein Schmerzpunkt.

Öffentliche Verwaltungen sind verfassungsgemäß an Recht und Gesetz gebunden. Dies erfordert eine ständige Recht- und Regeltreue in allen Aspekten ihrer Tätigkeit, einschließlich der Beachtung der Rechtsprechung, von Verordnungen und internen Vorschriften. Ein weiterer Aspekt ist die ständige kritische Beobachtung durch die Öffentlichkeit und die Medien. Damit einher geht auch eine erforderliche Transparenz- und Nachweispflicht seitens der Kommunen. Um die Revisionsicherheit und Compliance sicherzustellen, bedarf es für Kommunalverwaltungen einer Protokollierung und zentralen Archivierung diverser Dokumente und auch interner Nachrichten.

**Lösung:** Für Kommunalverwaltungen ist es entscheidend, dass eine Kommunikationslösung für die Mitarbeitenden ein Archivierungssystem bietet, welches alle Nachrichten revisionsicher speichert. Zusätzlich sollten umfassende Prüfprotokolle (Au-

dit-Logs) zur Verfügung stehen, um die Nachvollziehbarkeit und Überprüfbarkeit der administrativen Tätigkeiten zu gewährleisten. Die Applikation muss zudem in der Lage sein, alle notwendigen Maßnahmen und Richtlinien zu implementieren, sodass eine umfassende Compliance und Sicherung der Daten auf kommunaler Ebene garantiert sind.

### 5. Kommunikation erfolgt über hybride Teams innerhalb der Kommunalverwaltung.

Einige Kreisverwaltungen, Städte und Gemeinden haben bereits erste Schritte hin zu einer digitalisierten Teamkommunikation unternommen. Unterschiedliche Unified Collaboration & Communication (UC&C) Tools wie Microsoft Teams oder ähnliches sind in manchen Fällen im Einsatz. Doch diese adressieren meist nur die Büroangestellten der Kommune, die im Rathaus oder an anderen stationären Arbeitsplätzen tätig sind. Nicht berücksichtigt sind Abteilungen und angrenzende Institutionen mit vorrangig mobilen Arbeitskräften, wie Bauhof, Schul-, Kinder- oder Freizeiteinrichtungen einer Kommune.

**Lösung:** Hier bedarf es einer Kommunikationslösung für hybride Teams, die sowohl auf Desktop-PCs als auch auf Mobilgeräten funktioniert und ein Wechseln zwischen den Geräten jederzeit gestattet. Nur so ist gewährleistet, dass alle Mitarbeitenden ortsunabhängig und vor allem auch mobil alle wichtigen Informationen erhalten und unkompliziert im Team zusammenarbeiten können. Der Austausch von Text-, Bild- und Sprachnachrichten muss genauso intuitiv und reibungslos erfolgen, wie bei WhatsApp oder ähnlichen Messengern.

Auch die Möglichkeit, Verteilerlisten, Gruppen-Chats und Umfragen zu erstellen sowie Voice-over-IP-Calls und Videokonferenzen durchzuführen, sorgt dafür, das Außendienstmitarbeitende den Bürobenediensteten gleichgestellt sind. Obendrein ist es sinnvoll, gezielt auf Kommunikations-szenarien mobiler Arbeitskräfte einzugehen und etwa die Einsatzkoordination und Zusammenarbeit bei Bauhöfen durch Funktionen wie Video-Anrufe oder das Teilen des Live-Standorts zu unterstützen, sodass sie Vorfälle zeitnah der Zentrale melden und schnell Unterstützung am Ort des Geschehens erhalten können.

### Fazit: Resilienz von Kommunen stärken.

Die wachsenden Anforderungen an die Arbeit von Kommunalverwaltungen und die fortschreitende Verwaltungsmodernisierung machen benutzerfreundliche und ausfallsichere Kommunikations- und Kollaborationswege erforderlich. Das gilt nicht nur für Bürobenedienstete, sondern auch für alle im Außendienst. Dass dies nicht ohne Herausforderungen ist, liegt auf der Hand. Instant Messaging als sekundärer Kommunikationskanal kann dazu beitragen, die vielen Problemstellungen der Kommunen im Hinblick auf eine ausfallsichere Mitarbeiterkommunikation zu lösen, solange die strengen Anforderungen an Sicherheit, Compliance und Nutzerfreundlichkeit erfüllt sind. Der Bonus: In Zeiten akuten Fachkräftemangels – auch in mobilen Tätigkeitsfeldern von Kommunalverwaltungen – steigert ein solches Tool die Attraktivität der Verwaltungsorganisation gegenüber bestehenden und potenziellen Mitarbeitenden. So hat beispielsweise auch die Stadt Nürnberg eine Messaging-Lösung eingeführt, um sich als Arbeitgeber weiterzuentwickeln und den Angestellten Arbeitserleichterung zu verschaffen. Genau dies ist der Weg, um als Kommune zukunftsfähig zu bleiben.

\*Unser Autor ist Gründer und Geschäftsführer der Teamwire GmbH (teamwire.eu), die sich auf die sichere Kommunikation und mobile Zusammenarbeit von Unternehmen, Behörden und im Gesundheitswesen spezialisiert hat. Zuvor setzte er als Berater Wachstums- und Sanierungspro-

jekte bei Hightech-Unternehmen um und baute das Europa-Geschäft des amerikanischen IT-Start-ups Servo bis zum Exit an die japanische Kii Corporation auf. Tobias Stepan engagiert sich für die mobile Digitalisierung, innere Sicherheit und ein starkes, europäisches IT-Ökosystem. □

## Warum Kommunen kein WhatsApp einsetzen sollten

- Das jeweilige Adressbuch der Mitarbeitenden sowie Metadaten zur Kommunikation stehen dem US-amerikanischen Meta-Konzern – ohne gesonderte Einwilligung der dort gespeicherten Kontakte – zur Verfügung.
- Das „Recht auf Information“ und das „Recht auf Vergessenwerden“ lässt sich gegenüber Meta nicht durchsetzen.
- Die Datenübermittlung in die USA ist nur mit einem Angemessenheitsbeschluss (Data Privacy Framework) möglich, welcher aber derzeit auf wackligen Füßen steht.
- Die DSGVO-Grundsätze „Privacy by Design“ (datenschutzkonformes Software-Entwickeln und -Betreiben) und „Privacy by Default“ (datenschutzfreundliche Grundeinstellungen) sind nicht erfüllt.
- Als milliardenschwerer Konzern ist Meta ein attraktives Ziel von Cyberkriminalität.
- Private und geschäftliche Kommunikation werden vermischt, was unter Umständen gegen Betriebsvereinbarungen verstößt (z. B. Recht auf Nichterreichbarkeit).
- WhatsApp ermöglicht keinen angemessenen Schutz von Behörden- und Verwaltungsdaten.
- Zentrale Administration und Datenhoheit durch die Kommunalverwaltung sind überhaupt nicht möglich.
- Der Fokus auf private Anwendungsfälle lässt viele kommunale Kommunikationsszenarien außen vor. □

Digitalpolitik der Bundesregierung:

## Ernüchternde Fakten

Wie steht es um die Digitalvorhaben der Bundesregierung? Die neueste Auswertung des „Monitor Digitalpolitik“ des Branchenverbands Bitkom verheißt nichts Gutes: Zum 1. Januar 2024 sind erst 60 der insgesamt 334 digitalpolitischen Vorhaben dieser Legislatur umgesetzt – das entspricht einem Anteil von 18 Prozent. Im zweiten Halbjahr 2023 konnte die Bundesregierung lediglich 22 Digitalvorhaben abschließen. Für den „Monitor Digitalpolitik“ überprüft Bitkom regelmäßig den Umsetzungsstand von 144 Projekten aus der Digitalstrategie, von 188 digitalpolitischen Projekten aus dem Koalitionsvertrag sowie zweier weiterer digitalpolitischer Vorhaben, die die Bundesregierung nachträglich aufgesetzt hat.

Gegenwärtig befinden sich 226 digitalpolitische Vorhaben in Umsetzung (68 Prozent), 48 wurden hingegen noch nicht begonnen (14 Prozent). „Auch wenn die Bundesregierung in den vergangenen Monaten etwas Boden gutgemacht hat: Viele zentrale Vorhaben sind von Abschluss oder Umsetzung weit entfernt, dazu gehören insbesondere der Digitalpakt 2.0 für Deutschlands Schulen, die Digitalisierung der Verwaltung und auch Projekte wie der digitale Führerschein“, erklärt Bitkom-Präsident Dr. Ralf Wintergerst.

### Tempo deutlich verdoppeln

Um vor den nächsten Bundestagswahlen alle 334 Vorhaben abzuschließen, müssten noch 274 Vorhaben in 7 Quartalen umgesetzt werden. Macht die Ampel-Koalition in dem aktuellen Tempo von 17 abgeschlossenen Digitalvorhaben pro Quartal weiter, würde sie allerdings lediglich 119 schaffen. Einschließlich der bereits abgeschlossenen 60 Vorhaben brächte sie mit insgesamt 179 nur etwas mehr als die Hälfte ihrer Digitalvorhaben (54 Prozent) ins Ziel. Der Rest bliebe auf der Strecke. Wintergerst zufolge muss die Bundesregierung das Tempo in der Digitalpolitik mehr als verdoppeln, wenn sie ihre Ziele noch erreichen will. Jetzt werde sich entscheiden, ob die Ampel-Parteien zur nächsten Bundestagswahl eine digitalpolitische Erfolgsbilanz präsentieren können. „Dafür muss sie 2024 zum Digital-Jahr machen.“

### „Vernichtendes Zeugnis“

„Diese Bitkom-Studie ist nicht nur ein vernichtendes Zeugnis für die Digitalpolitik der Bundesregierung, sondern muss die

Alarmglocken im Hinblick auf Deutschlands Zukunft zum Läuten bringen“, unterstrich Bayerns Digitalminister Dr. Fabian Mehring. Digitalisierung sei das Masterthema unserer Zeit. In Berlin betreibe man die digitale Transformation vom Schlafwagen aus und verspiele damit den Wohlstand und die Zukunft unseres Landes. „Was wir jetzt dringend brauchen, um das Ruder beherrzt herumzureißen, ist eine nationale digitalpolitische Offensive“, einhergehend mit einem „echten Mentalitätswechsel“ – weg von Überregulierung und Bürokratie, hin zu High-Tech und Innovation“, forderte Mehring.

### Bayern legt vor

Bayern habe mit massiven Investitionen in Zukunftstechnologien wie Künstliche Intelligenz, Robotik und XR sowie umfangreichen Programmen für die Digitalisierung in der Fläche vorgelegt, unterstrich der Minister. Bei der Verwaltungsdigitalisierung stehe der Freistaat bundesweit an der Spitze. 2024 werde der schnellstmögliche Ausbau von Zukunftstechnologien ein Schwerpunkt der Bayernkoalition sein.

### Mehring Appell

„Zum Start ins neue Jahr appelliere ich besorgt an den Bund, diese Dringlichkeit endlich zu erkennen und seinerseits gewaltig nachzulegen“, betonte Mehring. „Die Bundesregierung muss dazu trotz selbstverschuldeter Staatsfinanzkrise voll auf Zukunft setzen und gezielt in Schlüsseltechnologien investieren. Andernfalls verspielt die Ampel Deutschlands Wohlstand und wir drohen international dramatisch zurückzufallen.“ **DK**



## Bayerisches Kabinett forciert KI

In sämtlichen gesellschaftlichen Bereichen wird die Künstliche Intelligenz für revolutionäre Veränderungen sorgen. Wie Wissenschaftsminister Markus Blume nach einer Ministerratssitzung erläuterte, gestalte der Freistaat diese Entwicklung aktiv mit. Mit insgesamt über 130 neuen KI-Professuren und weiteren Maßnahmen aus der Hightech Agenda Bayern seien beste Voraussetzungen für ein erfolgreiches bayerisches KI-Ökosystem geschaffen worden. Ein starkes Paket von eng miteinander verzahnten Projekten verleihe diesem jetzt zusätzlichen Auftrieb.

Da Bayerns KI-Experten an den Hochschulen für ihre Forschungsprojekte Zugang zu ausreichender Rechenkapazität benötigen, wird eine Bayerische KI-Rechnerinfrastruktur für die Forschenden an den bayerischen Hochschulen aufgebaut. Blume zufolge werden ab 2024 am Leibniz-Rechenzentrum in Garching (LRZ) und dem Regionalen Rechenzentrum Erlangen (RRZE) starke KI-Cluster mit Prozessoren neuester Bauart errichtet. Hierfür stellt der Freistaat im Doppelhaushalt 2024/25 im Rahmen der Hightech Agenda bis zu 55 Mio. Euro bereit.

### TU Nürnberg als Vorreiter

Zudem wird die im Aufbau befindliche TU Nürnberg (UTN) die erste, auf KI spezialisierte Universität. Dies bedeutet, dass KI künftig in allen Bereichen der TU Nürnberg eine Rolle spielen wird. Forschung und Entwicklung an der bayerischen KI-Universität sollen zahlreiche hochrelevante Anwendungen z.B. für den Energie- oder den Gesundheitssektor hervorbringen. Der interdisziplinäre Ansatz der TU Nürnberg sei dafür ideale Voraussetzung, betonte Blume, „denn die zentralen Zukunftsfragen werden sich auch unter Einbeziehung von KI nur gemeinsam von den Technik-, Natur-, Geistes- und Sozialwissenschaften beantworten lassen“. Die UTN sei dafür prädestiniert, den KI-Fokus mit einem neuen „KI-Masterplan“ umfassend in Studium, Lehre und Verwaltung umzusetzen. Damit habe sie die Chance, ein echtes Alleinstellungsmerkmal zu entwickeln.

KI-Modelle, sprich selbstlernende Modelle auf der Basis von künstlichen neuronalen Netzwerken, haben in den vergangenen Jahren bahnbrechende Entwicklungen ermöglicht. Bislang ist Europa hierbei weitgehend abhängig von den Angeboten großer, in der Regel ausländischer Konzerne. Mit der Ent-

wicklung eines bayerischen KI Basismodells soll eine echte, zuverlässige Alternative für Forscher, Unternehmen und Startups im Freistaat geschaffen werden. Unter der Federführung der TU Nürnberg sind die bayerischen Universitäten aufgerufen, ihre jeweiligen Kompetenzen einzubringen und ein Modell zu entwickeln, das als Open Source zugänglich gemacht werden soll. Ziel dieses Modells ist es unter anderem, die Durchführung von KI-Projekten einfacher und kostengünstiger zu machen und auch die Wettbewerbsbedingungen der bayerischen Wirtschaft spürbar zu verbessern.

### Verknüpfte Initiativen

Um dem bayerischen Mittelstand und dem Handwerk den Weg in eine KI-geprägte Zukunft zu ebnet, werden zwei erfolgreiche Initiativen noch enger miteinander verknüpft: Die vom Wissenschaftsministerium konzipierten Technologietransferzentren (TTZ) der Hochschulen für angewandte Wissenschaften als bedeutende Innovationstreiber für die regionale Wirtschaft und das 2021 vom Digitalministerium initiierte Programm KI-Transfer Plus zur Unterstützung mittelständischer Unternehmen bei der Integration von KI in die eigenen Prozesse.

Nunmehr werden die TTZ der Hochschulen in Nürnberg, Neu-Ulm, Kempten, Ingolstadt und Würzburg-Schweinfurt in das Netz der sogenannten KI-Regionalzentren aufgenommen, die Unternehmen bei der Implementierung eigener KI-Use Cases begleiten und die KI-Kompetenz der Mitarbeiter stärken. Die TTZ erhalten vom Digitalministerium hierfür eine jährliche finanzielle Unterstützung von jeweils 100.000 Euro. „Auf diese Weise entsteht gemeinsam mit den bestehenden KI-Regionalzentren an den Standorten München, Regensburg und Aschaffenburg ein flächendeckendes Netz“,

berichtete der Staatsminister.

### Programm KI-Transfer Plus für Mittelständler

Obwohl die Chancen der KI in aller Munde sind – laut einer gemeinsamen Untersuchung von Google und IW Consult könnte der Einsatz von KI in Zukunft allein in Bayern rund 61 Milliarden Euro zur Bruttowertschöpfung beitragen – setzt bislang nur ein sehr kleiner Teil der bayerischen Unternehmen in ihrer täglichen Geschäftspraxis auf KI. Die Staatsregierung nimmt deshalb den Aufbau von KI-Wissen in der Bayerischen Wirtschaft mit sei-

### Füracker zur Breitbandförderung:

## Bund sollte beschleunigen anstatt zu bremsen

„Bayerns Kommunen engagieren sich trotz fehlender Zuständigkeit kräftig im Breitbandausbau: Allein in 2023 haben unsere Städte, Gemeinden und Landkreise Mittel von über 1,65 Milliarden Euro aus dem aktuellen Gigabit-Förderprogramm des Bundes für den Ausbau vor Ort beantragt. In Folge der unterdimensionierten Deckelung des Bundesprogramms auf 450 Millionen Euro gingen jedoch über zwei Drittel der bayerischen Kommunen leer aus. Bremsen statt Beschleunigen ist beim Breitbandausbau der falsche Weg – der Bund sollte hier seiner Verantwortung beim Glasfaserausbau endlich gerecht werden und die Förderrunde 2024 zügig starten“, betont Finanz- und Heimatminister Albert Füracker anlässlich seines jüngsten Schreibens an den Bundesminister für Digitales und Verkehr, Dr. Volker Wissing.

Viele bayerische Kommunen stünden bereits in den Startlöchern und warteten, so Füracker. „Verzögert der Bund hier weiter, müssen Verfahrensschritte unnötig wiederholt werden. Das kostet Zeit und Geld – beides darf nicht verschwendet werden.“

### Für verlässliche Finanzierung

„Die gute Ausbaudynamik in Bayern darf nicht durch unnötige Bürokratie oder mangelnde Finanzierung verlangsamt werden. Unsere Kommunen sind auf Transparenz und Planungssicherheit angewiesen. Meine Forderung an den Bund: Eine verlässliche Finanzierung seines Förderprogrammes über einen mehrjährigen Zeithorizont sicherzustellen. Das Bundesprogramm muss zudem künftig die Anzahl förderfähiger Adressen je Bundesland stärker gewichten, um dem örtlichen Förderbedarf angemessen Rechnung zu tragen“, so Füracker.

nem Programm KI-Transfer Plus in den Blick. Mit dem bundesweit einmaligen Programm werden Mittelständlern in ganz Bayern Unterstützungsmöglichkeiten zur Einführung von KI im eigenen Unternehmen geboten.

Aufgrund der durchweg positiven Ergebnisse des ersten Programmdurchlaufs und der aktuellen Entwicklungen rund um generative KI wie ChatGPT wird das Programm räumlich und inhaltlich massiv erweitert. In der neuen Förderperiode werden bis zu 100 Unternehmen an acht KI-Regionalzentren in ganz Bayern fit für den Umgang mit Künstlicher Intelligenz gemacht. Insgesamt investiert die Staatsregierung 9,1 Millionen Euro in das KI-Transferprogramm. DK

### BREKO zum Mobilfunkmarkt-Gutachten der Bundesnetzagentur:

## An der Realität vorbei

Im Auftrag der Bundesnetzagentur haben die Beratungsunternehmen WIK-Consult GmbH und Ernst & Young GmbH ein Gutachten zu den Wettbewerbsverhältnissen im Mobilfunkmarkt erstellt. Dabei handelt es sich um einen Beitrag im Verfahren zur Bereitstellung der Mobilfunkfrequenzen aus den Bereichen 800 MHz, 1.800 MHz und 2.600 MHz. Die Gutachter kommen zu dem Schluss, dass derzeit sowohl auf dem Endkunden- als auch auf dem Vorleistungsmarkt im Bereich des öffentlichen Mobilfunks wirksamer Wettbewerb herrsche.

Die Auswertung der Vielzahl unterschiedlicher Indikatoren zeige, dass die aktuelle Situation auf den Endkunden- und Vorleistungsmärkten sowohl im Interesse der Verbraucher ist als auch Anreize für die Mobilfunknetzbetreiber zu weiteren Netzinvestitionen bietet. Mit dem Markteintritt von 1&1 als Mobilfunknetzbetreiber erwarten die Gutachter zudem, dass der Infrastrukturwettbewerb weiter verstärkt wird und sich hierdurch ein noch besseres Preis-Leistungs-Verhältnis über alle Kundensegmente hinweg einstellen kann.

Nach den Worten von Klaus Müller, Präsident der Bundesnetzagentur, „ist die Förderung des Wettbewerbs ein wichtiges Ziel der Frequenzregulierung. Wir werden die Ergebnisse des Gutachtens bei der anstehenden Entscheidung im Frequenzverfahren berücksichtigen.“

### Rosarote Mobilfunkwelt

Nach Ansicht von Dr. Stephan Albers, Geschäftsführer des Bundesverbands Breitbandkommunikation (BREKO), „geht die Einschätzung der Gutachter an der Realität vorbei. Das Gutachten malt eine rosarote Mobilfunkwelt. Auch wenn eine Vielzahl von Submarken der drei etablierten Mobilfunknetzbetreiber, wie Aldi Talk oder Congstar, den Anschein erwecken: Es gibt auf dem deutschen Mobilfunkmarkt insbesondere im Vorleistungssektor zurzeit keinen wirksamen Wettbewerb.“

### Mangelnde Angebotsvielfalt

Nach wie vor verzögerten Telekom, Vodafone und Telefónica systematisch das Angebot von 5G-Tarifen für Wettbewerber ohne eigenes Mobilfunknetz. Unter dem Mangel an Angebotsvielfalt litten am Ende die Endkunden, die oft nur 4G-Technologie nutzen können. Diese Strategie hat

Albers zufolge Methode: „Wie im Gutachten beschrieben, haben die etablierten Anbieter in der Vergangenheit auf Basis des geltenden Verhandlungsgebotes erst mit einer Verzögerung von fünf, sieben beziehungsweise acht Jahren 4G-Angebote bereitgestellt.“ Deshalb sei die Einführung einer Diensteanbieterpflicht alternativlos. Nur die Verpflichtung der drei etablierten Mobilfunknetzbetreiber, unabhängigen Wettbewerbern diskriminierungsfreien Zugang zu den Netzen zu ermöglichen, werde den Wettbewerb auf dem Mobilfunkmarkt nachhaltig stärken und werde von den Wettbewerbern ausdrücklich gewünscht.

### BREKO-Auswertung

Dies zeigt laut Albers auch eine aktuelle Auswertung des BREKO von Stellungnahmen zum Vorschlag der Bundesnetzagentur zu den Rahmenbedingungen der Frequenzvergabe: „Alle 17 teilnehmenden Telekommunikationsunternehmen mit Ausnahme der etablierten Mobilfunknetzbetreiber fordern eine wirksame und unbürokratische Diensteanbieterpflicht, ebenso der Verbraucherzentrale Bundesverband, das Bundeskartellamt und die Monopolkommission.“

### Wettbewerb fördern

Die Bundesnetzagentur habe angekündigt, das Gutachten bei der anstehenden Frequenzvergabe zu berücksichtigen. Dies würde den Wettbewerb aber nicht stärken, sondern höchstens den Status Quo erhalten, machte der Geschäftsführer deutlich. „Neben der geplanten Verlängerung der Mobilfunkfrequenzen wäre dies das zweite Geschenk für die drei etablierten Mobilfunknetzbetreiber. Das wiederum widerspricht dem Ziel des Gesetzgebers, den Wettbewerb im Mobilfunkmarkt zu fördern.“ DK

# RENEXPO INTERHYDRO

## [21. – 22. März 2024]

Messezentrum Salzburg

Fachmesse für Wasserkraft



www.renexpo-interhydro.eu



Hybrides Bürgeramt:

## Die Alternative zu zeitfressenden Behördengängen

Eine aktuelle Bitkom-Studie zeigt, dass Behördengänge für Bürgerinnen und Bürger mit hohem Aufwand verbunden sind. Hinzu kommen Probleme bei der Buchung von Verwaltungsterminen. Die zur DSV-Gruppe gehörende S-Management Services (S-MS), Expertin für Formularmanagement, rät Kommunen zu einem hybriden Ansatz für den Bürgerservice, der online und offline vereint. Ein hybrides Bürgeramt verbindet online verfügbare Services mit effizientem Terminmanagement und der aktiven Steuerung der Besucherströme auch vor Ort. So ließen sich Behördengänge deutlich schneller und komfortabler abschließen – für die Bürgerinnen und Bürger, aber auch für die Verwaltung.

### Behördengänge als echte Zeitfresser

Die Empfehlung der S-MS steht im Kontext der aktuellen Bitkom-Studie zur Terminvergabe und Dauer von Behördengängen. Laut den Studienergebnissen dauert der Besuch einer Behörde in Deutschland im Durchschnitt zwei Stunden und 21 Minuten. Dabei entfallen 57 Minuten auf die An- und Abreise, 48 Minuten auf die Wartezeit vor Ort sowie 36 Minuten auf die Bearbeitung des eigentlichen Anliegens. In ländlichen Gebieten mit weniger als 5.000 Einwohnenden verlängert sich diese Zeit durch einen höheren Aufwand für An- und Abreise sogar noch weiter. Demnach sind Behördengänge auch im Jahr 2024 nach wie vor echte Zeitfresser. Das ist das Ergebnis einer repräsentativen Befragung von 1.007 Menschen ab 18 Jahren in Deutschland im Auftrag des Digitalverbands Bitkom.

Die Studie macht darüber hinaus deutlich, dass es für einen Großteil der Bürgerinnen und Bürger sogar schwierig ist, überhaupt – womöglich zeitnah – einen Termin auf dem Amt zu bekommen. Laut Bitkom gab rund die Hälfte der Befragten an, hierbei Schwierigkeiten gehabt zu haben; 35 Prozent von ihnen empfanden es sogar als sehr schwierig.

„Dieser Zustand ist für die Mitarbeitenden in der Verwaltung genauso unbefriedigend wie für die Bürgerinnen und Bürger, zudem ist er unnötig und leicht abzustellen. Unsere Lösung mit FrontDesk zum Termin- und Besucherstrom-Management und zu unseren Online-Formularanwendungen sorgt sofort für Entlastung und ist schnell einzuführen“, sagt Peter Höcherl, Leiter Ressort Forms Technologies bei der S-MS.

Im Sinne eines hybriden Bürgeramts gehen die Bürgerinnen und Bürger dazu auf die Webseite ihrer Kommune. Dort führt sie FrontDesk zu dem für ihr Anlie-

gen zutreffenden Verwaltungsvorgang. Hier erfahren sie bereits, welche Voraussetzungen und Unterlagen für die Antragstellung notwendig sind oder ob es sonstige Besonderheiten gibt. Die Nutzenden können den entsprechenden Antrag nun online ausfüllen und einreichen, abhängig davon, wie komplex der Verwaltungsvorgang oder die Anforderungen sind. Die S-Management Services stellt dafür hunderte Verwaltungsleistungen als fertige Online-Formularanwendungen zur Verfügung. Eine notwendige Legitimation kann dabei über ein bestehendes Bürgerkonto oder via eID erfolgen. Anfallende Gebühren lassen sich per E-Payment sofort begleichen. Auf diese Weise ist eine medienbruchfreie Antragstellung möglich, ohne überhaupt den Weg zum Amt antreten zu müssen. Die große Masse der Anliegen kann damit bereits abgedeckt werden.

Ist das Verfahren nicht online verfügbar, weil es beispielsweise zu komplex für eine Online-Durchführung ist, oder entscheidet man sich für einen persönlichen Besuch, um etwa noch Fragen vor Ort zu klären, kann über FrontDesk auch ein Termin bei der zuständigen Stelle vereinbart werden. Hilfreich als zusätzlicher Service ist auch der Versand einer E-Mail oder SMS mit einer Liste mitzubringender Unterlagen zur Erinnerung an den bevorstehenden Termin.

Optional sind zudem gemischte Formen, bei denen ein Antragsverfahren online gestartet und der Antrag bei einem persönlichen Termin im Amt vervollständigt wird. So können Antragsstellende sich bereits online informieren, komplexe Angaben vorab erfassen und notwendige Unterlagen bereitstellen. Vom Online-Verfahren kann dann zum nächsten Bearbeitungsschritt (z. B. Termin im

Amt) übergeleitet werden. Kommunen, die FrontDesk schon eingeführt haben, berichten, dass die Termine im Amt

### Kommunales GIS-Forum in Ulm:

## Intelligentes Management kommunaler Geodaten

Das Kommunale GIS-Forum des Runden Tisch GIS e. V im Ulmer Stadthaus zeigte erneut auf, welche wichtige Rolle Geoinformationen im täglichen Leben und bei kommunalen Verwaltungsaufgaben spielen. Die Geo-IT ist für Verwaltungen unverzichtbar, wollen sie eine bessere Qualität in ihren Digitalisierungsbestrebungen erzielen.

Wie Daniel Holweg, 2. Vorstand des Runden Tisch GIS, vor rund 120 Teilnehmern aus Verwaltung, Wissenschaft und Wirtschaft eingangs hervorhob, gehe es bei Veranstaltungen wie dem Kommunalen GIS-Forum vor allem darum, den Wissenstransfer zu unterstützen und zu fördern.

### Vielfältige Einsatzbereiche

Wie wichtig dieser Wissenstransfer für Städte ist, zeigte sich in der Keynote von Martin Bendel, Erster Bürgermeister der Stadt Ulm. „Unsere Verwaltungen befinden sich in einem Transformationsprozess“, unterstrich der Rathauschef. Für die Ulmer Verwaltung bedeutet dies, dass zahlreiche Stellen täglich Verantwortung für das städtische Datenmanagement tragen. Die Einsatzbereiche der Geodaten seien vielfältig und erstreckten sich von der Mobilität über das Smart-City-Umfeld bis zur Bauleitplanung. Als wichtige Aufgabe und klares Ziel definierte der Ulmer Finanzbürgermeister die zentrale Frage: „Wie bekommen wir all die Daten, die wir nutzen, in ein Managementsystem?“

Die Ausführungen von Daniela Schleder vom Bayerischen Staatsministerium der Finanzen und für Heimat (StMFH), führten von der Projektidee „Wie bekomme ich eine Kartenskizze in einen Online-Antrag?“ zur Projektumsetzung bis zur eigentlichen Geodigitalisierungskomponente. Als zukunftsfähige Lösung gedacht, suchte das Staatsministerium unter der Nutzung offener Standards und einer

freien Software eine cloudbasierte und skalierbare Lösung. Nicht zu vergessen die IT-Sicherheit und Architektur sowie die Möglichkeit der agilen Entwicklung und (individuellen) Weiterentwicklung der Lösung. Schleder zufolge standen von Beginn an die Menschen und das Prinzip einer bedingungslosen Einfachheit in der Anwendung im Mittelpunkt. Dank des schlanken Ansatzes sind die Services der Geodigitalisierungskomponente seit Anfang 2023 als eFA-Komponente (Einer-für-alle) für OZG-Prozesse verfügbar.

### Einsatz von Kleinsatelliten

Zum Thema „Bayerische Satellitendaten im Kontext kommunaler Anwendungen“ referierte Wolfgang Bauer, Leiter der Abteilung für Digitalisierung, Breitband und Vermessung im StMFH. Im Zentrum stand dabei für das Ministerium die Frage, ob sich Kleinsatelliten, sog. CubeSats, für die wachsenden Aufgaben im Fernerkundungsbereich eignen. Hintergrund ist nach Bauers Worten, dass die zweijährliche Bayernbefliegung zwar genaue Luftbilder liefert, aber hinsichtlich der Aktualität für viele Anwendungen nicht mehr ausreicht. Dies erklärte sich unter anderem durch häufige Extremwetterereignisse und die geopolitische Lage.

Im Rahmen einer Machbarkeitsstudie prüfte das Landesamt für Digitalisierung, Breitband und Vermessung (LDBV) den Einsatz von Kleinsatelliten für verschiedene Anwendungsszenarien. In Kooperation mit dem Zentrum für Telematik in

Würzburg und der Technischen Universität München ging es dabei um die Bereiche Geodäsie/Kartografie, Land- und Forstwirtschaft sowie die Erkennung von Naturgefahren. Da das Ergebnis positiv gewesen sei, wurden die Ergebnisse der ersten Studie präzisiert und ein Missionsdesign zu einer bayerischen Fernerkundungsmission mit CubeSats erarbeitet.

Dass die Entwicklung im Straßen- und Siedlungsbau auch an anderer Stelle von entscheidender Bedeutung ist, zeigt sich bei zahlreichen Smart-City-Ideen und Digitalisierungsprojekten von Städten und Gemeinden. Ein wesentlicher Kern dieser intelligenten Vorhaben sind die Beteiligungsmöglichkeiten für die Menschen vor Ort im Austausch mit der Verwaltung. In Neu-Ulm sollte mit den beiden Online-Portalen „Integrierte Stadtentwicklungskonzept (ISEK)“ und „Digitales Entwicklungskonzept (IDEK)“ die Bürgerbeteiligung gestärkt werden. Wie Florian Rüggenmann, Abteilung Geoinformation und Vermessung, erläuterte, hätten die Verantwortlichen mit ihren Maßnahmen jedoch nicht alle Bürger erreicht, da Menschen mit Sehbehinderung die Beteiligungsportale nicht nutzen konnten.

Barrierefreiheit habe viel mit einfachen Schritten zu tun, so Rüggenmann. Exemplarisch nannte er die Einbindung eines Mängelmelders in digitale Karten der Stadt Neu-Ulm. Benötigt würden einfache und große Schriftgrößen sowie Symbole und markierte Formularfelder, die als solche klar gekennzeichnet sind. Weitere Themen zur Barrierefreiheit und deren Integration in das digitale Kartenwerk seien öffentliche Toi-

### Barrierefreiheit

letten, Ampeln mit Blindensignalen oder sichere Fußgängerüberwege.

spiegeln sich dann auch direkt in der durchschnittlichen Wartezeit wider: Mithilfe von FrontDesk können nun viele Bürgerinnen und Bürger noch vor dem eigentlichen Zeitpunkt ihres Termins aufgerufen werden. Die Zeiten zeitfressender Behördengänge dürften damit schon bald der Vergangenheit angehören.

Fazit: Die aktuelle Bitkom-Studie zeigt, dass Behördengänge auch in Zeiten zunehmender Digitalisierung mit einem hohen Aufwand verbunden sind. Hinzu kommen Probleme bei der Buchung von Verwaltungsterminen. Das hybride Bürgeramt mit einer modernen Lösung zum Terminmanagement schafft Abhilfe. □

lassen, Ampeln mit Blindensignalen oder sichere Fußgängerüberwege.

Dass auch in der ländlichen Entwicklung Bayerns Bürgerbeteiligung und Barrierefreiheit mit digitalen Karten auf der Aufgabenliste weit oben stehen, machte Anja Seifert, Amt für Ländliche Entwicklung Oberbayern, anhand der Kernfrage „Wie können unsere zu veröffentlichten Karten barrierefreie PDF-Dokumente werden?“ deutlich.

### Fragen der Sicherheit

Den Abschluss des Kommunalen GIS-Forums bildete unter anderem ein Vortrag von Ingo Michels, Vereinigung zur Förderung des Deutschen Brandschutzes (vfdB). Seinen Ausführungen zufolge geht es beim vfdB um die Stärkung von Brand- und Umweltschutz, dem Katastrophenschutz und Rettungsdienst. „Zudem setzen wir uns mit aktuellen und zukünftigen Sicherheitsfragen auseinander.“ Mit der „Nationalen Plattform für Geo Daten“, kurz NPGeo, verfolge die Vereinigung das Ziel, die einheitliche und einfache Nutzung raumbezogener Informationen zu fördern. Hierzu zähle unter anderem die Web-Applikation „Waldbrandatlas“.

„Es geht um Kollaboration bei übergreifenden Einsätzen“, formulierte Michels ein wesentliches Augenmerk der Verbandsarbeit. Das heißt, eine ressortübergreifende Zusammenarbeit und ein Lagebild zu erzeugen, inklusive von Bildern vor und nach einer Katastrophe. Am Ende stehe vor allem die „Ad-hoc-Nutzung“ der Geo-IT-Lösung im Vordergrund – inklusive möglicher Lagekarten und Zugangswege. DK

# Ganz Bayern – bei Ihnen zuhause.

www.tvbayernlive.de

SPORT

KULTUR

POLITIK

WETTER

LOKALE NACHRICHTEN

GESELLSCHAFT

WIRTSCHAFT

**IHR LOKALER NACHRICHTEN-SENDER**

Samstag, 17.45 Uhr auf RTL und per Satellit auf RTL FS

Sonntag, 17.00 Uhr bei Augsburg TV & allen Regionalprogrammen in Bayern

Alle Sendungen in der TV Now Mediathek



Schnelle Hilfe bei WLAN-Problemen durch Techniker vor Ort:

## M-net stellt neuen Service zur WLAN-Optimierung vor

Streaming, Gaming oder Arbeiten mit Hochgeschwindigkeit aus dem Home-Office: Neben einem leistungsstarken Internet-Anschluss ist dafür auch eine schnelle WLAN-Verbindung im Heimnetz erforderlich. Damit diese nicht zum Nadelöhr für das Internet-Erlebnis wird, bietet Bayerns führender Glasfaseranbieter M-net nun Unterstützung mit einem neuen Service zur WLAN-Optimierung für Privatkunden: Im Rahmen des „WLAN-Service“ messen Technikerinnen oder Techniker vor Ort die WLAN-Abdeckung, identifizieren Störquellen und optimieren den Standort des Routers. Der WLAN-Service richtet sich an M-net Kundinnen und Kunden, deren WLAN-Probleme sich nicht aus der Ferne beheben lassen.

Eine zuverlässige Funkverbindung über WLAN hängt von vielen individuellen Faktoren ab und kann durch bauliche Gegebenheiten oder in dicht besiedelten Gebieten auch von anderen Funknetzen beeinträchtigt werden. Nicht selten wird die heimische WLAN-Verbindung so zum Flaschenhals für den Internetzugang: Allein im Zeitraum zwischen Mai 2021 und Juni 2023 meldeten M-net Kundinnen und Kunden fast 10.000 Fälle mit Verbindungsproblemen, deren Ursache nicht beim eigentlichen Internetanschluss zu finden war, sondern in der WLAN-Infrastruktur vor Ort.

### Probleme direkt vor Ort identifizieren und beheben

„Die Anforderungen an die eigene Internetverbindung sind heute größer denn je“, weiß Dr. Wolfgang Wallauer, Leiter des Bereichs Privatkunden bei M-net, und erklärt: „Eine Videokonferenz oder die Lieblingsserie muss ohne Unterbrechung laufen, damit die produktive Zusammenarbeit aus dem Home-Office gewährleistet ist und dem Entertainment-Genuss zu Hause nichts im Wege steht. Häufig hängen Verbindungsprobleme allerdings nicht mit dem eigentlichen Internetanschluss zusammen, sondern sind durch eine schlechte WLAN-Verbindung begründet.“

Da die Ursachen vielfältig sind und die Ursachenforschung technisch anspruchsvoll sein kann, ist eine Optimierung aus der Ferne nicht immer möglich. Aus diesem Grund war es uns wichtig, auf den Bedarf unserer Kundinnen und Kunden einzugehen und einen Service zu entwickeln, mit dem WLAN-Probleme direkt vor Ort identifiziert und behoben werden können.“

### Leistungsumfang des neuen M-net WLAN-Service

Das neue Serviceprodukt M-net WLAN-Service hat zum Ziel, die drahtlosen Verbindungen innerhalb des privaten WLAN-Netzwerks des Kunden zu optimieren und damit auch die allgemeine Kundenzufriedenheit zu steigern. Zum vertraglichen Leistungsumfang gehören unter anderem die An- und Abfahrt des Technikers, die Prüfung der WLAN-Abdeckung in der Wohnung und die Identifikation möglicher Störquellen.

Der M-net Techniker hilft dabei, den optimalen Router-Standort ausfindig zu machen und die individuelle Konfiguration des Geräts zu optimieren, beispielsweise durch die gezielte Auswahl bestimmter Frequenzbänder, Funk-

kanäle oder der Sendeleistung.

Im WLAN-Service inklusive ist auch die Verbindungseinrichtung für bis zu zwei kundeneigene Endgeräte wie Smartphones, Notebooks oder Smart-Home Geräte. Bei Bedarf installiert der Techniker darüber hinaus maximal zwei M-net WLAN-Repeater, die den Abdeckungsbereich des privaten

## Kreislaufwirtschafts- und Ressourceneffizientztage

„Die Zukunft heißt Kreislaufwirtschaft!“ Mit diesen Worten eröffnete der Bayerische Staatsminister für Umwelt- und Verbraucherschutz, Thorsten Glauber die Bayerischen Kreislaufwirtschafts- und Ressourceneffizientztage (KReTa 2024) in der IHK für München und Oberbayern. Über 300 Teilnehmer aus Wirtschaft, Wissenschaft und von Behörden tauschten sich zwei Tage in Präsenz und digital darüber aus, was die Branche bewegt: Klimaschutz, KI und Digitalisierung, Kreislaufwirtschaft der Zukunft, Recycling von Kunststoffen und Recyclingbaustoffe.

Zwei Themen bringen die aktuellen Herausforderungen in der Kreislaufwirtschaft auf den Punkt: Kunststoffe und Baustoffe. Bei den Kunststoffen steigt weltweit das Volumen bei der Herstellung weiterhin stark an und parallel wächst auch bei uns die Menge an Kunststoffabfällen. In Deutschland fielen 2021 circa 5,7 Millionen Tonnen davon an, das entspricht über 220.000 voll beladenen LKWs. Noch deutlicher ins Gewicht fallen Bau- und Abbruchabfälle. Sie stellen den größten Abfallstrom dar: Laut Statistischem Bundesamt mit rund 228 Millionen Tonnen im Jahr 2018 für ganz Deutschland. Das entspricht rund 55 Prozent des Gesamtabfallaufkommens. Allein in Bayern waren es im selben Jahr 53 Millionen Tonnen.

### Ideen, Produkte und Dienstleistungen

Prognosen der Circular Economy Initiative Deutschland zufolge könnten durch Maßnahmen wie eine Verlängerung der Nutzungsdauer, eine Nutzungsintensivierung sowie besseres Recycling von Produkten bis 2050 circa 70 Prozent der Ressourcen eingespart werden. Bei den KReTa 2024 präsentierten Unternehmen, die in Bereichen der Ressourceneffizienz bereits erfolgreich sind, ihre Ideen, Produkte und Dienstleistungen in Vorträgen und im Ausstellerbereich, darunter auch die vier Gewinner des Bayerischen Ressourceneffizienzpreises 2023. Die zweitägige Veranstaltung bot außerdem eine Plattform zum Netzwerken sowie zum allgemeinen Austausch und Wissenstransfer rund um die Material- und Rohstoffeffizienz, Klimaschutz und Digitalisierung.

### Mission RC20/25

Um das Bewusstsein für eine nachhaltige Baubranche zu stärken und die Potenziale von Recycling-Baustoffen auszuschöpfen, hat die Bayerische Staatsregierung am 29.03.2022 ein Maßnahmenpaket für den verstärkten Einsatz von Recycling-Baustoffen beschlossen: „Mission RC20/25 – Bayern baut auf Umweltschutz!“. Ziel ist es, bis 2025 den Anteil des Bauschutts, der in Recyclinganlagen aufbereitet wird, um 20 Prozent zu steigern. Als eine der beschlossenen Maßnahmen hat das Bayerische Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz gemeinsam mit dem Bayerischen Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr den Bayerischen Ideenwettbewerb für den nachhaltigen Einsatz von Bauteilen und Recyclingmaterialien im Bausektor ausgelobt. Ideen hierfür können beim Ressourceneffizienz-Zentrum Bayern (REZ) eingereicht werden: [www.rez.bayern.de/ideenwettbewerb](http://www.rez.bayern.de/ideenwettbewerb).

Funknetzwerks vergrößern und dadurch auch in Teilen des Hauses oder der Wohnung, die zu weit vom Router entfernt liegen, für einen optimalen Empfang sorgen. Die Repeater selbst werden dabei gesondert berechnet.

### Verfügbarkeit und Preis

Der M-net WLAN-Service ist ab sofort für alle bestehenden M-net Kundinnen und Kunden für nur 89,90 Euro (zzgl. WLAN-Repeater nach Bedarf) über den M-net Kundenservice unter der kostenfreien Rufnummer 0800 2906090 buchbar. □

Bundesprogramm Biologische Vielfalt:

## Förderung für Münchner Modellquartiere

Überall dort, wo Lebensräume geschützt und Arten gefördert werden, wo sich Menschen für die biologische Vielfalt einsetzen, hat dies auch positive Effekte auf den Klimaschutz. Das Bundesamt für Naturschutz (BfN) und das Bundesumweltministerium (BMUV) fördern deshalb im Bundesprogramm Biologische Vielfalt weitere Projekte, die Maßnahmen für ökologische Stadtnatur umsetzen, mit insgesamt 3,65 Millionen Euro. Mit dabei sind auch Modellquartiere in München.

Mitten in der Millionenstadt entstehen mit Beteiligung der Menschen vor Ort Modellquartiere nach dem Prinzip des Mehr-Zonen-Gartens. Basis dafür sind Gemeinschaftsgärten, in denen biodiversitätsfördernde gärtnerische Maßnahmen erforscht, bewertet, weiterentwickelt und implementiert werden. Diese Maßnahmen trägt das Projekt in die Quartiere und macht sich dafür stark, dass auch außerhalb der Gärten Maßnahmen umgesetzt werden.

### Beteiligung der Zivilgesellschaft an der Transformation

Die Projektverantwortlichen binden viele Stadtakteure in die Aktivitäten ein mit dem Ziel, die Zivilgesellschaft an der sozial-ökologischen Transformation der Stadt München zu beteiligen. Um die Menschen im Quartier bei der Begrünung ihres großstädtischen Wohn-, Arbeits- und Lernumfelds anzuleiten, werden in vier Modellquartieren sogenannte BioDivHubs eingerichtet. Dort entstehen in interdisziplinärer Zusammenarbeit Lernorte und Netzwerke. Ein großes Angebot an Bildungsmaßnahmen sowie zwei Symposien und ein Kongress sollen den Transfer der praktischen Erfahrungen gewährleisten.

Das gemeinsame Projekt von BürgerStiftung München, Green City e.V., Münchner Umwelt-Zentrum e.V., Museum für Naturkunde Berlin und Technischer Universität München wird bis Mai 2028 mit rund 1,25 Millionen Euro gefördert.

### Förderung bis Mitte 2028

Nach den Worten von Bundesumweltministerin Steffi Lemke „sind besonders in Städten naturnahe Lebensräume, Bäume und Grünflächen unverzichtbar. Sie kühlen unsere Städte, speichern Wasser und machen sie für uns lebenswert. Sie bieten vielen Tieren und Pflanzen einen Lebensraum. Überall dort, wo wir uns für mehr biologische Vielfalt einsetzen, leisten wir zugleich einen großen Beitrag zum natürlichen Klimaschutz.“

### Naturnahe Lebensräume sind unverzichtbar

DK

Klimaschutz und Landwirtschaft vereinbaren:

## Moorbodenschutz in der Praxis

Die Zukunft der Landwirtschaft steht im Zeichen des Klimaschutzes, und die Versuchsstation Karolinenfeld der Bayerischen Staatsgüter ist Schauplatz für die Entwicklung hin zu einer moorverträglichen Bewirtschaftung. Unter der Versuchsleitung der Bayerischen Landesanstalt für Landwirtschaft (LfL) befindet sich das wegweisende Projekt „MoorBewi“ nun in seiner finalen Phase.

Moore spielen eine entscheidende Rolle als natürliche Kohlendioxidspeicher und sind somit unverzichtbar für den Kampf gegen den Klimawandel. Obwohl sie nur 3 Prozent der Erdoberfläche ausmachen, speichern Moore mehr Kohlendioxid als alle Wälder zusammen. MoorBewi hat es sich zur Aufgabe gemacht, Wege zu finden, um Moore effektiv zu schützen und gleichzeitig eine nachhaltige landwirtschaftliche Nutzung zu ermöglichen.

Die Versuchsstation Karolinenfeld, betreut von den Bayerischen Staatsgütern (BaySG), ist ein Musterbeispiel für den notwendigen Wandel im Umgang mit Mooren. Hier führen die Landesanstalt für Landwirtschaft (LfL) und das Peatland Science Centre (PSC) der Hochschule Weihenstephan-Triesdorf innovative Feldversuche durch, um das Wassermanagement zu optimieren und Nassgrünland sowie Paludikulturen zu etablieren und zu bewirtschaften.

Die vorläufigen Ergebnisse sind vielversprechend: Durch das innovative Schachtsystem konnten die Wasserstände auf den Versuchsflächen nicht nur deutlich angehoben, sondern auch präzise reguliert werden. Nach Anhebung des Grundwasserstandes konnten auf dem Nassgrünland ertragreiche Aufwüch-

se für die Verfütterung geerntet werden. Paludikulturen wie die Sumpfschilf entwickelten sich rasch zu geschlossenen Beständen, so dass sie einer stofflichen Verwertung zugeführt werden können – ein vielversprechendes Zeichen für die Zukunft.

Um die wiedervernässten Moorflächen zu bewirtschaften, wurden spezielle Landmaschinen mit geringem Gewicht und breiter Bereifung beschafft. Diese Maßnahmen fließen nicht nur in die Beratung zum geplanten Moorbauprogramm des Bayerischen Staatsministeriums ein, sondern machen die Versuchsstation Karolinenfeld zum Musterbetrieb für klimaverträgliche Bewirtschaftungsmöglichkeiten auf Mooren.

Eine zukünftige Anhebung der Wasserstände auf der gesamten Fläche der Versuchsstation ist geplant, um den Klimaschutz weiter zu stärken. Eine Machbarkeitsstudie wird derzeit erstellt, um die Grundlage für diese entscheidenden Maßnahmen zu schaffen.

Die Forschung wird vom PSC mit Messungen der Treibhausgasemissionen begleitet, um die Auswirkungen der verschiedenen Ansätze genau zu quantifizieren. Bereits seit 2020 konnten auf den verneigten Flächen erhebliche Reduzierungen der Treibhausgasemissionen verzeichnet werden. □



[www.pluspunktrente.de](http://www.pluspunktrente.de)

## Bestens abgesichert.

Frühzeitig vorsorgen mit der PlusPunktRente!

Die BVK Zusatzversorgung bietet mit der PlusPunktRente die optimale Absicherung fürs Alter – zusätzlich zu Ihrer Betriebsrente.

- hohe garantierte Rente
- staatliche Förderung
- keine Vermittlungsprovision
- flexible Beitragsgestaltung
- sichere Versorgung aus einer Hand



Beratungstermin

Jetzt informieren und beraten lassen!

Einfach QR-Code scannen und Beratungstermin vereinbaren.

 **BVK** Bayerische  
Versorgungskammer  
ZUSATZVERSORGUNG

Jetzt anmelden!  
UNSER NEWSLETTER  
[www.bvk-zv.de/Newsletter](http://www.bvk-zv.de/Newsletter)

Jetzt lesen!  
UNSER MAGAZIN  
[www.bestens-abgesichert.de](http://www.bestens-abgesichert.de)

Folgen Sie uns!  
UNSERE SOCIAL MEDIA ACCOUNTS  
[bvkg.de](https://www.bvkg.de)





V.l.: Für die betroffenen Landwirte: Anton Peis; BBV-Obmann Bernhard Haimmerer; BGM Kathrin Alte; Rechtsbeistand Benno Ziegler, Maxi Peis, Markus Bauer, Martin Festl, Andreas Porotznik und Rechtsanwalt Maximilian Schmid. Bild: Gemeinde Anzing

## Petition erfolgreich!

Wasserschutzgebietsverordnung nichtig / Umweltausschuss des Bayerischen Landtags unterstützt Landwirte und Gemeinde Anzing im Wasserstreit

Anzing. In der Sitzung Ende Januar des Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz im Bayerischen Landtag stand die im Juni 2023 von Bürgermeisterin Kathrin Alte eingereichte Petition „Sicheres Trinkwasser für den Markt Markt Schwaben nicht gegen, sondern mit der Gemeinde Anzing“ auf der Tagesordnung. Nach eingehender Diskussion fasste der Ausschuss einstimmig einen Berücksichtigungsbeschluss. Es ist das stärkste Mittel des Landtags um die Staatsregierung im Sinne der Petenten zum Handeln aufzufordern. Dies bedeutet: Der Ausschuss hält das Anliegen „in vollem Umfang für berechtigt und durchführbar.“

Es wird erwartet, dass die Bayerische Staatsregierung die Petition baldmöglichst umsetzt. Ebenso wurde beschlossen, dass die beteiligten Behörden – Landratsamt, Wasserwirtschaftsamt Rosenheim und die betroffenen Kommunen – innerhalb von vier Monaten eine gemeinsame Lösung finden und dem Ausschuss darüber Bericht erstatten müssen. „Seit 1999 gab es keinen ernsthaften Versuch der übergeordneten Behörden, dieses für unsere Landwirte existenzgefährdende Wasserschutzgebiet auszuweisen“, so Bürgermeisterin Kathrin Alte. Es sei „ein großer Erfolg“, dass der Ausschuss der Argumentation der Gemeinde Anzing gefolgt ist und damit die Anzinger Landwirte wieder eine echte Perspektive haben.

### Alternative für Brunnen II

„Wir sind nach dem Beschluss des Ausschusses unserem Ziel, dass der Brunnen II nicht in Betrieb geht, ein gutes Stück nähergekommen. Jetzt sind wir alle – Markt Schwaben, Anzing, aber vor allem das Landratsamt und das Wasserwirtschaftsamt gefordert, eine echte Alternative für Brunnen II zu finden und nicht weitere Jahre oder Jahrzehnte das Thema auf die lange Bank zu schieben.“ Im Namen der Landwirte dankten Bürgermeisterin Alte und der Bevollmächtigte der Petenten, Rechtsanwalt Benno Ziegler, dem Aus-

schuss für den Beschluss und die Unterstützung.

Das Thema beschäftigt seit über drei Jahrzehnten die betroffenen Landwirte, die Gemeinde Anzing und den Markt Markt Schwaben.

### Zweites Standbein

Hintergrund ist die Wasserversorgung in Markt Schwaben und die seit 1999 mögliche Inbetriebnahme des Brunnen II, der als „Zweites Standbein“ der Wasserversorgung Markt Schwaben dienen sollte.

### EU: Reparieren statt Verschrotten:

## Recht auf Reparatur kommt

MdEP Markus Ferber begrüßt neues Regelwerk

„Zu viele Produkte, die man mit einer kleinen Überholung wieder in einen gebrauchsfähigen Zustand versetzen könnte, landen heute im Müll. Das ist nicht nur ein Ärgernis für den Verbraucher, sondern auch ein Umweltproblem. Zu einem ressourcenschonenden Wirtschaften gehört, dass die Reparatur zum Standardfall wird“, so der CSU-Europaabgeordnete und wirtschaftspolitische Sprecher der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament, Markus Ferber, anlässlich der Einigung von Unterhändlern des Europäischen Parlaments und der Mitgliedstaaten auf eine Richtlinie, die erstmals ein Recht auf Reparatur festschreibt.

Ferber befindet: „In der Ära der Wegwerfgesellschaft ist es an der Zeit, ‚Reparieren statt Wegwerfen‘ zum Leitmotiv zu machen.“

### Umweltschutz

Die Einigung umfasst unter anderem eine Verlängerung

der Gewährleistungsfrist, verpflichtende Reparaturen durch Verkäufer sowie Unterstützung unabhängiger Werkstätten und finanzielle Anreize für Reparaturen. „Es geht bei den geplanten Regelungen nicht nur um Umwelt- und Ressourcenschutz, sondern auch darum, den Verbrauchern erhebliche Einsparungen zu ermöglichen“, betont Ferber.

### Intervention von Bürgermeisterin Alte

Dagegen haben sich die Bauern seit vielen Jahren gewehrt und es fanden zahllose Gespräche mit den betroffenen Behörden statt. Um dieses schwebende Verfahren zu einer Lösung zu führen, hat Bürgermeisterin Kathrin Alte im Juni 2023 eine Petition eingereicht. Nun hat der Umweltausschuss des Landtags festgestellt, dass die Wasserschutzgebietsverordnung des Landratsamts aus 1988 nichtig ist. Damit kann nun endlich eine Lösung im Sinne der Betroffenen gefunden werden. □

### Europäische Verpackungsverordnung:

## Holzindustrie warnt vor desaströsen Folgen

Wirtschaft, Klimaschutz und Kreislaufwirtschaft betroffen

Zum Start des Trilogverfahrens zur europäischen Verpackungsverordnung greift die Wertschöpfungskette für Holzverpackungen zu drastischen Worten, um Korrekturen anzumahnen. Denn es drohen europäische Vorgaben, die den Klimaschützer Holz und das etablierte Holzrecycling im Verpackungsbereich gefährden. Damit würde die Holzverpackungsindustrie in ihrer Existenz gefährdet und mit ihr die Zuliefererindustrien (Säge- und Holzwerkstoffindustrie) in eine weitere Krise gezogen.

Die europäische Verpackungsverordnung PPWR (Packaging & Packaging Waste Regulation) könnte das Aus für etablierte Ladungsträger aus Holz, etwa Paletten, bedeuten. Denn die Vorgaben zu Leerräumen, dem Mindesteinsatz von Recyclingmaterial und zum sog. Closed Loop Recycling sind bei Holzverpackungen, insbesondere im Industriebereich, technisch nicht umsetzbar. Die neuen Regelungen, die im Bereich der Kunststoffverpackungen sinnvoll sein mögen, hätten im Bereich der Holzverpackungen absurde Konsequenzen: Ausgerechnet Holz, der kohlenstoffspeichernde, nachwachsende Klimaschützer und Recyclingvorbild der Kreislaufwirtschaft, würde im Verpackungsbereich faktisch ausgeschlossen.

### Herausnahme aus dem PPWR-Geltungsbereich

Die Holzpackmittelindustrie mit ihren Zulieferern aus Säge- und Holzwerkstoffindustrie fordern zur Abwendung dieser Risiken daher die Herausnahme von Holzverpackungen aus dem Geltungsbereich der PPWR, um sinnwidrige Folgen für die etablierten Holzverpackungen wie etwa Paletten und die auf sie angewiesenen Lieferketten zu vermeiden.

„Neue medizinische Geräte für das Krankenhaus, Maschinen und Ersatzteile für die Industrieproduktion – sie alle werden gut geschützt in stabilen Kästen oder auf Paletten aus dem nachwachsenden Rohstoff Holz zu ihrem Ziel gebracht – ebenso wie Lebensmittel zum Supermarkt, Paletten und Co. halten also die Versorgung von uns allen am Laufen. Damit ist zum 1. Januar

2030 Schluss, sofern nicht wesentliche Korrekturen am Gesetzestext vorgenommen werden“, warnt Marcus Kirschner vom Bundesverband Holzpackmittel, Paletten, Exportverpackung e.V. (HPE).

### Grundidee gut – aber nicht alles in einen Topf werfen

Der „Green Deal“ der Europäischen Kommission, der auch Treiber der EU-Verpackungsverordnung ist, soll eine Stärkung von Bioökonomie, Kreislaufwirtschaft und nachhaltigen Wirtschaften bringen. Es ist das erklärte Ziel der PPWR, die Verpackungsabfälle bis 2040 schrittweise – aber deutlich – zu reduzieren. Daher fokussiert der Verordnungsentwurf der EU-Kommission auf Kunststoffe und den privaten Endverbrauchermarkt (B2C), betont aber zugleich die Gültigkeit für alle Verpackungen.

„Die prinzipiellen Ziele der PPWR sind unstrittig und gut. Allerdings kann man nicht alle Verpackungen in einen Topf werfen“, differenziert Julia Möbus vom Deutsche Säge- und Holzindustrie Bundesverband e.V. (DeSH) und kritisiert den „one-size-fits-all“-Ansatz des Gesetzesvorhabens. Dieser „Einheitsansatz“ werde den einzigartigen Eigenschaften und Beiträgen von Holzverpackungen und -paletten zur Kreislaufwirtschaft nicht gerecht.

Eine Palette oder ein anderes Holzverpackungsmaterial kann durch Recycling nicht wieder zu einer Palette werden, wohl aber zu anderen wertvollen Erzeugnissen. Bekanntestes Beispiel für das zweite Leben der Paletten sind Spanplatten. Sie tragen zur Dekarbonisierung des Bau-

sektors bei, werden zur Möbelproduktion oder zur Herstellung von Holzpackmitteln eingesetzt. Das kann mehrfach geschehen und bindet CO<sub>2</sub> über Jahrzehnte. Dieses Recyclingkonzept entspricht der derzeitigen Europäischen Abfallrahmenrichtlinie und hat auch seine Praktikabilität bewiesen.

### Neues stoffliches Leben

„Holzpackmittel sind bereits heute Produkte der Kreislaufwirtschaft: Sie enthalten in vielen Teilprodukten bereits Recyclingholz und sind ihrerseits recyclingfähig, finden also ein neues stoffliches Leben insbesondere in Spanplatten. Daran ist nichts falsch, daran ist im Gegenteil alles gut“, fasst Anemon Strohmeyer vom Verband der Deutschen Holzwerkstoffindustrie e.V. (VHI) zusammen. Doch das wird im aktuellen PPWR-Entwurf mit seinen Mindestrecyclingvorgaben und der noch nicht ganz vom Tisch gefegten Idee eines Closed Loop (mit dem eine Palette wieder zu einer Palette recycelt werden müsste, was technisch unmöglich ist) nicht berücksichtigt.

### Es geht um Sicherheit, Schutz und Transportierbarkeit

„Vor lauter Kaffeepads, Take-Away-Verpackungen, Miniaturschampooflaschen in Hotels – also dem, was Vielreisende in der Regel direkt mitbekommen, wurde ein Grundbaustein der Wirtschaft offensichtlich völlig vergessen: Paletten und Kästen aus Holz, auf und in denen alle Güter transportiert werden“, postuliert Kirschner. Denn hier zeige sich aus seiner Sicht ein weiteres gravierendes Manko der geplanten Verordnung. Riesenverpackungen für kleine Parfümflacons oder zig Mal größere Schachteln für USB-Sticks – da könne eine Begrenzung des Leerraums in einer Verpackung auf maximal 40 Prozent durchaus Sinn machen. „Aber im B2B-Bereich, zum Beispiel bei der Verpackung von Maschinen mit Flanschen, unterschiedlichen Geometrien und Winkeln, nicht zentrischen Schwerpunkten, vor allem aber hohen Gewichten bis zu 400 t, zählen vor allem Sicherheit, Schutz und Transportierbarkeit.“

Die Säge- und Holzindustrie als Hersteller von Holzbauprodukten und die Holzwerkstoffindustrie mit ihren Produkten Spanplatten / Faserplatten / Sperrholz / OSB-Platten schaffen die Grundlage für die Deutsche Bauindustrie, Möbelindustrie und auch die Holzverpackungsindustrie. Die Unternehmen sehen sich einem starken Konjunkturunbruch ausgesetzt, wodurch die Branchen erheblich belastet werden. Nun droht im Bereich Verpackungen zur schwächelnden Konjunktur und dem EU-Lieferkettengesetz das Damoklesschwert der europäischen Verpackungsverordnung hinzu zu kommen. Dieses dürfte im jetzigen Zuschnitt dazu führen, dass ein wesentlicher Absatzmarkt für die recyclingfähigen Produkte entfällt. □

### Zero Waste-Ziele erreichen.“

Kommunalreferentin Kristina Frank: „Herzlichen Glückwunsch an alle Müllsparerinnen und Müllsparer. Denn sie haben erlebt, dass es mit ein paar Kniffen, ein bisschen Organisation und etwas Disziplin gar nicht so schwerfallen muss, Abfall einzusparen. Das schont nicht nur die Umwelt, sondern auch den eigenen Geldbeutel. Etliche wertvolle Impulse wurden an uns als Stadt zurückgespielt, wie wir unterstützen können. Deswegen freue ich mich, ankündigen zu dürfen, dass es auch dieses Jahr eine Challenge geben wird.“ □



Bürgermeisterin Verena Dietl und Kommunalreferentin Kristina Frank mit den Preisträgern. Foto: Kommunalreferat

## Müllsparer\*innen ausgezeichnet

Trotz sperrigen Titels und Gendersternchen wurden in München durchschnittlich über elf Liter Restmüll pro Woche und teilnehmendem Haushalt während der NOWasteVEMBER-Challenge im November nach eigenen Angaben eingespart – ein Drittel des wöchentlichen Müllaufkommens von 32,3 Liter pro Haushalt.

Unter allen fleißigen Müllsparer\*innen wurde nun bei einem Empfang im Alten Rathaus von Bürgermeisterin Verena Dietl und Kommunalreferentin Kristina Frank das Preisgeld von zehn Mal 250 Euro verlost. Dabei wurden die besten Tipps ausgetauscht: Großpackungen kaufen, Stofftaschentücher und Stoffpads benutzen oder auch die „Eat-me-first-box“ im Kühlschrank.

Ausgelobt wurden die Preise von der ZWFS im Kommunalreferat. Die referatsübergreifend besetzte Stelle koordiniert die stadtweite Umsetzung der ambicio-

nierten Zero Waste-Maßnahmen. Diese sollen dazu führen, dass München bis 2035 ganze 35 Prozent weniger Restmüll produziert. Bürgermeisterin Verena Dietl: „Einen Bewusstseinswandel anzustoßen – das ist uns mit dem Wettbewerb gelungen. 75 Prozent der Teilnehmenden haben angegeben, dass sie bei sich eine nachhaltige Verhaltensänderung festgestellt haben. Jeder kann seinen kleinen Beitrag leisten, und ich verspreche, dass auch wir als Stadt München alles tun werden, um unsere Müllmengen zu reduzieren. Nur gemeinsam können wir unsere

### Natürlicher Klimaschutz in Kommunen:

## Neues Zuschussprogramm

Das Bundesumweltministerium und die KfW haben jetzt den Startschuss für eine weitere Unterstützung für Städte und Gemeinden bei der Finanzierung von Maßnahmen zum Natürlichen Klimaschutz gegeben. Kommunen erhalten Zuschüsse von bis zu 90 Prozent der Finanzierungskosten.

Mit der Förderung sollen Bäume gepflanzt, kleine, naturnahe Parkanlagen in Wohnvierteln (sogenannte Pikoparks) angelegt und aufgewertet, Naturerfahrungsräume und urbane Wälder geschaffen sowie die Umstellung auf ein naturnahes Grünflächenmanagement unterstützt und innerörtliche Kleingewässer renaturiert werden.

Ziel des Förderangebots ist es, über Maßnahmen zur Förderung der biologischen Vielfalt einen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten und auf diese Weise Städte und Gemeinden zukunftsfähiger und lebenswerter zu machen. Die Zuschüsse werden im Rahmen des „Aktionsprogramms Natürlicher Klimaschutz“ (ANK) zur Verfügung gestellt.

Die Antragsstellung für dieses Förderprogramm „Natürlicher Klimaschutz in Kommunen“ ist seit 1. Februar 2024 bei der KfW möglich. Zusagen können erteilt werden, sobald der Bundeshaushalt 2024 in Kraft getreten und die KfW vom Bund ermächtigt worden ist.

Link: <https://www.kfw.de/inlandsfoerderung/%C3%96ffentliche-Einrichtungen/Kommunen/Quartiersversorgung/Klimaschutz-und-Klimaanpassung/> DK



Neuer Statusbericht:

## Kreislaufwirtschaft 2024

**Kreislaufwirtschaft ist weitaus mehr als das Sammeln, Transportieren, Recyceln oder Beseitigen von Abfällen. Zu diesem Ergebnis gelangt der aktuelle Statusbericht der Kreislaufwirtschaft von VKU und bvse sowie 13 weiteren Branchenverbänden und der IFAT. Bereits 2018 und 2020 wurde ein Report vorgelegt.**

Im Jahr 2021 wurden insgesamt 410 Mio. Tonnen Abfälle aus dem Inland (2017: 409 Mio. Tonnen) in rund 14.300 Abfallbehandlungsanlagen entsorgt. Den größten Anteil (53 Prozent) an den aus dem Inland entsorgten Abfällen haben mit 220 Mio. Tonnen die Bau- und Abbruchabfälle. Bezogen auf die Gesamtmenge ergibt dies rund 5 Tonnen Abfall je Einwohner und Jahr in Deutschland.

### Mehr Abfälle aus privaten Haushalten

Der Anteil der in privaten Haushalten erzeugten Abfälle lag 2021 bei rund 40 Mio. Tonnen (2017: 38 Mio. Tonnen). Das entspricht einem einwohnerspezifischen Aufkommen von rund 484 Kilogramm je Einwohner. Die Abfälle aus privaten Haushalten setzen sich aus den nachfolgenden Hauptfraktionen zusammen: 13,3 Mio. Tonnen Hausmüll und hausmüllähnliche Gewerbeabfälle (159 Kilogramm je Einwohner); 3,1 Mio. Tonnen Sperrmüll (37 Kilogramm je Einwohner); 11,2 Mio. Tonnen getrennt erfasste Bio- und Grünabfälle (134 Kilogramm je Einwohner) sowie 12,5 Mio. Tonnen getrennt erfasste Wertstoffe wie Papier, Pappe und Kartonagen, Glas, Leichtverpackungen, Metalle, Altholz, Textilien und sonstige Wertstoffe (150 Kilogramm je Einwohner).

Der Anstieg des Gesamtaufkommens an Abfällen aus Haushalten um 22 Kilogramm je Einwohner gegenüber dem Jahr 2017 ist im Wesentlichen auf das Sperrmüllaufkommen (zum Teil durch Corona und Extremwetterereignisse hervorgerufen) und die Intensivierung der Getrennterfassung von Bio- und Grünabfällen zurückzuführen.

### Wachstumsbranche

Wie der Statusbericht darlegt, ist die Kreislaufwirtschaft nach wie vor eine Wachstumsbranche. Stetig wachsende Anforderungen an die stoffliche und energetische Verwertung, steigende Standards für die Erzeugung von Sekundärrohstoffen und die damit einhergehenden technischen Innovationen führen zu einer positiven Entwicklung der wesentlichen wirtschaftlichen Indikatoren: 2021 erzielte die Kreislaufwirtschaft einen Umsatz von rund 105 Mrd. Euro (+ 47 Prozent zu 2010) und beschäftigte im gleichen Jahr rund 310.000 Erwerbstätige (+11 Prozent zu 2010). In der Kreislaufwirtschaft sind heute bundesweit fast genauso viele Personen beschäftigt wie in der Energiewirtschaft und fast viermal so viele Personen wie in der Wasser- und Abwasserwirtschaft. Mit einer Bruttowertschöpfung von rund 32,7 Mrd. Euro im Jahr 2021 (+ 41 Prozent zu 2010) ist die Branche ein bedeutender Wirtschaftsfaktor in Deutschland.

Die Analysen zeigen, welche wirtschaftliche Bedeutung auch die vor- und nachgelagerten Wertschöpfungsstufen der Technik und des Handels für eine funktionierende Kreislaufwirtschaft haben. Von den rund 10.000 Unternehmen entfallen rund 5.800 Betriebe auf die klassischen Marktsegmente „Abfallsammlung, -transport und -Straßenreinigung“ sowie „Abfallbehandlung und -verwertung“. Knapp 1.200 Unternehmen zählt das Marktsegment „Technik für die Abfallwirtschaft“. Weitere 3.000 Unternehmen sorgen im Bereich

„Großhandel mit Altmaterialien“ für den Kreislauf der Sekundärrohstoffe aus der Abfallwirtschaft.

Nach der nationalen Treibhausgasinventur sind die Emissionen im Sektor Abfallwirtschaft seit 1990 von 38 Mio. Tonnen CO<sub>2</sub> um 75 Prozent auf nur noch 4,3 Mio. Tonnen CO<sub>2</sub> im Jahr 2022 gesunken. Wesentliche Ursache dafür war die Schließung von Deponien für die Ablagerung unvorbehandelter Siedlungsabfälle im Jahr 2005. Darüber hinaus tragen viele weitere abfallwirtschaftliche Maßnahmen zum Klimaschutz bei: Weitere 60 Mio. Tonnen CO<sub>2</sub> werden jährlich allein durch das Recycling und den nachfolgenden Einsatz von Sekundärrohstoffen vermieden.

### Beiträge zur Energiewende

In Bezug auf den Klimaschutz ist jeder Sekundärrohstoff grundsätzlich einem Primärrohstoff überlegen, da er mit weniger Energieaufwand hergestellt wird. Durch die Steigerung der Energieeffizienz, die Substitution von Primärenergieträgern sowie die Nutzung von Sonne und Wind auf abfallwirtschaftlich geprägten Flächen werden neben der Auskopplung von Strom-, Fern- und Prozesswärme in den energetischen Abfallbehandlungsanlagen von der Kreislaufwirtschaft nicht nur wichtige Beiträge zur Energiewende geleistet, sondern auch zur weiteren Verringerung von Treibhausgasemissionen. Viele Investitionen in die technische und organisatorische Optimierung der Kreislaufwirtschaft führen gleichzeitig auch zur Reduzierung bzw. Vermeidung von Treibhausgasemissionen.

Der Leistungsumfang der Kreislaufwirtschaft ist durch die hohen Standards für die Behandlung der Abfälle und die Kreislaufführung der Rohstoffe sehr umfangreich. In Anbetracht des hohen Aufwandes liegen die durchschnittlichen Kosten der privaten Haushalte für die Abfallentsorgung mit etwa 70 bis 120 Euro je Einwohner und Jahr wohl deutlich unter dem, was die Bürger vermuten würden: Nach Umfragen des Instituts für Abfall, Abwasser und Infrastruktur-Management werden die kommunalen Abfallgebühren von den Bürgerinnen und Bürgern bis zu fünfmal so hoch eingeschätzt, wie sie in den jeweiligen Kommunen tatsächlich anfallen.

### Circular Economy

Laut Report erlangt die Kreislaufwirtschaft auch in anderen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bereichen eine immer größere Bedeutung. Die Diskussionen um die Circular Economy als neues Wirtschaftsmodell zur Reduzierung des Ressourcenverbrauches führt nicht nur zu dem Ergebnis, dass die Kreislaufwirtschaft künftig die zentrale Rolle bei der Zurverfügungstellung von Rohstoffen für den Wirtschaftskreislauf zukommen wird. Veränderte Produkte und Produktionsweisen werden in Verbindung mit einem veränderten Konsumverhalten auch maßgeblich zur CO<sub>2</sub>-Reduzierung und zur Verringerung des Rohstoffeinsatzes führen. Die Kreislaufwirtschaft wird somit in den kommenden Jahren zwangsläufig zu einem zunehmend wichtigen Akteur des wirtschaftlichen Wandels werden.

Aus Sicht von VKU-Vizepräsi-

dent Patrick Hasenkamp sind es die Entsorgungsunternehmen, die nicht nur zuverlässig für saubere Straßen und geleerte Abfallbehälter sorgen, sondern auch die Grundlage für effektives Recycling verwertbarer Abfallströme sicherstellen. Die Abfall- und Kreislaufwirtschaft sei für eine nachhaltige Ressour-

### Umweltminister Glauber:

## Beiträge zum Schutz von Natur und Artenvielfalt

**Nach einer Mitteilung des Bayerischen Umweltministeriums wird der Bayerische Naturschutzfonds mit insgesamt rund 17 Millionen Euro acht Naturschutzprojekte im gesamten Freistaat sowie die Gebietsbetreuung fördern. Laut Umweltminister und Naturschutzfonds-Stiftungsratsvorsitzenden Thorsten Glauber wurde die Förderung der Gebietsbetreuung nun erstmals von drei auf fünf Jahre erweitert. Allein dafür stelle der Naturschutzfonds insgesamt rund 15 Millionen Euro zur Verfügung.**

Bewilligt wurden die Förderprojekte Fortsetzung der Gebietsbetreuung Bayern, Jahresprogramm für Kleinmaßnahmen aus Zweckerträgen der GlücksSpirale 2024, Aufstockung und Verlängerung BNN-Projekt „Lebensräume auf Kalkstandorten im Landkreis Main-Spessart“, Verlängerung und Aufstockung BIODIV-Projekt „Alte Obstsorten in den oberbayerischen Voralpenlandkreisen“, Verlängerung und Aufstockung des BIODIV-Projekts „Arche Noah Unterallgäu – Verbesserung der Bestandssituation hochgradig bedrohter Arten“, das BNN-Projekt „Lebensraumnetz Landkreis Roth“, sowie die Förderung von Maßnahmen im Rahmen des Bundesprogramms „chance.natur“ durch das Bundesamt für Naturschutz, und die Kofinanzierung des Naturschutzgroßprojekts „chance.natur – Lebensraum Mittelfränkisches Altmühltal“, Projekt II.

### Lebensraum Mittelfränkisches Altmühltal

Der Bayerische Naturschutzfonds hat bereits die Erstellung des Pflege- und Entwicklungsplans im Projekt I kofinanziert. Im Projekt II wird nun die Umsetzung der entwickelten Maßnahmen erfolgen. Der Fokus liegt auf der Unterstützung der wiesenbrütenden Vogelarten wie Großer Brachvogel, Kiebitz, Uferschnepfe und Rotschenkel und der Optimierung

der Abfallwirtschaft zur Kreislaufwirtschaft. Voraussetzung dafür ist ein konsequentes Design for Recycling. Damit Produkte, die nicht mehr benötigt werden, tatsächlich auch recycelt werden können. Wir benötigen aber vor allem höhere Recycling-Kapazitäten. Ohne einfachere und schnellere Genehmigungsverfahren für Recycling- und Entsorgungsanlagen wird das nicht gehen. Auch in diesem Bereich muss Deutschland schneller werden, damit

„Unser Ziel ist ganz klar: Wir wollen die Transformation von

der Abfallwirtschaft zur Kreislaufwirtschaft. Voraussetzung dafür ist ein konsequentes Design for Recycling. Damit Produkte, die nicht mehr benötigt werden, tatsächlich auch recycelt werden können. Wir benötigen aber vor allem höhere Recycling-Kapazitäten. Ohne einfachere und schnellere Genehmigungsverfahren für Recycling- und Entsorgungsanlagen wird das nicht gehen. Auch in diesem Bereich muss Deutschland schneller werden, damit

Ressourcenschonung, Umweltschutz und Klimaschutz, aber auch die sichere Versorgung der Industrie mit Rohstoffen gewährleistet werden kann. Eine nachhaltige Zukunft ohne Kreislaufwirtschaft wird nicht funktionieren“, zeigen sich bvse-Präsident Henry Forster und bvse-Hauptgeschäftsführer Eric Rehbock überzeugt.

### Fokus auf ökologisches Produktdesign

Klimaschutz und Recycling müssten gleichermaßen gestärkt werden. Dies gehe aber nur mit einer wirksamen Kreislaufwirtschaftsstrategie, die einen verbindlichen Rechtsrahmen schafft, Abfall wirksam vermeidet und ökologisches Produktdesign an die erste Stelle stellt. Nach Auffassung von Forster und Rehbock „muss deutlich werden, dass es sich lohnt, darüber nachzudenken, Verpackungen und Produkte in den Markt zu bringen, die recycelt werden können. Und zwar nicht nur theoretisch, sondern ganz praktisch: In unserer Gegenwart, in unserer Wirtschaftswelt und nicht nur im Labormaßstab. Wenn mehr Rezyklate eingesetzt werden, reduzieren sich die CO<sub>2</sub>-Emissionen. Wer darauf aus Kostengründen verzichtet, darf nicht belohnt, sondern muss mit einem deutlichen Preisaufschlag sanktioniert werden.“ **DK**

Bereits seit 1990 setzte der Naturpark Fichtelgebirge zahlreiche Landschaftspflegemaßnahmen vor Ort um. Dieses Engagement hat nun zur Gründung eines eigenständigen Landschaftspflegeverbands geführt. Über die Hälfte der Fläche des Landkreises Wunsiedel zählt zum Landschaftsschutzgebiet Fichtelgebirge. Im Fichtelgebirge und der Selb-Wunsiedler Hochfläche prägen Naturschutzgebiete wie das Egertal bei Neuhaus, Moore und einzigartige Gesteinsformationen wie das Luisenburg-Felsenlabyrinth den Landkreis.

Im Jahr 1985 nahmen die ersten bayerischen Landschaftspflegeverbände ihre Arbeit auf. Rund 1.800 Gemeinden, 63 Landkreise und 18 kreisfreie Städte sind aktive Mitglieder in den bayerischen Landschaftspflegeverbänden. Der überwiegende Teil aller geförderter Landschaftspflegemaßnahmen im Freistaat wird durch sie umgesetzt. Das Umweltministerium finanzierte über das Landschaftspflege- und Naturparkprogramm im Jahr 2022 mehr als 4.700 Naturschutzmaßnahmen für über 42 Millionen Euro. **DK**

Die Kleinmaßnahmen haben sich zu einem unverzichtbaren Instrument der Naturschutzarbeit in Bayern entwickelt. Der Schwerpunkt liegt insbesondere auf der Naturschutzforschung sowie praxisbezogenen Planungen und Konzepten sowie dem Aufbau dauerhaft umweltgerechter Nutzungen. Für das Jahr 2024 sind 35 Kleinprojekte vorgesehen. Maßnahmenträger sind der Bund Naturschutz in Bayern e.V. (BN), der Landesbund für Vogel- und Naturschutz in Bayern e.V. (LBV) und der Deutsche Verband für Landschaftspflege e.V. (DVL). Der Zuschuss beträgt 500.000 Euro.

### Betreuung sensibler Gebiete

Durch die im Jahr 2002 etablierte Gebietsbetreuung Bayern werden ökologisch besonders wertvolle und sensible Gebiete hauptamtlich betreut. Hauptziel ist, die gebietsstypische Artenvielfalt in den betreuten Natur- und Kulturlandschaften zu schützen bzw. wiederherzustellen. Die Aufgaben der Gebietsbetreuer reichen von Öffentlichkeitsarbeit zur Sensibilisierung für Naturschutz und Steigerung der Akzeptanz für Schutzmaßnahmen über Besucherlenkung, Beratung und Vermittlung, bis hin zur Planung und Umsetzung von Schutz-, Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen im Naturschutz. Maßnahmenträger der insgesamt 58 Gebietsbetreuungsprojekte inklusive des bayernweiten Bibermanagements sind je nach Projekt beispielsweise Gebietskörperschaften, Landschaftspflegeverbände, Naturschutzverbände, Naturparke, Naturschutzvereine oder Stiftungen. Der Zuschuss des Naturschutzfonds für die Gebietsbetreuung für die Jahre 2024 bis 2029 beträgt rund 15 Millionen Euro.

Im Rahmen des BNN-Projekts „Lebensraumnetz Landkreis Roth“ wird das Biotopverbundkonzept umgesetzt, so dass ein Lebensraumnetz im Offenland entstehen kann. Ziel ist es, die vorhandenen naturschutzfachlichen Schwerpunktgebiete im Landkreis über Verbundachsen miteinander zu vernetzen. Hierzu sollen Trittsteine und neue Biotopflächen geschaffen werden. Maßnahmenträger ist der Landschaftspflegeverband (LPV) Mittelfranken. Der Zuschuss beträgt rund 330.000 Euro.

### 70. Landschaftspflegeverband in Bayern

Wie das Umweltministerium weiterhin verlautete, sei im Landkreis Wunsiedel im Fichtelgebirge der 70. Landschaftspflegeverband in Bayern gegründet worden. Bei einem Festakt in Wunsiedel betonte Staatsminister Glauber: „Wir wollen überall in Bayern partnerschaftliche Zusammenarbeit für mehr Natur- und Artenschutz. Dieses Ziel haben wir jetzt fast flächendeckend erreicht.“

## Bayerisches Energie- und WasserkraftForum

Am 23.4.2024 veranstalten **Bayerische GemeindeZeitung und Bayerischer Gemeindegtag** das Bayerische Energie- und WasserkraftForum in der Stadthalle Gunzenhausen.

Es handelt sich dabei um eine **Fachveranstaltung für bayerische kommunale Entscheiderinnen und Entscheider**, die in ihren Heimatgemeinden und -städten mit **Energie- und Klimaschutzthemen** betraut sind.

**Partner, die sich an der Veranstaltung beteiligen wollen**, dürfen sich gerne unter [veranstaltungen@gemeindezeitung.de](mailto:veranstaltungen@gemeindezeitung.de) melden. **Besucher** können sich unter [www.bayerisches-energieforum.de](http://www.bayerisches-energieforum.de) registrieren.



15. BAYERISCHES ENERGIE FORUM



10. BAYERISCHES WASSERKRAFT FORUM

**23.4.2024** 10 - 16 Uhr  
Stadthalle Gunzenhausen  
[www.bayerisches-energieforum.de](http://www.bayerisches-energieforum.de)

**GemeindeZeitung**  
KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

**BAYERISCHER GEMEINDETAG** **KOMMUNAL WERKSTATT**





## GZ ZU GAST BEI ...

**Welche Kommune und wie viele Einwohner vertreten Sie?**

Ich vertrete die Stadt Bad Brückenau mit rd. 6.500 Einwohnern. Vorher war ich der 1. Bürgermeister der Gemeinde Motten mit etwa 1.700 Einwohnern. Wann haben Sie Ihr Amt angetreten und sind Sie hauptamtlich oder ehrenamtlich tätig?

In Bad Brückenau bin ich seit 1. Mai 2020 tätig, in der Gemeinde Motten war ich vom 1.5.2002 bis 30.04.2020 als Erster Bürgermeister tätig. In Motten war die erste Periode ehrenamtlich, seit 2008 ist das Amt dort auch hauptamtlich.

**Welchem Beruf sind Sie vor Amtsantritt nachgegangen bzw. üben Sie diesen nach wie vor aus?**

## Jochen Vogel

Erster Bürgermeister a.D. der Stadt Bad Brückenau



**Mir haben ein paar Dinge enorm geholfen:**

Ging's um Projekte oder Entscheidungen des Vorgängers, so habe ich versucht, mich in den Zeitpunkt des Beschlusses zu versetzen. Gabs einen zeitlichen Druck? Was könnten die Beweggründe gewesen sein? Oft konnte gar nicht anders entschieden werden. Und erschien diese Entscheidung Jahre später als wenig optimal, so konnte ich gegensteuern, reagieren oder korrigieren. Denn: eine schlechte Entscheidung ist immer besser als gar keine!

**Spruch: permanentes Hinausschieben fällt einem nämlich oft deutlich härter auf die Füße als eine vorangegangene und weniger gute Entscheidung zu beheben.**

Und wenn's mal richtig knifflig war, hab' ich mich oft gefragt, was ich's machen würde, wenn's mein eigenes wäre, also mein eigener Betrieb. Ich konnte mich da gut auf mein Bauchgefühl verlassen.

Und mit den Menschen reden ist immer besser als über sie zu reden.

Wenn mir gesagt wurde, dass es mit dem ein oder andern eher schwierig sei und ich besser die Finger davon lassen sollte, war es für mich Ansporn, das Gespräch zu suchen.

Bei besonders heftiger Kritik hab' ich mich gefragt, ob ich das Thema nicht gut genug dargestellt habe. Bei dieser – aus meiner Sicht notwendigen – Selbstkritik kam ich allerdings auch immer mal zum Ergebnis, dass wir offenbar auf dem richtigen Weg sein müssen. Es kommt ja auch auf die Art und Weise an, wie einem der Wind ins Gesicht bläst.

Natürlich ist es schöner ohne. Aber Kritik gehört auch zum Geschäft eines Bürgermeisters.

Ich habe in der Verwaltung meiner Heimatgemeinde Motten gearbeitet.

**Was war Ihr persönlicher Anreiz in die Kommunalpolitik zu gehen?**

Mein Vorgänger im Amt hat mich gefragt, ob ich mir das vorstellen könnte. Ich solle aber erstmal meine Meisterprüfung (Verwaltungsfachwirt) ablegen und danach könnten wir uns nochmal unterhalten. Das war im Sommer 2000. Auf dem Abschlusslehrgang habe ich mich mit einem hauptamtlichen Lehrer der Bayerischen Verwaltungsschule (Hans Stimpfl aus Kiefersfelden) darüber unterhalten. „Des mochst, do konnst gestoln“, hat er in seinem Dialekt gesagt.

Ein Jahr später hatte ich dazu nochmal das Gespräch mit meinem Vorgänger Karl Will. Er hat mir meine Zweifel genommen, dass die Bürger einen doch recht jungen Menschen (da war ich noch 28, zwei Ohrringe, blonde Strähnen) tatsächlich zum Bürgermeister wählen.

**Wie haben Sie sich vorbereitet?**

Ich habe ein Seminar bei der Hans-Seidel-Stiftung zum Thema „Diskutieren und argumentieren“ besucht. Ansonsten bin ich eher nach dem Motto ran: Einfach mal machen, es könnte ja gut werden!

**Wo lagen bei Ihrem Amtsantritt die Herausforderungen?**

In Motten ging es erstmal darum, die Gräben zwischen den Ortsteilen zuzuschütten und trotz hoher Verschuldung Projekte zu entwickeln und umzusetzen.

In Bad Brückenau stand ein Generationenwechsel in der Verwaltung an. 250 Jahre Verwaltungserfahrung sind innerhalb kurzer Zeit in Rente bzw. in Pension gegangen. Alle Positionen konnten tatsächlich gut nachbesetzt werden. Daneben ging es darum, die finanziell angeschlagene Stadt als Empfänger der Stabilitätshilfe so auf Kurs zu bringen, dass neben dem angestrebten Groß-Projekt (Schwimmbad) auch andere notwendige Dinge wie Rathaus, Altes Rathaus, Brücken, ehemaliges Bahnhofsgelände sowie eben die tagtäglichen Dinge einer Kommune geplant und umgesetzt werden. Dieser Prozess läuft noch. Nicht ganz unübliche Überraschungen in diesem Geschäft erfordern ein ständiges Reagieren.

**Welche Themen beschäftigen Sie momentan?**

Vor allem bei unserem Schwimmbad „Sinnflut“ werden Stadt und Stadtwerke voll gefordert. Aktuell fehlen uns leider noch die Zusagen für alle Förderprogramme. Zwei sind sicher, die ändern eben noch nicht. Bei einem Invest von mindestens 30 Mio. Euro wird es ein Kraftakt, der eben nur mit allen Förderprogrammen zu stemmen ist. Die „Sinnflut“ ist DER Magnet bei uns und fürs Schulschwimmen, für Familien, Saunagänger und therapeutische Angebote im Heilwasser der Siebener Quelle enorm wichtig für die Stadt, die ganze Region und darüber hinaus!

Die o. g. Punkte sind teils sehr wichtig für die Entwicklung der Innenstadt.

**Womit werden Sie sich noch auseinandersetzen müssen/wollen?**

Für mich persönlich wird es in nächster Zeit erstmal darum gehen, mich um meine Gesundheit zu kümmern. Die Nachwirkungen einer Corona-Infektion im März 2022 beschäftigen mich leider bis heute. Und die Kombi Bürgermeisteramt und Post Covid funktioniert nicht wirklich. Daher habe ich beim Stadtrat den Antrag gestellt, mich wegen dauerhafter Dienstunfähigkeit in den Ruhestand zu versetzen.

Ich kann ihnen sagen, dass es alles andere als leicht war, mich für mich und gegen meinen Lieblingsjob zu entscheiden.

**Haben Sie einen wichtigen Ratschlag für junge Kolleginnen und Kollegen?**

Ratschläge sind auch Schläge... 😊

**Spruch: permanentes Hinausschieben fällt einem nämlich oft deutlich härter auf die Füße als eine vorangegangene und weniger gute Entscheidung zu beheben.**

Und wenn's mal richtig knifflig war, hab' ich mich oft gefragt, was ich's machen würde, wenn's mein eigenes wäre, also mein eigener Betrieb. Ich konnte mich da gut auf mein Bauchgefühl verlassen.

Und mit den Menschen reden ist immer besser als über sie zu reden.

Wenn mir gesagt wurde, dass es mit dem ein oder andern eher schwierig sei und ich besser die Finger davon lassen sollte, war es für mich Ansporn, das Gespräch zu suchen.

Bei besonders heftiger Kritik hab' ich mich gefragt, ob ich das Thema nicht gut genug dargestellt habe. Bei dieser – aus meiner Sicht notwendigen – Selbstkritik kam ich allerdings auch immer mal zum Ergebnis, dass wir offenbar auf dem richtigen Weg sein müssen. Es kommt ja auch auf die Art und Weise an, wie einem der Wind ins Gesicht bläst.

Natürlich ist es schöner ohne. Aber Kritik gehört auch zum Geschäft eines Bürgermeisters.

**Wie beziehen Sie Kolleginnen und Kollegen / Bürgerinnen und Bürger / Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Ihre Arbeit und in Ihre Entscheidungsfindung ein?**

In meiner Heimatgemeinde habe ich mit allen Beschäftigten (Bauhof und Verwaltung) regelmäßig gemeinsam über die Themen gesprochen.

In Bad Brückenau gab es Besprechungen mit den Fachbereichsleitern sowie einmal wöchentlich in größerer Runde. Dort kamen alle Themen auf den Tisch und wurden besprochen.

In beiden Kommunen habe ich meine Stellvertreter entsprechend eng bei den Themen und den geplanten Entscheidungen vorinformiert und zu ihrer Meinung befragt.

Für die Bürger gibt's in beiden Kommunen ein Gemeinde- bzw. Stadtblatt zur regelmäßigen Info aus allen Bereichen. Social Media gehört heute freilich auch dazu.

Unter den Bürgermeisterkollegen gibts einen regelmäßigen Austausch über die kommunalen Allianzen, den Bayerischen Gemeindetag sowie bei Bürgermeisterdienstbesprechungen. Zu bestimmten Themen hab ich mich dann jeweils direkt mit einem Kollegen in Verbindung gesetzt und gefragt, wie er oder sie das gemacht hat. Über die fast 22 Jahre hat sich da ein tolles Netzwerk deutlich über Bayern hinaus entwickelt.

Denn auch hier gilt: Das Rad braucht keiner neu erfinden und durch den Austausch lässt sich mancher bürokratische Weg doch etwas abkürzen.

Das kann ich wirklich jedem nur empfehlen: Nutzt dieses Netzwerk!

**Wieviel Einfluss wird die Digitalisierung auf die künftige Kommunalpolitik haben?**

Digitalisierung ist ein recht breit gefächertes Begriff. Sie ist notwendig, sollte aber auch nicht überbewertet werden. Den Verwaltungen fehlt neben der finanziellen Ausstattung häufig das Personal, um die Digitalisierung auch umzusetzen. Die 2.056 Kommunen in Bayern haben hier einen recht unterschiedlichen Stand und es können auch nicht alle gleichzeitig von externen Dienstleistern unterstützt werden.

Aber bei aller Notwendigkeit: Der persönliche Kontakt ist durch nichts zu ersetzen!

Das konnten wir ja grad in der fast kontaktlosen Zeit unter Corona sehr deutlich feststellen.

**Gibt es ein Lebensmotto, das Sie begleitet?**

Nimm nicht alles so ernst und dich selbst nicht so wichtig!

**Wie wollen Sie in Erinnerung bleiben?**

Selbstbild – Fremdbild... Man sieht sich, so denke ich, immer anders als die Menschen um einen herum.

Ich bin sicher hartnäckig und zielstrebig. Ich denke aber auch, dass ich ein guter und emphatischer Zuhörer bin.

Am liebsten würde ich aber als der in Erinnerung bleiben, vor dem jeder Mensch gleich viel zählt. Egal welcher Berufsstand, Position, Partei, Religion, jung oder alt usw.!

Jeder Mensch hat Aufmerksamkeit und Respekt verdient – Punkt. ☐

# Kommunale Haushalte am Schmerzpunkt

**Oberpfälzische und niederbayerische Bezirksversammlungen des Bayerischen Städtetags**

**Den Kommunen stehen schwere Zeiten bevor. Sie können die zahlreichen Aufgaben, die ihnen aufgebürdet werden, bald nicht mehr stemmen. Wie Markus Pannermayr, Straubings Oberbürgermeister und Vorsitzender des Bayerischen Städtetags, auf den oberpfälzischen und niederbayerischen Bezirksversammlungen des Bayerischen Städtetags in Mitterteich bzw. Geiselhöring formulierte, „ist in vielen Städten und Gemeinden inzwischen ein Schmerzpunkt erreicht“.**

„In einzelnen Städten müssen schon Haushaltssperren verhängt werden,“ stellte Pannermayr fest. Auf den ersten Blick suggerierten die reinen Zahlen von Steuereinkommen und Finanzausgleichsvolumen eine stabile Finanzlage, doch auf den zweiten genaueren Blick zeige sich, dass die Steuereinnahmen stagnieren, während die Ausgaben der Städte und Gemeinden weiter steil ansteigen. Künftig sei aufgrund der angespannten Wirtschaftslage ein rückläufiges Steuereinkommen zu erwarten. Wegen der staatlichen Entlastungsmaßnahmen, etwa aufgrund des Inflationsausgleichsgesetzes (Abmilderung der kalten Progression), könnten die Steuereinnahmen zurückgehen. Zudem werde das Wachstumschancengesetz mit großer Wahrscheinlichkeit zu geringeren Gewerbesteuererträgen führen.

## Massiver Ausgabenanstieg

„Was wir alle persönlich im Geldbeutel empfindlich spüren, trifft auch die Kammereien: Wegen der Inflation bekommt man für den Euro weniger Waren und Leistungen als vor einem Jahr“, betonte der Städtetagschef. Die Inflation schränke Spielräume bei kommunalen Investitionen deutlich ein. Aktuell verzeichnen Bayerns Städte und Gemeinden einen massiven Anstieg bei den Ausgaben um mehr als 10 Prozent. Im Jahr 2024 verschärft sich die Situation wegen des Tarifabschlusses im öffentlichen Dienst und weiter steigenden Sozialausgaben.

Steigende Personalausgaben (+ 7 Prozent), enorme Kostensteigerungen nicht zuletzt aufgrund der Energiepreise, bei Verwaltungs- und Betriebsaufwand (+ 11 Prozent) und im Baubereich (+ 14 Prozent) belasten die Kommunalausgaben ebenso wie wachsende Sozialausgaben (+ 9 Prozent). Mehrbelastungen entstehen aufgrund der Kosten der Unterkunft für Geflüchtete und Leistungen für Lebensunterhalt und Krankenhilfe. Bei den Sozialausgaben legten vor allem die Leistungen der Sozialhilfe (+ 19 Prozent) zu, hier sind besonders die 25 kreisfreien Städte in Bayern betroffen (+ 41 Prozent).

Darüber hinaus werden den Kommunen in den nächsten Jahren zusätzliche Aufgaben und Ausgaben zugewiesen, wie der Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Grundschulkinder sowie Investitionen in Klimaschutz, Klimaanpassung und Wärmeplanung. Aus Pannermayrs Sicht muss die allgemeine Finanzausstattung der Kommunen auf die Tagesordnung, damit die soziale, schulische, gesundheitliche und technische Infrastruktur im Land gewährleistet bleibt – in ländlichen Räumen ebenso wie in Städten und Ballungszentren. Nötig wäre vor allem eine deutliche Erhöhung der kommunalen Steueranteile, um den Kommunen mehr finanzielle Planungssicherheit und Flexibilität zu geben. Leider sei der kommunale Finanzausgleich 2024 hinter den Erwartungen zurückgeblieben. Die Finanzprobleme der Kommunen würden bald die Bürgerschaft und die regionale Wirtschaft zu spüren bekommen, denn: „Fehlende Mittel bedeuten, dass Städte und Gemeinden dringende Investitionen in die Infrastruktur mit Straßen und Wegen, in Kitas und

Schulen strecken, schieben oder streichen müssen.“

Als massive Belastung erwiesen sich zudem die Defizite der Krankenhäuser, die die Städte derzeit mit steigenden Beträgen ausgleichen müssen. Pannermayr zufolge „ist es eine dramatische Fehlentwicklung, wenn regionale Gesundheitsversorgung aus städtischen Haushalten am Leben erhalten werden muss. Kommunen dürfen nicht zu Ausfallbürgen werden, die Defizite übernehmen müssen. Bund und Länder müssen schnell handeln, um die Herausforderungen in der Krankenhauslandschaft zu beheben.“

Grundsätzlich dürften den Kommunen nicht mehr laufend neue Aufgaben und Rechtsansprüche aufgebürdet werden, ohne dass die vollständige Übernahme der Sach- und Personalkosten gesichert ist, machte der Verbandsvorsitzende deutlich. Außerdem sei der Abbau bürokratischer Hürden dringend erforderlich. „Und schließlich werden die Entscheidungsträger gezwungen sein, sich künftig verstärkt auf das Wesentliche zu fokussieren. Das ist sicherlich kein leichter Weg, den wir aber vor dem Hintergrund des demografischen Wandels als Gesellschaft gemeinsam gehen müssen.“

Wie die oberpfälzischen Bezirksvorsitzenden des Bayerischen Städtetags, Wiesaus Bürgermeister Toni Dutz und Regensburgs Oberbürgermeisterin Gertrud Maltz-Schwarzfischer, auf der Versammlung in Mitterteich betonten, landeten immer mehr Aufgaben und damit auch mehr Bürokratie bei den Kommunen. Um dies abzuwickeln, werde mehr Personal benötigt. „Wir sind das letzte Glied in der Kette, wir können nichts mehr weiterdelegieren“, unterstrich Dutz.

Damit die Hospitäler nicht reihum in die Insolvenz schlittern, müssten die Kommunen 1,4 Milliarden Euro an Ausfallbürgschaften übernehmen. Auch mache der Migrationsdruck zu schaffen. In Wiesau sei man bei der Unterbringung von Flüchtlingen an der Belastungsgrenze. „Das Limit ist erreicht“, stellte Rathauschef Dutz klar. „Es geht nicht darum, dass wir nicht mehr Menschen aufnehmen wollen, wir können es einfach nicht.“

Auf der Bezirksversammlung in Geiselhöring stand unter anderem das Thema Wärmeplanung auf der Agenda. Um diese auf den Weg bringen zu können, hofft man laut dem Vorsitzenden des niederbayerischen Städtetags, Deggendorfs Oberbürgermeister Dr. Christian Moser (Vertreter der kreisangehörigen Städte und Gemeinden) auf klare Richtlinien bis Mitte des Jahres.

Geiselhörings Bürgermeister Herbert Lichtinger erklärte, dass die Bezirkstreffen des Bayerischen Städtetags parteiübergreifend seien. Man wolle nun den spaltenden Tendenzen in der Gesellschaft entgegenreten und in Zeiten der Verunsicherung als stabile Kommunen agieren.

„Niederbayern ist Spitze bei der Wirtschaftsförderung in Bayern!“. Mit dieser erfreulichen Nachricht wartete Regierungspräsident Rainer Haselbeck auf. Laut dem Bayerischen Wirtschaftsministerium ist das Innovations- und Wachstumsstreben in Niederbayern trotz widriger Umstände ungebrochen. Mit

106 Investitionsmaßnahmen mit einem Gesamtvolumen von 212 Millionen Euro und 34,5 Millionen Euro Zuwendungen sei Niederbayern „Tabellenführer“ – und das zum wiederholten Mal. Dadurch seien dort 308 neue Arbeitsplätze entstanden, gut 1.700 wurden gesichert.

Dass die Wirtschaftsförderung der Regierung von Niederbayern so positive Ergebnisse erzielt, machte Haselbeck sichtlich stolz: „Niederbayern ist Heimat leistungsstarker, erfolgreicher Unternehmen. Im Handwerk, in der Industrie, im Handel, Tourismus und in der Gastronomie wird hoch engagiert und qualifiziert gearbeitet. Die positiven Investitionszahlen verdeutlichen nicht nur den unternehmerischen Mut, sondern auch die Resilienz und Stärke unserer niederbayerischen Wirtschaft. Unsere Unternehmen trotzten den Herausforderungen. Dank ihrer Leistungsstärke leben in Niederbayern auf hohem Niveau. Sie erwirtschaften unseren Wohlstand, schaffen und sichern Arbeitsplätze und legen damit die Basis für unsere gute Lebensqualität. Die Regierung von Niederbayern steht unserer Wirtschaft als verlässlicher Partner zur Seite und wird sie bei ihren Vorhaben auch weiterhin nach Kräften unterstützen.“ **DK**

## Bayerische Gemeindezeitung

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPV in Bayern

**Herausgeber:** Landrat Stefan Rößle

**Redaktion:**

Constanze von Hassel (verantwortlich)

Doris Kirchner, Chefin vom Dienst

Inge Metzger, Anne-Marie von Hassel,

Jan Kiver

Telefon 08171 / 9307-11

**Ständige Mitarbeiter:**

Sebastian Franz (KPV)

Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen

Beiträge und Abbildungen sind urheber-

rechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zuge-

lassenen Fälle ist eine Verwertung ohne

Einwilligung des Verlages strafbar.

Für unverlangt eingesandene Manuskripte,

Dokumente und Fotos wird keine

Gewähr übernommen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel

geben nicht unbedingt die Meinung der

Redaktion wieder.

**Anzeigen und Vertrieb:**

Monika Steer (verantwortlich)

Telefon 08171 / 9307-12

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste

Nr. 57 vom 01.01.2024

**Anzeigenschlusstermine:**

siehe Erscheinungs- und Themenplan

**Veranstaltungen:**

Theresa von Hassel (verantwortlich)

Telefon 08171 / 9307-10

**Erscheinungsweise:**

22 Ausgaben jährlich

(mit zwei Doppelausgaben)

**Jahresbezugspreis Inland:**

€ 76,10 zzgl. MWSt.

**Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:**

(Abrechnung über eine Adresse)

€ 38,25 zzgl. MWSt.

**Sammelabo ab 10 Zeitungen:**

(Abrechnung und Lieferung an eine

Adresse) € 27,- zzgl. MWSt.

**Kündigung:**

zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag

**Verlags- und Geschäftsleitung:**

Constanze von Hassel

Theresa von Hassel

Anne-Marie von Hassel

**Anschrift und Sitz des Verlags**

**und aller verantwortlichen Personen:**

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11

Telefax 08171 / 9307-22

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: www.gemeindezeitung.de

**Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:**

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse

GmbH; Geschäftsführerinnen:

Constanze von Hassel

Theresa von Hassel

Anne-Marie von Hassel

**Druck und Auslieferung:**

DZO Druckzentrum Oberfranken

GmbH & Co. KG

Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird

Recycling-Papier verwendet.





Landrat Elmar Stegmann zeichnet Gina Jäckel und ihre Linde mit dem ersten Preis aus. Der zweite Preis geht an Rosa Asmussen und ihren Walnusssbaum. Theophil Pflaum und seine Araucaria werden mit dem dritten Preis geehrt. Der Landrat zeigt ein Foto des drittplatzierten Baumes – Theophil Pflaum konnte nicht zur Preisverleihung kommen. Gemeinsam mit dem Landrat und den Preisrätgerinnen freuen sich Bernd Brunner, Kreisfachberater für Gartenkultur und Landespflege sowie Dr. Julia Lorenzen und Hildegard Nagler vom Heimatkundlichen Dokumentationszentrum des Landkreises Lindau. V.l.: Hildegard Nagler, Gina Jäckel, Landrat Elmar Stegmann, Rosa Asmussen, Bernd Brunner und Dr. Julia Lorenzen.

Bild: Landkreis Lindau/Nadja Krassik

Landkreis Lindau:

## Baumwettbewerb abgeschlossen

Lindau (Bodensee) – In einer kleinen Feierstunde hat Landrat Elmar Stegmann die Gewinnerinnen und Gewinner des Wettbewerbs „Bäume unserer Heimat erzählen Geschichten“ ausgezeichnet. „Das ist auch ein Tag zu Ehren des Baumes“, betonte der Landrat im gemeinsamen Gespräch mit den Geehrten.

In Zusammenarbeit mit dem Heimatkundlichen Dokumentationszentrum des Landkreises Lindau (Bodensee) und der Kreisfachberatung für Gartenkultur und Landespflege hatte Landrat Elmar Stegmann im August 2023 den Wettbewerb „Bäume unserer Heimat erzählen Geschichten“ ausgeschrieben. Die Palette der eingereichten Geschichten war breit. Besonders beeindruckt war die Jury von drei Beiträgen.

Über das Werden ihrer „Manitu-Linde“ hatte Gina Jäckel aus Bad Schachen geschrieben. „Unsere Baumgeschichte lässt sich nicht mit Stichworten beschreiben, weil sie so ungewöhnlich ist: Sie geht auf den Indianer-Speer eines zehnjährigen Buben in Hochbuch zurück.“ 1979, kurz vor dem Umzug nach Bad Schachen, machte sie eine Nachbarin auf eine kleine, junge Linde aufmerksam, die aus der Ligusterhecke herauswuchs. „Während wir noch am Gartenzaun über die Herkunft dieses Bäumchens an dieser ungewöhnlichen Stelle rätselten, kam unser Sohn dazu und klärte uns auf“, schrieb Gina Jäckel. Als kleiner Junge hatte er nach dem Spielen als großer Häuptling der Apachen ein Versteck für seinen außergewöhnlichen Stammes-Speer in der Ligusterhecke gesucht. Der Speer des großen Manitu geriet dabei offenbar in Vergessenheit. „Mit viel Magie, Glück und Ausdauer vollzog sich seine außergewöhnliche Verwandlung in ein wunderschönes Lindenbäumchen“, erinnert sie sich. Schnell war beschlossen: Dieser Baum würde mit umziehen. „Beim Umpflanzen wurde uns klar: Hier ist viel Zauberei im Spiel – die Wurzel war zweigeteilt.“

Dieses Bäumchen stand mit beiden Wurzelbeinen in der Welt, um möglichst viel Nahrung aus dem Boden zu bekommen – genauso wie sein ursprünglicher Schöpfer, der große Manitu“, schrieb Gina Jäckel. Lindaus oberster Stadtgärtner half bei der Bewältigung der Eingewöhnungsschwierigkeiten des ungewöhnlichen Baumes mit. „Zwischenzeitlich steht die ‚Manitu-Linde‘ groß und mächtig da. Sie beeindruckt mit ihren Ausmaßen immer wieder aufs Neue diejenigen, die ihr (wirklich) begegnen“, schloss Gina Jäckel ihre Erzählung.

Rosa Asmussen aus Mellatz hatte die Geschichte eines Baumriesen eingereicht. „Zur Erstkommunion meines Vaters im Jahr 1928 hatte sich auch sein Patenonkel aus Österreich angekündigt, was zu dieser Zeit eine kleine Weltreise war. Im Gepäck

hatte er nicht etwa Süßigkeiten, Spielzeug oder Geld – nein, sein Geschenk für den Buben war der Sämmling eines Walnusssbaumes. Dieser wurde auch hoffnungsvoll eingepflanzt, und er enttäuscht bis heute nicht“, schilderte sie. Mittlerweile misst der Baum, der fast jedes Jahr reichlich Nüsse trägt, in der Höhe 20 Meter, in seiner Breite gut 15 Meter und in seinem Stammumfang knappe drei Meter. „Mein Vater hat bei allen Erweiterungs- und Umbauprojekten rund um den Hof stets darauf geachtet, die Wurzeln sowie die Krone nicht zu beschädigen“, schrieb Rosa Asmussen. „Aus meiner Kindheit erinnere ich mich an so manche unheimliche Gewitternacht, in der mir der Gedanke an den starken Walnusssbaum nahe beim Haus Trost, Schutz und Erdung gab.“ Für Wanderer lohne sich nach dem Besuch der neu errichteten Sebastianskapelle in Litzis auch ein staunender Blick auf die beeindruckende Schönheit des nahen Baumes. „Mein großer Wunsch ist es, dass alle künftigen Bewohner meines Elternhauses den inzwischen 98-jährigen Riesen erhalten, lieben und schätzen lernen“, schloss Rosa Asmussen ihre Erzählung.

Theophil Pflaum machte die Jury auf die Geschichte seiner rund 14 Meter hohen Araucaria aufmerksam. Diese hatte sein Onkel Paul Renz, ein Botaniker aus Leidenschaft, von einem Ausflug in südliche Gefilde mitgebracht. „Ich war immer dabei, wenn mein Onkel Paul sie im Herbst für den harten Winter in einen dicken Mantel einpackte“, erinnert sich Theophil Pflaum. „Das ging etliche Jahre ohne Winterschäden gut. Doch mit zunehmender Baumgröße bedurfte es immer umfangreichere Verpackungstechnik. Schließlich aber – es war an einem schönen Herbsttag, an den ich mich bis heute erinnere – entschloss sich mein Onkel angesichts des mannsgroßen Stammes, ihn ungeschützt den folgenden Wintermonaten anzuvertrauen. Er postierte sich vor dem Araucaria-Jüngling und sprach: ‚Entweder du schaffst's, dann isch's gut, oder ebe et.‘“ Die Pflanze, so Theophil Pflaum, scheine dies verstanden zu haben. „Sie gab sich einen Wachstumsruck und hielt durch.“ Bis heute blühe die imposante Araucaria jährlich und schmücke sich mit ihren mächtigen Zapfen.

Landrat Elmar Stegmann zeichnete Gina Jäckel und ihre „Manitu-Linde“ mit dem ersten Preis aus. Der zweite Preis ging an Rosa Asmussen und ihren Walnusss-

baum. Mit dem dritten Preis wurde Theophil Pflaum und seine Araucaria ausgezeichnet. Er konnte bei der Feierstunde nicht persönlich anwesend sein.

**Bäume sind „unverzichtbarer Teil unserer Heimat“**

„Bäume gestalten nicht nur unseren Lebensraum, prägen unser Landschaftsbild und sind wichtig für unsere Gesundheit. Sie schützen zudem unser Klima, bieten einen vielfältigen Lebensraum und sind unverzichtbarer Teil unserer Heimat. Ich hoffe, dass die Geschichten der ausgezeichneten Bäume ein Bewusstsein für die Bedeutung von den Bäumen in unserem Landkreis schaffen und die Menschen verleiten, auch mal wieder einen Blick in die Natur zu werfen“, betonte Landrat Elmar Stegmann abschließend. Die Geschichten und Fotos der ausgezeichneten Bäume mit Hintergrundinformationen sind in einer Ausstellung im Heimatkundlichen Dokumentationszentrum in Weiler zu sehen. □

50 Jahre Frauen-Union im Landkreis Neustadt a.d. Aisch:

## Frauen in der Politik

Jubiläum mit Landtagspräsidentin Ilse Aigner

**Ipsheim. Die Gründung der Frauen-Union (FU) der CSU im Landkreis Neustadt a.d. Aisch – Bad Windsheim vor 50 Jahren sollte eine Plattform für die Anliegen von Frauen sein „und steht heute auch für den Einfluss, den Frauen in der Politik ausüben können“, so Landtagspräsidentin Ilse Aigner beim Festakt zum Gründungsjubiläum in der Weinbaugemeinde Ipsheim. Sie appellierte an Frauen, ihre Talente einzubringen und sich auch politisch auf allen Ebenen und in demokratischen Parteien zu engagieren.**

Wenn die erfahrene Bundes- und Landespolitikerin über Frauen in der Politik spricht, so weiß sie, wovon sie redet, ist sie doch die einzige CSU-Bezirksvorsitzende in Bayern. Schon bei der Begrüßung der anwesenden Mandatsträger und Ehrengäste sei ihr aufgefallen, dass „der Frauenanteil auch hier im Landkreis noch ausbaufähig ist“.

FU-Kreisvorsitzende Gabi Schöttle war sich mit Aigner darin einig, dass Frauen und die FU bereits wegweisende Erfolge erzielt hätten. So gebe es inzwischen nicht nur etliche Bürgermeisterinnen – einige waren ohne Ansehen der Parteimitgliedschaft auch anwesend –, aber Frauen in politischen Führungsfunktionen seien eben noch nicht selbstverständlich. Wichtig sei aber auch, dass sich Frauen etwas zutrauen und mit Selbstbewusstsein auftreten. Aigner: „Wir brauchen Frauen als Vorbilder“ und dabei spiele die FU eine Schlüsselrolle.

**„Europawahl ernst nehmen“**

Mit Blick auf die Europawahl am 9. Juni appellierte sie an die Bürgerinnen und Bürger, bei ihrer Wahlentscheidung zumindest im

## GZ PINOS WELT

Unsere Zeit ist doch seltsam orientierungslos. Jede gesellschaftliche Gruppe scharft sich um eine für andere wenig anschlussfähige Idee, Leitfiguren oder Vorbilder erreichen einen immer enger werdenden Kreis von Anhängern oder Followern, die dann aber umso fanatischer ihr Idol anhimmeln. Sogar bei den Feindbildern hat sich etwas bemerkenswert verschoben. Früher war für die Mehrheit der Kommunismus oder „der Russe“ das Feindbild und für die extreme Linke Amerika. Heute wetteifern die extremen Linken mit dem extremen Rechten, wer Putin mehr Gas abkaufen will, um seinen Angriffskrieg auf die Ukraine zu finanzieren.

Doch plötzlich, vor ein paar Wochen, kam eine Nachricht auf die Timeline, die irgendwie die ganze Republik zusammengebracht hat: Franz Beckenbauer ist tot.

### Franz Beckenbauer gehört in die Walhalla

Dann kamen sie, die Nachrufe auf den letzten Kaiser von Deutschland, auf die Lichtgestalt, den Fußballgott. Es hat niemanden unberührt gelassen. Die Boomer sind mit ihm aufgewachsen und haben sich – soweit männlich – alle von ihrer Mutter die legendäre „5“ auf das Fußballtrikot nähen lassen. Die ihn nicht mehr aktiv als Spieler erlebt haben, kannten ihn als unermüdeten Lobbyisten für Deutschland, der das Sommermärchen 2006 in unser Land gebracht hat. Wer sich noch erinnert: Das erste Mal seit Jahrzehnten waren die Deutschen so kindlich unbeschwert stolz auf ihr Land, wie sonst nur Franzosen, Italiener oder Amerikaner. Den deutschen Dreifarbe (Tricolore) gab es als Autostandarte zum Einklemmen im Fenster und als Überzug für die Seitenspiegel. Und die Jünger? Keiner, der sich für Fußball interessiert (und das sind ja Millionen männliche wie weibliche Fans) kommt bei Zusammenfassungen früherer Turniere am Namen Franz Beckenbauer vorbei.

Somit hat der kürzlich bekannt gewordene Vorschlag des früheren EU-Diplomaten Prof. Dr. Gerhard Sabathil wirklich Charme, Franz Beckenbauer in die ehrwürdige Reihe großer Teutscher in die Walhalla bei Regenstauf aufzunehmen und in Form einer Büste zu ehren.



Das mag zunächst etwas befremdlich wirken, haben die Menschen der Gegenwart doch keinen rechten Bezug mehr zu Ehrungen. Die Walhalla ist sicher immer noch ein Top-1-Ziel für Familienausflüge, aber doch mehr wegen der spektakulären Aussicht, der einmaligen Lage hoch über der Donau und der realistischen Aussicht auf ein leckeres Weltenburger Bier im Biergarten. Welcher Vater geht mit seinem Sohn noch die Reihen ab und erläutert die Leistungen, die hinter den Büsten stehen? Welche Mutter sucht mit ihrer Tochter die kleine Zahl von Frauen auf, die in die Walhalla gelassen wurden? Solcherart Bildungstourismus ist out.

Aber dies ist das erste Argument, warum Franz Beckenbauer in die Walhalla gehört. Mit ihm als populärem Sportler könnte mal wieder der Sinn und Zweck des Denkmals sichtbar werden, nämlich Leistungen, die der Erinnerung der Nachwelt würdig sind, durch die Ehrung der Menschen, die sie vollbracht haben, im kollektiven Gedächtnis zu halten.

Das zweite Argument lautet, dass auch ein Ruhmestempel wie die Walhalla mit der Zeit gehen muss. Wer wäre also für die Ehrung geeigneter, als der Bub aus Giesing, der als begnadeter Ballkünstler in der in Deutschland populärsten Disziplin Überragendes geleistet hat, als Botschafter des Sports und des Landes in aller Welt angesehen ist und damit die Walhalla von der Aura des Elitären befreien und popularisieren könnte?

Aber natürlich, Franz Beckenbauer war Lichtgestalt, doch wie sagt Goethe in seinem Götz so treffend: „Wo viel Licht, da ist auch starker Schatten“. Er war ein Mensch in seinem Widerspruch, fehlbar wie jeder und wie jeder leicht mit der moralischen Keule zu erschlagen, die heutzutage so gern in den sozialen Medien geschwungen wird. Aber welche der Teutschen in der Walhalla waren nur rein, gut, edel und der Versuchung widerständig? Georg von Frundsberg etwa, der in der Walhalla und der Ruhmeshalle in München geehrt wird, war einfach ein Söldnerführer und Schlagetot. Vorbild? Echt jetzt?

Lassen wir zum Schluss einen anderen Fußballer und Trainer, Aimé Jacquet, zu Wort kommen: „Sport heißt, über sich selbst hinauszuwachsen“.

## Ihr Pino

die FU-Frauen würden sich nach wie vor in diesem Bereich einbringen.

Viel Applaus gab es für die Ernennung der ehemaligen FU-Kreisvorsitzenden Renate Ixmeier zur Ehren-Kreisvorsitzenden. Die Kreisbäuerin, Ernährungsfachfrau und Meisterin der Hauswirtschaft war von 2013 bis 2023 Vorsitzende und habe in dieser Zeit zahlreiche auch erfolgreiche Initiativen ergriffen, wie beispielsweise das Projekt „Alltagskompetenz“ als Schulfach, so die aktuelle Vorsitzende Schöttle. Ixmeier blickte auf „harte Kämpfe“ zurück, zeigte sich aber zuversichtlich, denn „viele kleine Schritte ergeben einen großen Schritt“. Dazu passend und durchaus spaßig gemeint zitierte Aigner die ehemalige Premierministerin des Vereinigten Königreichs, Margaret Thatcher: „Wenn Sie in der Politik etwas gesagt haben wollen, fragen Sie einen Mann. Wenn Sie etwas getan haben wollen, fragen Sie eine Frau.“

Landrat Helmut Weiß sprach von „höchstem Respekt“ vor der Arbeit der Frauen, mit Kompetenz und Durchsetzungskraft und der Herausforderung, Familie, Beruf und Ehrenamt unter einen Hut zu bringen. Weiß erinnerte an den Antrag der Frauen-Union aus dem Jahr 1989, wo die Einrichtung eines Frauen-Notrufs im Landkreis gefordert worden war. Dieser hab sich bewährt, seither viel und oft geholfen und auch



Landtagspräsidentin Ilse Aigner (m.) mit FU-Vorstandsmitgliedern und umrahmt von der Ehren-Kreisvorsitzenden Renate Ixmeier (l.) und FU-Kreisvorsitzenden Gabi Schöttle (r.). Ganz links: FU-Bezirksvorsitzende Cornelia Griesbeck.

Bild: Claudia Wust



## Landkreis Donau-Ries:

## 1.200 Möglichkeiten online mit den Behörden in Kontakt zu treten

Für einen neuen Führerschein oder die Anmeldung eines Hundes muss man schon heute nicht mehr zum Bürgeramt vor Ort. Zukünftig sollen Bürger und Unternehmen noch mehr behördliche Leistungen einfach und sicher digital beantragen können.

Durch das Gesetz zur Verbesserung des Onlinezugangs zu Verwaltungsleistungen, kurz Onlinezugangsgesetz (OZG) soll die Interaktion zwischen Bürgern und Unternehmen mit der Verwaltung in Zukunft noch deutlich schneller, effizienter und nutzerfreundlicher werden. Um diesen Prozess zu unterstützen wurde die BayKommun gegründet. Als Schnittstelle will sie zwischen den Kommunen, den Bundes- und Staatsministerien und den großen Dienstleistern im Bereich digitale Verwaltung vermitteln.

### Nahbarer Multiplikator

Mitte Januar stellte sich die BayKommun bei einem Netz-

werktreffen der Kommunen zur Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes vor. Stellvertretender Geschäftsführer Felix Appel erklärte den anwesenden Bürgermeistern und ITlern aus den Kommunen, was ihm für die Zusammenarbeit besonders wichtig ist: „Wir wollen nahbarer Multiplikator für die komplexe Herausforderung der digitalen Verwaltung sein. Wir wollen die von Bundes- und Staatsministerien geforderten Maßnahmen schnell und einfach erfassen und bei der Umsetzung helfen.“ Die Wünsche und Meinungen der Kommunen sollen bayernweit gesammelt werden, um dann gemeinsam im großen Verbund auftreten zu können. So

wolle die BayKommun den kleinen Kommunen mehr Möglichkeit zur Mitsprache bei den großen Dienstleistern wie AKDB und Co. geben.

### Wichtiger Kontakt

Das OZG-Netzwerk im Landkreis Donau-Ries ist eines der ersten Netzwerke, bei dem die BayKommun zu Gast war. Laura Brummer, Digitalisierungskordinatorin des Landkreises, die

das Treffen organisiert hat, freut sich über den wichtigen Kontakt zur BayKommun. „Mit der Unterstützung der BayKommun können wir noch schneller und zielführender unser Online-Angebot für Bürgerinnen und Bürger im Landkreis ausbauen.“ Auch Landrat Stefan Rößle ist stolz: „1.200 Online-Leistungen können wir für den gesamten Landkreis schon anbieten. Im Vergleich mit anderen Regionen sind wir hier schon ganz weit

vorne. Das haben wir vor allem auch unseren Kommunen zu verdanken. Durch die Vernetzung im OZG-Netzwerk können Erfahrungen und Meinungen einfach ausgetauscht werden. Ich freue mich auf die Zukunft dieses Netzwerks!“ Im Anschluss hatten die Teilnehmenden noch Gelegenheit zum Erfahrungsaustausch.

### Digitalisierungs- und Mobilfunkkoordination

Die Stabstelle Kreisentwicklung und Nachhaltigkeit ist zu-

ständig für die Umsetzung des Digitalisierungskonzepts des Landkreises Donau-Ries. Die Digitalisierungskoordination setzt das Konzept mit seinen fünf Handlungsfelder „Digitale Verwaltung“, „Digitale Teilhabe im Alter“, „Digitale Bildung“, „Digitale Mobilität“ und „Digitale Kultur/Touristik“ um. Sie bilden die Grundlage für die aktuelle Digitalisierungsarbeit im Landkreis. □

### Mehr Informationen

<https://www.donau-ries.de/region-tourismus/digitalisierung>

## Bezirk Mittelfranken fördert Umweltbildung

LBV erhält Zuschuss zum Betrieb der Umweltstation am Altmühlsee

Ansbach – Seit über 35 Jahren betreibt der Landesbund für Vogel- und Naturschutz (LBV) aktive Umweltbildung am Altmühlsee und erreicht mit seinem breiten Programmangebot viele Menschen. Unter dem Motto „Natur erleben am Altmühlsee“ stehen in diesem Jahr spannende und kurzweilige Naturerlebnisse. Dabei will der LBV Neugierde, Faszination und Verständnis für die Umwelt wecken. Ob Führungen auf der Vogelinsel, Adler-Exkursionen, Fledermausabende, ein Besuch bei der Kräuterhexe oder Führungen im neuen Natur-Erlebnis-Garten – für jede Zielgruppe und für jedes Alter findet sich eine passende Veranstaltung.

Seit 1984 unterstützt der Bezirk Mittelfranken derartige Angebote für Besucherinnen und Besucher des Altmühlsees. An den Gesamtkosten der zwei Jahre zuvor eröffneten Umweltstation beteiligt sich der Bezirk seit 2005, zunächst mit jährlich 29.300 Euro, 2024 steigt die Fördersumme auf 34.000 Euro. Einen entsprechenden Beschluss hat der mittelfränkische Bezirkstag in seiner jüngsten Sitzung gefasst. „Der Umwelt- und Naturschutz muss

bei allem unserem Handeln Berücksichtigung finden.

### Mehr Informationen

Möglich wird das nur über den Weg des Erlebens realer Naturerfahrung“, schreibt Bezirkspräsident Peter Daniel Forster in seinem Vorwort im aktuellen Programmheft. Dieses können Interessierte kostenlos auf der Internetseite [www.altmuehlsee.lbv.de](http://www.altmuehlsee.lbv.de) herunterladen. □

## Bayerische Landesstiftung investiert in Marktschorgast

Die Bayerische Landesstiftung beteiligt sich an mehreren Projekten im Kreis Kulmbach-Wunsiedel. „Es ist ein großes Zeichen der Wertschätzung für unsere Region, dass auch dieses Mal mehrere Projekte aus meinem Stimmkreis finanziell unterstützt werden“, so der heimische Landtagsabgeordnete Martin Schöffel.

U.a. wird die Remise in Marktschorgast ein Leuchtturmprojekt für die Region. Die Bayerische Landesstiftung hat 71.000 Euro als Zuschuss bewilligt. Insgesamt werden die Kosten auf 2,5 Mio. Euro geschätzt. Neben Zuschüssen der Landesstiftung und der Oberfrankenstiftung fließen auch 1,6 Mio. Euro Städtebaufördermittel in das Projekt. „Ich habe mich die Remise vor Ort vor einiger Zeit mit Bürgermeister Marc Benker angesehen und (...) bin gespannt auf den Baufortschritt“, so Schöffel.

Benker zeigte sich sehr erfreut, dass es bei der Remise endlich an die Umsetzung gehe: „Wir haben seit den 1980er Jahren immer wieder daran geplant. Nachdem es wegen des Alters des Gebäudes doch ein sehr herausforderndes Projekt ist, war bislang nie genug Geld da. Dank der Förderoffensive Nordostbayern und weiterer Fördergeber wie der Bayerischen Landesstiftung ist es nun gelungen. Da sind wir sehr dankbar. Wir werden das Gebäude nun in neuem Glanz erstrahlen lassen und können es bald der öffentlichen Nutzung zuführen unter anderem als Begegnungsstätte für Jung und Alt.“ □

### Altersversorgung

[www.pluspunktrente.de](http://www.pluspunktrente.de)

BVK Bayerische Versorgungskammer ZUSATZVERSORGUNG

### Brunnensanierung / Brunnenregenerierung

**ETSCHEL**  
BRUNNENSERVICE

www.etsch.de

Etschel Brunnenservice GmbH - Rudolfstr. 112 - 82152 Planegg  
Tel.: +49 (0) 89 420 496-51 - Fax: +49 (0) 89 420 496-55 - info@etsch.de

### Energiedienstleistung

**energie schwaben**

### Fahnenmasten / Fahnen

**FAHNEN KÖSSINGER**

Länderfahnen  
Gemeindefahnen  
Maste  
Bekleidung  
uvm.

Am Gewerbering 23 • D-84069 Schierling  
Tel. 09451 9313-0 • [www.fahnen-koessinger.de](http://www.fahnen-koessinger.de)

### Glasfaser / Glasfaserausbau

**T GLASFASER**

Schnell, Stabil, Zukunftssicher.

[www.telekom.de/glasfaser](http://www.telekom.de/glasfaser)

### Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:

MONIKA STEER

Telefon 08171.9307-12

[steer.monika@gemeindezeitung.de](mailto:steer.monika@gemeindezeitung.de)

### Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:

THERESA VON HASSEL

Telefon 08171.9307-10

[hassel.theresa@gemeindezeitung.de](mailto:hassel.theresa@gemeindezeitung.de)

### Glasfaser / Glasfaserausbau

**UG UNSERE GRÜNE GLASFASER**

**Grünes Licht für Glasfaser.**

Sichern Sie sich Glasfaser-Ausbaukapazitäten für Ihre Kommune unter:

**0800 410 1 410**

Unsere Grüne Glasfaser  
Adalperstraße 82-86, 85737 Ismaning  
[unseregrueneglasfaser.de](http://unseregrueneglasfaser.de)

### Informationssicherheit und Datenschutz

**Daten schützen.**

www.Mein-Datenschutzberater.de

DSGVO ext. DSB  
ext. ISB  
LSI-Siegel  
BSI Kommunal  
CIS12  
Schulungen  
eLearning

### Kommunalberatung

**KUBUS**  
KOMMUNALBERATUNG UND SERVICE GMBH

Firmensitz Schwerin  
0385/30 31-251  
[info@kubus-mv.de](mailto:info@kubus-mv.de)

Standort München  
089/44 235 40-00  
[bayern@kubus-mv.de](http://bayern@kubus-mv.de)

[www.kubus-mv.de](http://www.kubus-mv.de)

### Kommunale Immobilienentwicklung

Ihr starker Partner rund um die kommunale Immobilienentwicklung

[www.bayerngrund.de](http://www.bayerngrund.de) **Bayern Grund**

### Kommunale IT

[www.akdb.de](http://www.akdb.de)

### Kommunalfahrzeuge

Eine komplette **Produktpalette** für effektive Räumarbeiten

**BUCHER municipal**  
Driven by better



Für jeden der richtige Unimog.  
Bei Ihren Profis in der Region.

Henne Nutzfahrzeuge GmbH  
85551 Heimstetten, [www.henne-unimog.de](http://www.henne-unimog.de)

Carl Beuthauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG  
93095 Hagelstadt, [www.beuthauser.de](http://www.beuthauser.de)

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge  
89231 Neu-Ulm, [www.wilhelm-mayer.com](http://www.wilhelm-mayer.com)

Carl Beuthauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG  
95326 Kulmbach, [www.beuthauser.de](http://www.beuthauser.de)

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG  
97076 Würzburg, [www.kurt-herold.de](http://www.kurt-herold.de)

KLMV GmbH  
95145 Oberkotzau, [www.klmv.de](http://www.klmv.de)

### Kommunalfinanzierung

Ihre Kommunalkredit- und Förderbank

[www.bayernlabo.de](http://www.bayernlabo.de)

**Bayern Labo**

### Kommunalfinanzierung

KFB Leasfinanz GmbH

Kommunales Mietkauf  
Kommunales Leasing

für Mobilien und Immobilien

[www.kfb-reuth.de](http://www.kfb-reuth.de)



Abonnieren Sie unseren **KOSTENFREIEN NEWSLETTER:**  
[www.gemeindezeitung.de/newsletter](http://www.gemeindezeitung.de/newsletter)

### Multifunktionale Wärmerückgewinnung

Ihr Systempartner für multifunktionale Wärmerückgewinnung

Nachrüstbar im laufenden Betrieb

Montage vor Ort durch modulare Bauweise

Keim- und schadstoffübertragungsfrei

Werkseigener Kundendienst

Systemverantwortung durch Gesamtplanung

Vorbildprojekte in Bayern (Auswahl):

Kliniken in Augsburg, Bamberg, Bayreuth, Murnau, Schweinfurt • Universitäten in Regensburg und Würzburg • FH Aschaffenburg • Saturn Arena Ingolstadt • München: Baureferat, Dt. Flugsicherung, Klinikum Großhadern, Muffathalle, The Charles Hotel, TUM Garching, Villa Stuck • div. Polizeistationen etc.

**SEW® GmbH**  
[www.sew-kempen.de](http://www.sew-kempen.de)



### Teichrettung

WENIGER ALGEN.  
INTAKTE GEWÄSSER.  
WIR MACHEN DAS!

[WWW.MIKROBIOM-LAB.DE](http://WWW.MIKROBIOM-LAB.DE)

